

GUIDO REIL

2. AUFLAGE!

ABWÄRTS



IN EUROPA



ID-Fraktion
(Gruppe Identität und Demokratie)
Parlament der Europäischen Union
Zweig 07 K 016
Wiertzstraat 60
1047 Brüssel
Belgien

Autor: Guido Reil

2. Auflage

Nicht zum Verkauf gedacht,
ohne Autoren-Honorare erstellt.

ISBN 978-3-00-069589-6
Printed in Germany



INHALT

6	Vorwort	100	Die Einsamkeit der Alten
10	Deutschland: Exporte ohne Ende?	102	Mannheim ist das NRW von Ba-Wü
14	Wie alles anfang – die Industrialisierung Deutschlands	104	Gastbeitrag von Tino Chrupalla: Die Lausitz – Heimat und Modellregion
16	Industrialisierung heute – wie die EU den Markt steuern will	116	Meerjungfrauen im Rhein
18	Das Ruhrgebiet	118	Migranten bei Laune halten
20	Das Energiewunder Ruhrgebiet	120	Engagiert euch!
22	Die Kohlekrise 1957/58	123	Wie entsteht Strukturwandel?
23	Panik im Pott – von der Kohlekrise zur RAG und zum Strukturwandel	124	Klimastreber statt Wirtschaftswunder
28	Zum Beispiel Gelsenkirchen	128	Die globale Führungsrolle der EU oder die Versuchung eines falschen Gottes
30	Strukturbruch	130	Vorsicht vor dem Klimanotstand
36	Gastbeitrag von Enxhi Seli-Zacharias: Im Zeichen des sanften Imperialismus – Die EU und die harte Realität von Gelsenkirchen	131	Wie naiv kann man sein?
46	Zum Beispiel Duisburg	134	Green Deal oder Mean Deal?
52	Pirmasens – vom Stiefel bis zum Pumps	138	Der perfekte Sturm – ein Etikettenschwindel?
54	Der Saftladen	144	Die deutsche Energiewende – auf dem Weg zum Sonderweg?
58	Krise I: Die Schuh-Krise	151	Die Resonanz?
59	Krise II: Die Amerikaner	152	Und die AfD?
60	Pirmasens ist überall	153	Energiebedingte Gentrifizierung
62	Pirmasens heute	154	Widersprüche überall – was bringt das Ganze?
64	Pirmasens und das Geld der EU	158	Die Standortkiller
68	Plauen	160	Die Stromnetzentgeltverordnung und das Netznutzungsentgelt
70	Die DaKo	161	Der E-Schock
74	Der lange Weg nach unten	164	Der Green Deal und die Autoindustrie – Strukturwandel oder Strukturbruch?
75	Plauen und das Geld der EU	166	Der Fluch der Abgaben
76	Das MAN-Werk	170	Wie effektiv sind die Emissionsziele?
78	Das Wende-Denkmal	171	Die Flucht der Leistungsträger
79	Wertschöpfende Arbeitsplätze	173	In der Sackgasse?
80	Der Leerstand	178	Nachwort
82	Mannheim – der Dreiländerstandort	180	Danksagung
84	Freier Warenverkehr: EU-Tugenden schon im 19. Jahrhundert	182	Endnoten
90	Sozial-Adel	186	Literaturverzeichnis



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitstreiter und Freunde,

ich komme aus Gelsenkirchen. Gelsenkirchen Bulmke-Hüllen. Dort bin ich geboren, aufgewachsen, zur Schule gegangen und habe meine Lehre gemacht auf dem Bergwerk Consolidation/Nordstern. Gelsenkirchen war nie die schönste Stadt des Ruhrgebiets und Bulmke-Hüllen nicht der schönste Stadtteil Gelsenkirchens. Es war ein Arbeiterviertel. Die Bürgerlichen wohnten in Buer. Dort war ich kaum. Ich fühlte mich da wohler, wo ich herkam: in Bulmke-Hüllen, unter Arbeitern.

Es war eine gute Zeit. Vor allem, weil es eins gab: Arbeit. Arbeitslosigkeit kannten wir nicht. Man war vielleicht mal für ein paar Wochen ohne Job, wenn man gerade wechselte. Aber das war's. Ich kann mich nicht daran erinnern, in meiner Kindheit oder Jugend jemanden getroffen zu haben, der wirklich arbeitslos war – oder vom Sozialamt lebte.

Gelsenkirchen war damals die größte Bergbaustadt Europas. Auch Stahl spielte eine wichtige Rolle. Mein Großvater arbeitete unter Tage, mein Vater auf Thyssen. Aber Gelsenkirchen war nicht nur die größte Bergbaustadt Europas, Gelsenkirchen hatte auch die größte Kneipendichte Deutschlands. Überall gab es Vereine, die zum Feiern irgendwohin mussten: Schützenvereine, Taubenzüchtervereine, Gesangsvereine und viele mehr. Überall gab es auch kleine Geschäfte, Tante-Emma-Läden und Pommes-Buden, in denen man noch Jägerwurst und Schaschlik aß. Die Straßen waren belebt. Es war viel los.

Und natürlich gab es viele Gastarbeiter, die auch alle gearbeitet haben. Es gab keine Probleme, weder mit der Integration noch beim Miteinander. Die Gastarbeiter gehörten einfach dazu. Sie waren Teil der Normalität. In meiner Hauptschule, der Hauptschule an der Emmastraße, waren die Gastarbeiterkinder bereits in der Überzahl. Im Gegensatz zu heute führte das nicht zu

Mobbing oder anderen Schwierigkeiten. Wir sind gemeinsam und friedlich aufgewachsen. Ich hatte damals mehr türkische Freunde als deutsche. Ich erinnere mich gerne an diese Zeit. Ich habe mich schon immer für andere eingesetzt. In der Hauptschule war ich Klassensprecher und später auch Schulsprecher. Während meiner Lehre war ich Jugendvertreter – also der Betriebsrat für die Auszubildenden. Ich habe mich auch früh gewerkschaftlich engagiert.

Der Kampf um die Arbeitsplätze im Bergbau, den ich seit meinem ersten Lehrjahr geführt habe, hat mich sehr geprägt. Wir hatten damals einen Slogan, den wir bei jeder Demonstration bei uns hatten: **Erst stirbt die Zeche, dann stirbt die Stadt.**

Dieser Spruch wurde leider zur bitteren Wahrheit. Gelsenkirchen ist heute die ärmste Stadt Deutschlands mit der größten Kinderarmut und den meisten Arbeitslosen. Außerdem ist die Zahl der Migranten sprunghaft angestiegen. Die Stadt ist völlig pleite und total überschuldet. Die Infrastruktur – Straßen und Schulen – sind in einem Zustand, den es so nicht einmal in der DDR gab. Ganze Stadtteile sind heruntergekommen. Viele Straßenzüge sind durchgehend verwahrlost und verdrückt. Gelsenkirchen ist tatsächlich gestorben.

Mir tut das weh und ich empfinde es als Hohn, dass diese Entwicklung als Strukturwandel bezeichnet wird. Das ist viel zu freundlich. Für mich hat mindestens ein Strukturbruch

stattgefunden. Die gut bezahlten Arbeitsplätze sind verschwunden. Trotz all der Unterstützung und der vielen Subventionen sind keine vergleichbaren Arbeitsplätze entstanden. Als im Jahr 2000 Hugo/Ewald, das letzte der Gelsenkirchener Bergwerke, geschlossen wurde, stand ich ein paar Meter neben unserem damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement. Der hatte kurz vorher Gelsenkirchen zur Solarhauptstadt Europas erklärt.

Es haben sich dann tatsächlich ein paar Solarfabriken angesiedelt, die natürlich schon lange wieder weg sind. Wirklich viele Menschen hatten dort ohnehin nie gearbeitet. So läuft das meiner Erfahrung nach mit den meisten Strukturprojekten. Erst werden sie von Politikern angepriesen und mit viel Subventionen gefördert und sobald die Töpfe leer sind, sind alle wieder weg.

Ich bin in den letzten Jahren viel rumgekommen. Ich habe auf fast jedem Marktplatz in Deutschland geredet. Dabei habe ich viele Städte und Regionen gesehen, denen es ähnlich ergangen ist wie Gelsenkirchen und dem Ruhrgebiet.

Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Welt verändert. Es gibt einige, die gewonnen haben, aber es gibt auch sehr, sehr viele, die verloren haben, aber nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen.

Ganze Sparten sind verschwunden. In diesem Buch führe ich einige Beispiele dafür an: Pirmasens und die Schuhindustrie, Plauen und die Textilindustrie, Mannheim insgesamt und natürlich Gelsenkirchen und der Bergbau. Ich könnte noch viele weitere Beispiele aufzählen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas wie Frankreich, Belgien oder England.

Wo immer Industrie gestorben ist, ist nichts Neues nachgewachsen. Stattdessen hat sich Arbeitslosigkeit ausgebreitet und Armut. Wer es sich leisten konnte oder anderswo einen gut bezahlten Job fand, zog weg. Stattdessen kamen Armutsmigranten, die zum Brandbeschleuniger der Probleme wurden. So müssen sich heute arme Alte mit ihnen das teilen, was von Gelsenkirchen übrig geblieben ist. Das führt zu vielen Konflikten und Verwerfungen.



Ich habe den Wandel in Gelsenkirchen als denkbar brutalsten Strukturbruch erlebt. So etwas wünsche ich keiner anderen Stadt und keiner anderen Region. Aber genau das steht uns wieder bevor. Diesmal nicht als unabwendbare Folge von technologischem Fortschritt und vom Kleinerwerden der Welt, sondern diesmal aufgrund des grünen Wahns, die Welt und das Klima retten zu wollen.

Mit meinem Buch möchte ich einerseits zeigen, was für Umbrüche wir in Deutschland erlebt haben und andererseits davor warnen, was uns nun wegen des EU-weiten Klimawahns und einer Politik, die gänzlich an der Realität vorbeigeht, droht. Ohne Not, einfach, weil es ihrer Ideologie entspricht, sind bereits die ersten Schritte gegangen worden, die uns in den nächsten brutalen Strukturbruch stürzen werden.

Ichweigere mich, die Hoffnung aufzugeben. Ich möchte Deutschland vor dieser Entwicklung bewahren. Meinen beiden Gastautoren geht es ähnlich. Auch ihr Leben ist eng verbunden mit den Themen, über die sie schreiben:

Enxhi Seli-Zacharias ist als kleines Kind mit ihren Eltern aus Albanien nach Deutschland eingewandert und schreibt über die Probleme der EU-Freizügigkeit.

Tino Chrupalla schreibt über seine Heimat, die Lausitz – einer Bergwerkregion ähnlich dem Ruhrgebiet, nur befindet sich die Lausitz noch mitten in dem Prozess, der bei uns bereits abgeschlossen ist. Als Handwerker mit eigenem Unternehmen ist er sowohl von den Auswirkungen des dortigen Strukturwandels als auch von dem Wahnsinn Brüssels immer wieder persönlich stark betroffen. Sein Blick geht nach vorn. Er erklärt, was getan werden muss, damit die Lausitz eine Chance hat.

Es gilt das Gegenteil von Brüssel: Die Regeln müssen von denen gemacht werden, die sich vor Ort auskennen. Der Fokus muss zurück auf die einzelnen Regionen, denn nur dort ist Heimat.

Auch im Namen meiner beiden Gastautoren:

Glückauf!



DEUTSCHLAND: EXPORTE OHNE ENDE?

2019 war Deutschland nach den USA, China und Japan mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von knapp 3,5 Billionen Euro die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und die größte innerhalb der Europäischen Union (EU). Betrachtet man jedoch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, zeigt sich ein anderes Bild. Deutschland lag 2019 weltweit an 18. Stelle und innerhalb der EU an achter Stelle, kurz vor Belgien und direkt hinter Österreich. Die Spitzenplätze innerhalb der EU belegten Luxemburg, Irland, die Niederlande und die skandinavischen Länder. Aufgrund der Folgen der Coronamaßnahmen brachen im Laufe des Jahres 2020 viele Volkswirtschaften ein. Unter den großen Volkswirtschaften konnte nur die chinesische gegen Ende des Jahres wieder auf einen schwachen Wachstumspfad einschwenken. Deutschlands BIP ist hingegen um etwa fünf Prozent geschrumpft.¹

Moderne Volkswirtschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Großteil ihrer Wertschöpfung im tertiären Sektor, also im Dienstleistungsbereich, erwirtschaften. Der sekundäre Sektor, das verarbeitende Gewerbe/die Industrie, ist auf etwa ein Fünftel bis ein Drittel des BIPs geschrumpft; und der Primärsektor, die Landwirtschaft und die Rohstoffgewinnung, die bis zur Industrialisierung zwischen 80 und 90 Prozent der Wertschöpfung und Beschäftigung ausmachten, liegt mittlerweile nur noch bei ein bis zwei Prozentpunkten.

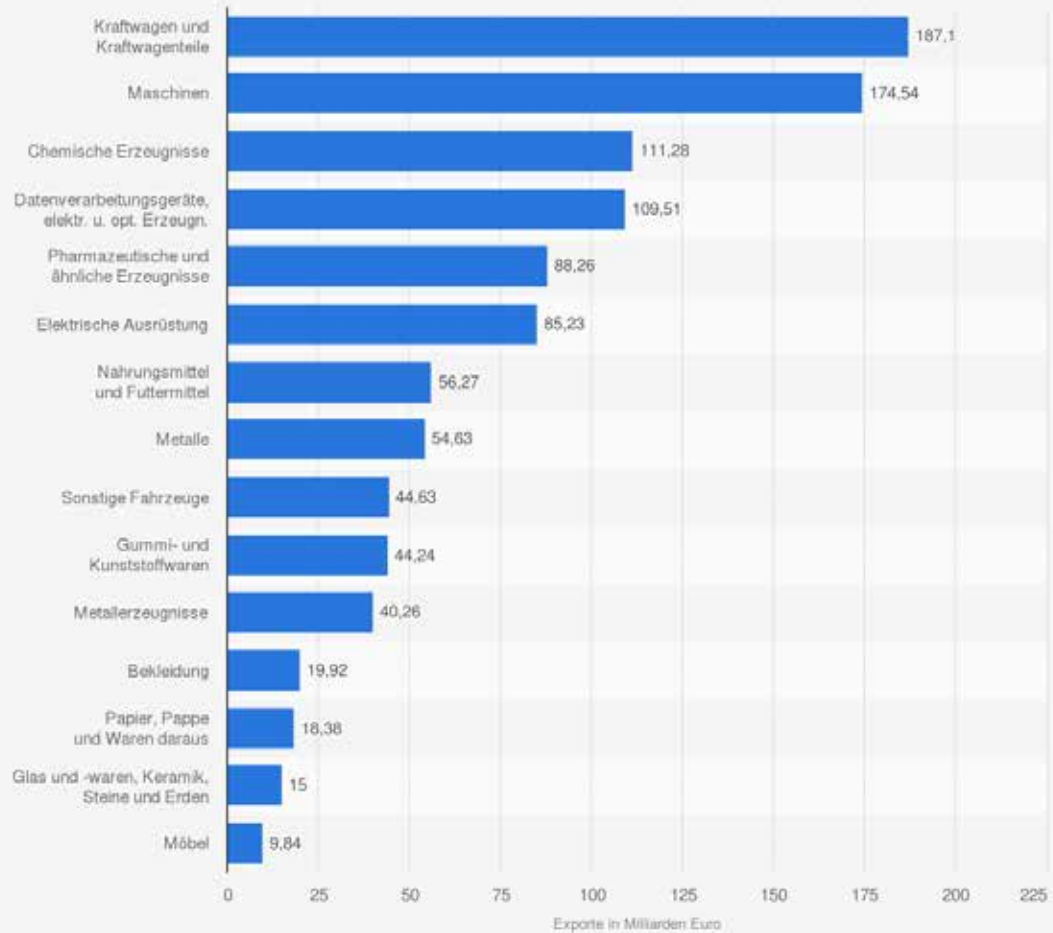


In Deutschland – ähnlich wie in Japan übrigens – ist der Anteil der Industrie am BIP mit knapp 30 Prozent für eine moderne Volkswirtschaft erstaunlich hoch. In den USA und Frankreich beträgt er nur noch 19 Prozent und in der gesamten EU durchschnittlich 25 Prozent; in China dagegen immer noch 40 Prozent, wemgleich auch hier der Anteil um rund acht Prozentpunkte im letzten Jahrzehnt gefallen ist.²

Innerhalb des Industriesektors ist in Deutschland die Automobilindustrie mit Abstand die größte Branche. 2019 setzte sie 439 Milliarden Euro um und beschäftigte direkt 830.000 Menschen. An zweiter Stelle steht der Maschinenbau mit 257 (2019) Milliarden Euro Umsatz.³ Es folgen die Chemie-Industrie, hier vor allem die pharmazeutischen Unternehmen, mit insgesamt knapp 200 Milliarden Euro Umsatz, die Ernährungsindustrie mit 185 Milliarden und knapp dahinter die Elektroindustrie mit 181 Milliarden Euro Umsatz. Zudem ist ein immer größerer Teil der Dienstleistungen von der Industrie abhängig.⁴ Fast die Hälfte des BIPs erwirtschaftet Deutschland durch den Export seiner Industrieprodukte und ist damit hinter China und den USA die drittgrößte Export-Nation der Welt und mit Abstand die größte innerhalb der EU.



Exporte aus Deutschland nach Güterabteilungen (Top 15) im Jahr 2020 (in Milliarden Euro)



Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Deutschland

statista

WIE ALLES ANFING – DIE INDUSTRIALISIERUNG DEUTSCHLANDS

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann England, sich zu industrialisieren und wurde zum Ausgangspunkt der industriellen Revolution, die eine neue Epoche menschlicher Entwicklung einläutete, die während der letzten zwei Jahrhunderte die ganze Welt revolutionierte. Dies war möglich geworden, weil in vielen Bereichen – innerhalb weniger Jahrzehnte – bis dahin unvorstellbare Veränderungen stattgefunden und sich gegenseitig ergänzt hatten. Durch verbesserte Anbautechniken in der Landwirtschaft konnten mehr Lebensmittel produziert werden; und die Bevölkerung wuchs, so dass immer mehr Arbeitskräfte für gewerbliche Tätigkeiten zur Verfügung standen. Von den Kolonien in Afrika, Asien und den beiden Amerikas flossen materielle und finanzielle Ressourcen in die europäischen Kolonial-Mächte. Dieser Kapitaltransfer und neue Absatzmärkte machten es möglich, immer größere Investitionen zu tätigen und große Unternehmen aufzubauen. Hinzu kam der technische Fortschritt. Die Dampfmaschine, der vollmechanische Webstuhl und die Spinnmaschine waren im frühen 18. Jahrhundert erfunden worden und traten ihren Siegeszug am Ende dieses Jahrhunderts an. Bedeutende Fortschritte konnten in der Metallverarbeitung, insbesondere der Eisen- und Stahlproduktion erzielt werden.⁵

Die anderen großen europäischen Nationen folgten England zu Beginn des 19. Jahrhunderts und begannen sich ebenfalls zu industrialisieren. Deutschlands Industrialisierung begann in den 1830er Jahren, beschleunigte sich dann aber gewaltig in den 1860er Jahren.⁶ Es empfand sich als Nachzügler gegenüber England, Belgien und Frankreich – wie übrigens auch die Vereinigten Staaten von Amerika. Beiden gelang es jedoch gegen Ende des 19. Jahrhunderts, sich zu führenden Industrienationen zu entwickeln. Sie forderten einen angemessenen „Platz an der Sonne“ (Reichskanzler Bernhard von Bülow, 1897) – ähnlich wie heute die Volksrepublik China.

Während das Vereinigte Königreich als „Werkbank der Welt“ Anfang der 1860er Jahre annähernd 20 Prozent aller Industrieprodukte der Welt herstellte, kam Deutschland nur auf einen Anteil von knapp fünf Prozent.⁷

Das änderte sich nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs im Jahr 1871. Deutschland wandelte sich innerhalb weniger Jahrzehnte von einem Agrar- zu einem führenden Industrieland.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Deutschland die größte Industrienation Europas. Während der Anteil der Industrie am BIP im Vereinigten Königreich bei 38 Prozent und in Frankreich bei 41 Prozent lag, betrug dieser in Deutschland 44 Prozent.

Deutschland stellte damals fast 15 Prozent aller Industrieprodukte der Welt her und hatte damit das Vereinigte Königreich knapp überholt. Es nahm damit den zweiten Platz ein – hinter den USA, die gut ein Drittel aller Industrieprodukte herstellten. Trotzdem umfasste der Export nur 20 Prozent des BIPs, da das meiste noch innerhalb des eigenen Landes konsumiert und investiert wurde.

Dieses Verhältnis hat sich seither stark verändert. Heute erwirtschaftet Deutschland nur noch etwa 3,5 Prozent des globalen BIPs. Denn seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Aufstieg ostasiatischer Nationen sind viele leistungsfähige Mitbewerber auf die Weltbühne getreten. Gleichzeitig beträgt der Exportanteil Deutschlands heute etwa das

Doppelte von vor dem Ersten Weltkrieg. Während Deutschland 1913 ein leichtes Exportdefizit von 700 Millionen Reichsmark aufwies, erwirtschaftet Deutschland heute einen jährlichen Exportüberschuss von gut 200 Milliarden Euro (Coronajahr 2020: 180 Milliarden; 2018/2019: je 225 Milliarden).⁸

Die Metallindustrie, insbesondere die Stahlindustrie, war zu Beginn der industriellen Revolution von besonderer Bedeutung und bildete neben der chemischen und elektrotechnischen Industrie das Rückgrat der deutschen Wirtschaftsstärke. Kohle, Eisen und Stahl bildeten die materielle Voraussetzung für den Bau von Eisenbahnen, Maschinen aller Art und später auch für die Automobilindustrie.⁹

Carl Benz erfand 1886 einen dreirädrigen „Motorwagen“, das „Triciclette“. Im gleichen Jahr erfand Gottfried Daimler das erste Motorboot; ein Jahr zuvor bereits das Motorrad. 1893 entwickelte Rudolf Diesel den Dieselmotor und im Jahr 1900 Ferdinand Porsche das erste vollfunktionsfähige Elektroauto, das gleichzeitig das erste Allradfahrzeug war.

Als Ford 1913 in den USA das Fließband „erfand“, um sein „Model T“ massenhaft zu produzieren, stellte auch Deutschland schon 20.000 Autos pro Jahr her.

In der Chemie-Industrie nahm Deutschland ebenfalls eine führende Rolle ein – sowohl bei der Innovation als auch bei der technischen Umsetzung. Wie innovativ deutsche Chemiker waren, kann man an der Vergabe der Nobelpreise für Chemie sehen. Im ersten Jahrzehnt nach der Gründung der Nobelpreis-Stiftung 1901 ging die Hälfte aller Chemie-



Nobelpreise an deutsche Forscher. Wer Chemie studieren wollte, musste Deutsch können, da die wichtigste Fachliteratur auf Deutsch veröffentlicht wurde.

Auch die Elektroindustrie florierte. Deutsche Unternehmen führten nahezu in allen Anwendungsbereichen für Elektrizität. Beim Gerätebau veränderten Siemens und AEG mit ihren Produkten die Welt und im Bereich der Stromversorgung RWE und EW.¹⁰

Die industrielle Revolution hat Deutschland aus der Armut eines Agrarlandes herausgehoben und zu einem reichen Industrieland gemacht – eine hochdynamische Entwicklung, die für fast alle Länder der Welt ein Ziel ist, aber bislang nur den wenigsten wirklich dauerhaft gelungen ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg bewältigten vor allem ostasiatische Länder, die sogenannten „Tigerstaaten“ wie Japan, Taiwan, Singapur und Südkorea diesen Sprung erfolgreich. Seit den 1980er Jahren reihte sich die Volksrepublik China ein; im Moment ist Vietnam dabei, sich seinen Platz unter den führenden Industrieländern zu erobern.



INDUSTRIALISIERUNG HEUTE

WIE DIE EU DEN MARKT STEUERN WILL

Wenn neue Wettbewerber hinzukommen, wenn neue Technologien erfunden werden und alte ersetzen, wenn sich Unternehmensstrukturen und Marktbeziehungen ändern, hat dies erhebliche Auswirkungen auf das weltweite Produktions- und Handelsgefüge. Dies bezeichnet man als Strukturwandel, der meistens mit massiven wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Anpassungsprozessen einhergeht. Für hochentwickelte Industrienationen wie Deutschland oder England ergeben sich viele Chancen, aber oftmals bedeutet ein Strukturwandel auch massive wirtschaftliche und soziale Verwerfungen. Industrielle Schlüsselbranchen wie Kohle und Stahl, aber auch die Textilindustrie verschwanden innerhalb weniger Jahrzehnte, was für die altindustriellen Regionen zu einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen führte, sowie zu Abwanderung und De-Industrialisierung.

So war die Stahlindustrie noch bis in die 1990er Jahre des letzten Jahrhunderts eine wichtige Säule der Industrie in Deutschland. Mittlerweile ist sie bis auf einige Spezialprodukte größtenteils nach China und Indien abgewandert. Vor hundert Jahren haben Elektrogeräte aus Deutschland das Leben der Menschen revolutioniert, heute bestimmen IT-Produkte aus den USA und China unseren Alltag.

Solche Prozesse sind hochkomplex und sind politisch nur begrenzt steuer- und gestaltbar. Der Staat kann sicherlich förderliche Rahmenbedingungen schaffen, aber Invention und Innovation lassen sich selten genau vorhersagen. Es hängt von vielen Faktoren ab, ob es einem Land gelingt, aus der Armut auszubrechen und einen breiten Wohlstand zu schaffen.

Sollte sich das in Zukunft ändern lassen? Die EU-Kommission jedenfalls hat sich genau das gerade vorgenommen: ihr Green Deal soll die Art und Weise, wie in der EU – und möglicherweise darüber hinaus – produziert und konsumiert wird, revolutionär verändern. Dieser Plan hat das Potential, ganze Wirtschaftszweige auszulöschen und andere – etwa mit Hilfe von Subventionen – künstlich zu schaffen oder am Leben zu halten. Der Green Deal ist weit davon entfernt, nur ein gigantisches Konjunkturpaket für den Klimaschutz zu sein. Er hat das Potential, die Wirtschaft innerhalb der EU in ihren Grundfesten zu erschüttern – wobei der Ausgang mehr als ungewiss ist.

Wie ein solcher Strukturwandel aussehen könnte, wollen wir mit Hilfe dieses Buches untersuchen. Wir haben dazu Städte und Regionen in Deutschland besucht, die bereits einmal einen Strukturwandel erlebt haben, der meistens (fehl) gesteuert und nicht erfolgreich war. Wenn das nun in einem viel größeren Rahmen geschehen soll, werden wir sehr wachsam sein müssen, um Abwärtsspiralen, soziale Not und fehlende Zukunftsperspektiven zu verhindern.

DAS RUHRGEBIET

Das Ruhrgebiet ist einer der größten Ballungsräume Europas und der größte Deutschlands. Elf Städte und vier Kreise mit insgesamt über fünf Millionen Einwohnern sind so eng zusammengewachsen, dass häufig nicht mehr zu erkennen ist, wo eine Stadt aufhört und eine andere anfängt. Vor 200 Jahren war das anders. Gelsenkirchen und Herne hatten damals nur wenige hundert Einwohner. Dortmund, heute mit fast 600.000 Einwohnern die größte Stadt des Ruhrgebiets, war damals mehr als 100mal kleiner und hatte nur etwa 5.000 Einwohner. Die größte Stadt der Region war damals Mülheim mit 11.000 Einwohnern. Heute zählt Mülheim mit seinen 170.000 Einwohnern eher zu einer der kleineren Städte des Ruhrgebiets.

Grund für diese dynamische Stadtentwicklung war das Vorkommen von Steinkohle. Etwa 100 mächtige Kohlenflöze ziehen sich durch das Ruhrgebiet. Im Süden reichen sie fast bis an die Oberfläche, im Norden versinken sie bis zu 3000 m tief in der Erde. Allerdings wurde im Ruhrgebiet nur bis maximal 1500 m Tiefe gefördert und auch das waren Ausnahmen. Die meiste Kohle wurde in einer Tiefe zwischen 300 m und 800 m gefördert.

Dazu kam das Eisenerz. Beides zusammen, Eisen und Kohle, haben das montanindustrielle Kraftzentrum Ruhrgebiet ermöglicht, das Ende des 19. Jahrhunderts zur größten Industrieregion Europas heranwuchs und ohne das Deutschland seinen rasanten Aufstieg vom Agrarland zu einem der führenden Industrieländer nicht geschafft hätte.

Während im Jahr 1845 nur etwa eine Million Tonnen Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert wurden, waren es 1913 über 114 Millionen Tonnen – fast die Hälfte dessen, was alle britischen Kohle-Regionen zusammen förderten: ein Energiewunder.¹¹



Das Haldenereignis Emscherblick, kurz Tetraeder, ist eine begehbare Aussichtsterrasse in Form einer dreiseitigen Pyramide auf der Halde Beckstraße im Bottroper Stadtteil Batenbrock.

Das Ruhrgebiet ist auch geographisch begünstigt, denn es wird von drei schiffbaren Flüssen durchzogen, die in gleichmäßigem Abstand zueinander jeweils von Ost nach West fließen: die Ruhr, die Emscher und die Lippe. Alle drei münden in den Rhein und verbinden die Städte untereinander sowie die Städte mit dem Rest der Welt. Für die Nord-Süd-Verbindungen wurde schon früh der Ausbau des Eisenbahnnetzes massiv vorangetrieben.¹²

Zudem gab der preußische Staat das Direktionsprinzip auf, das jahrhundertlang den Bergbau in Deutschland geregelt hatte. Das Direktionsprinzip besagte, dass der Bergbau streng durch den Staat zu regulieren sei und alle Tätigkeiten zunächst bewilligt, später dann kontrolliert und beaufsichtigt werden müssen. Dadurch hatte der Staat die Leitung über die Bergwerke übernommen und sie zu „herrschaftlichen Zechen“ gemacht, die vielfältige Steuereinnahmen garantierten.

Die Einführung des Inspektionsprinzips zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte dies grundlegend. Von nun an beschränkte sich der Staat darauf, den Bergbau zu beaufsichtigen. Die wirtschaftliche und technische Leitung eines Bergwerks war ihm untersagt. Das beflügelte privatwirtschaftliche Initiativen im Montanbereich.¹³

Viele Unternehmen wurden gegründet, die neue Bergwerke bauten und sich zu immer größeren

Unternehmen zusammenschlossen. Die für das Ruhrgebiet typische Verbundwirtschaft entstand: eng miteinander verbundene Großunternehmen, die alle Teilbereiche des Bergbaus abdeckten (vertikale Integration). Diese Entwicklung gipfelte Ende des 19. Jahrhunderts in der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats (RWKS), einem Zechen-Kartell.

Mit dem Ausbau der Zechen explodierte die Bevölkerungszahl. Arbeitskräfte wurden dringend gesucht und wanderten massenhaft, gerade aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches, zu. Die Städte wuchsen so schnell, dass sich die Zahl ihrer Einwohner innerhalb weniger Jahre vervielfachte. So verzehnfachte Gelsenkirchen zwischen 1871 und 1910 die Zahl seiner Einwohner auf etwa 170.000.¹⁴

Diese Entwicklung dauerte auch nach dem Ersten Weltkrieg an. Die Kohleförderung wuchs und wuchs. Gleichzeitig wurde umfangreich modernisiert. Ende der zwanziger Jahre stammten drei Viertel aller im Deutschen Reich geförderten Steinkohle aus dem Ruhrgebiet; zwei Drittel davon war maschinell gefördert worden im Gegensatz zu gerade einmal zwei Prozent vor dem Ersten Weltkrieg.¹⁵

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg spielte das Ruhrgebiet wieder eine Schlüsselrolle. Zum einen trug es maßgeblich zum deutschen Wirtschaftswunder bei. Zum anderen inspirierte die strategische Rolle der Montanindustrie Frankreichs

Außenminister, Robert Schumann, dazu, Deutschland am 9. Mai 1950 die Gründung einer Bergbau-Gemeinschaft vorzuschlagen. Frankreich hatte Angst vor der Macht des Ruhrgebiets und wollte diese bannen. Die zugrundeliegende Überlegung war einfach: Krieg kann nur führen, wer über Kohle und Stahl verfügt. Also möge Deutschland zusammen mit Frankreich einen Teil seiner souveränen Zugriffsrechte auf beides an eine supranationale Organisation abgeben und der Krieg würde dadurch künftig unmöglich werden. Dass die supranationale Organisation von Frankreich dominiert wurde, fiel damals nicht sonderlich auf. Die Franzosen waren einfach die besseren Diplomaten. Die Idee dazu hatten sie schon in den 1920er Jahren gehabt.

Ein Jahr später wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, gegründet. Gründungsmitglieder waren neben Deutschland und Frankreich noch Italien und die drei Benelux-Länder, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Von nun an waren nicht mehr die einzelnen Staaten für ihre Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien zuständig, sondern die sogenannte „Hohe Behörde“. Der Anteil der Ruhrkohle an der gesamten Fördermenge der EGKS lag bei knapp 48 Prozent.¹⁶

Der Bedarf an Kohle war riesig. Immer noch wurde im Winter mit Kohle geheizt und durchgehend mit Kohle gekocht. Die Industrie

brauchte Kohle, um ihre Maschinen anzutreiben und das zerstörte Deutschland wieder aufzubauen. Mitte der 1950er Jahre arbeiteten fast 500.000 Menschen in den Steinkohle-Zechen des Ruhrgebiets. In jeder Familie gab es Männer, die unter Tage arbeiteten oder die mit jemandem befreundet waren, der unter Tage arbeitete. Kohle und Bergbau haben das Ruhrgebiet nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch sozial-gesellschaftlich stark geprägt.¹⁷ Die Kameradschaft der Kumpel war legendär und spiegelte sich auch über Tage im Alltag wieder. Das Leben mit der Gefahr in den Schächten hat das Lebensgefühl auf den Straßen beeinflusst. Die Rituale, Lieder und Sitten der Bergleute waren überall präsent.

Obwohl das Ruhrgebiet mit einem Anteil von über 80 Prozent der größte Kohle-Förderer Deutschlands war und jährlich etwa 125 Millionen Tonnen Steinkohle aus der Erde holte, reichte es nicht, um den Hunger nach Energie in den Nachkriegsjahren zu stillen. Obwohl immer neue Schächte erschlossen wurden und die Förderanlagen fortlaufend modernisiert wurden, musste schon ab den 1950er Jahren zusätzliche Steinkohle aus dem Ausland hinzugekauft werden.

DIE KOHLEKRISE 1957/58

Was war passiert? Ruhrkohle war schon immer teurer gewesen als importierte Kohle, weil man im Ruhrgebiet tiefer bohren musste als anderswo. Aber plötzlich wurde Öl, vor allem aus den Golfstaaten, billig. Die Suezkanal-Krise war 1956 beendet worden. Fast ein halbes Jahr lang hatten sich auf der einen Seite Frankreich, England und Israel, auf der anderen Seite Ägypten gegenüber gestanden und sich um die Zugriffsrechte auf den Schiffsverkehr im Suezkanal gestritten. Der Warentransport durch den Kanal war immer wieder verzögert, unterbrochen und verhindert worden. Zuletzt intervenierten die Großmächte: die USA und die Sowjetunion verwiesen die europäischen Kolonialmächte in ihre Schranken.

Das änderte sich im Winter 1957/58. Die Nachfrage brach ein. Was zunächst als „Kohlekrise“ begann, entwickelte sich zu einer ökonomischen Abwärtsspirale, die alles veränderte, was das Ruhrgebiet bis dahin prägte und endete 60 Jahre später mit dem endgültigen Ausstieg aus der heimischen Kohleförderung. Das brummende Herz der deutschen Industrie verwandelte sich in einen kränkenden Subventionsempfänger. Das letzte Steinkohlebergwerk Deutschlands, die Zeche Prosper-Haniel in Bottrop, schloss am 21. Dezember 2018. Es gab einen Festakt, gefühlvolle Reden, echte Tränen und noch einmal das Steigerlied. Seitdem gibt es nur noch Wartungsarbeiten unter Tage, die kontrollieren, dass die Schächte nicht einstürzen, und der Grundwasserspiegel konstant gehalten wird.

Nachdem diese Krise gelöst worden war, sanken die Ölpreise deutlich. Das war ein starker Anreiz für die Industrie, ihre Energieversorgung zunehmend auf Öl umzustellen. So feuerte die Deutsche Bahn ihre Lokomotiven bald nicht mehr mit Kohlen an, sondern tankte Diesel. Auch wurde die billige Steinkohle aus den USA noch billiger, da der Transport übers Meer durch die gesunkenen Dieselpreise billiger geworden war. Die deutsche Ruhrkohle war nicht mehr konkurrenzfähig. Sie blieb unter Tage.

PANIK IM POTT –

VON DER KOHLEKRISE ZUR RAG

UND ZUM STRUKTURWANDEL

Auf einmal passierte, was kurz vorher unvorstellbar gewesen war: Tausende von Bergmännern wurden in unbezahlte „Feierschichten“ geschickt, Zechen schlossen, Fördertürme fielen. Es herrschte Endzeitstimmung. Am 26. September 1959 zogen 60.000 Bergleute per Bahn, Bus, Auto oder Schiff nach Bonn, um unter dem Motto „Sicherheit statt Chaos“ für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Einen solchen Protestzug hatte die junge Bundesrepublik bis dato noch nicht gesehen.

Bundeskanzler Adenauer nannte die Kohlekrise „eine sehr gefährliche Situation“ und das „innenpolitische Hauptproblem“ dieser Zeit. Die Regierung beschloss, das Heizöl zu besteuern. Das war eine sehr umstrittene Maßnahme, sorgte für viel Ärger und änderte wenig am Schicksal des deutschen Kohlebergbaus; immer mehr Zechen schlossen.

Während zu Beginn der Krise kaum jemand ins „Bergfreie“ fiel, also arbeitslos wurde, sondern durch Kurzarbeit, Wartegelder und Abfindungen aufgefangen wurde, änderte sich das 1966/67, als die junge Bundesrepublik ihre erste Rezession erlebte. Das Wirtschaftswunder hatte sich ausgewundert. Statt jährlichen Wachstumsraten von bis zu zwölf Prozent schwächelte die Wirtschaft, die Steuereinnahmen blieben unter den Erwartungen und die Arbeitslosigkeit stieg von 0,7 auf 2,1 Prozent. Für die damalige Zeit waren das besorgniserregende Zahlen.

Allein im Steinkohlebergbau hatte sich die Zahl der Arbeiter innerhalb elf Jahren von 495.800 im Jahr 1957 auf nur noch 210.300 im Jahr 1968 mehr als halbiert.¹⁸

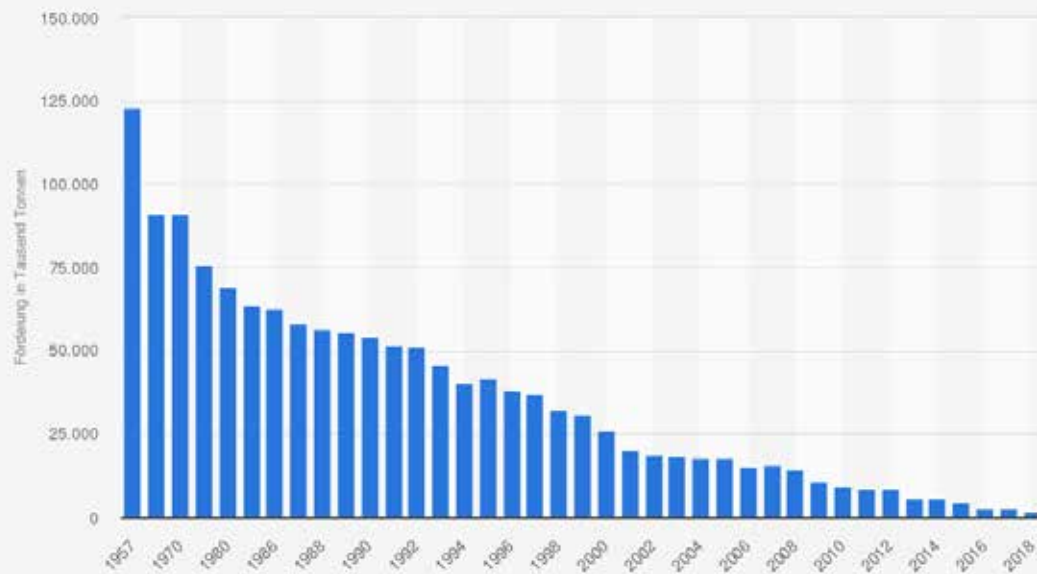
Die Politik war alarmiert. So soll Rainer Barzel, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, während des Wahlkampfes zur Landtagswahl 1966 in NRW gesagt haben: „Wenn es an der Ruhr brennt, hat der Rhein nicht genügend Wasser, das Feuer zu löschen.“ Trotzdem verlor die CDU in der Landtagswahl gegen die SPD.

Karl Schiller, einer der beliebtesten Politiker seiner Zeit und sozialdemokratischer Wirtschaftsminister der ersten Großen Koalition unter CDU-Bundeskanzler Kurt Kiesinger, kommentierte im selben Jahr: Das Ruhrgebiet sei ein „Heuhaufen“, der durch ein einziges, achtlos hingeworfenes Streichholz in Flammen aufgehen könne.

Die politische Lösung bestand in der Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) am 27. November 1968, einem Konsolidierungsunternehmen, das als private Aktiengesellschaft alle Zechen des Ruhrgebiets unter sich vereinen sollte. Ziel war es, die Wettbewerbsfähigkeit der Ruhrkohle wiederherzustellen und Arbeitsplätze zu sichern, also die Rückführung des Steinkohlebergbaus geordnet und sozialverträglich zu gestalten.

Innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung waren 26 Bergbau-Unternehmen, rund 200.000 Bergleute und damit 94 Prozent der gesamten Kohleförderung des Ruhrgebiets unter dem Dach der RAG fusioniert.

Förderung von Steinkohle im Ruhrgebiet in den Jahren von 1957 bis 2018 (in 1.000 Tonnen)

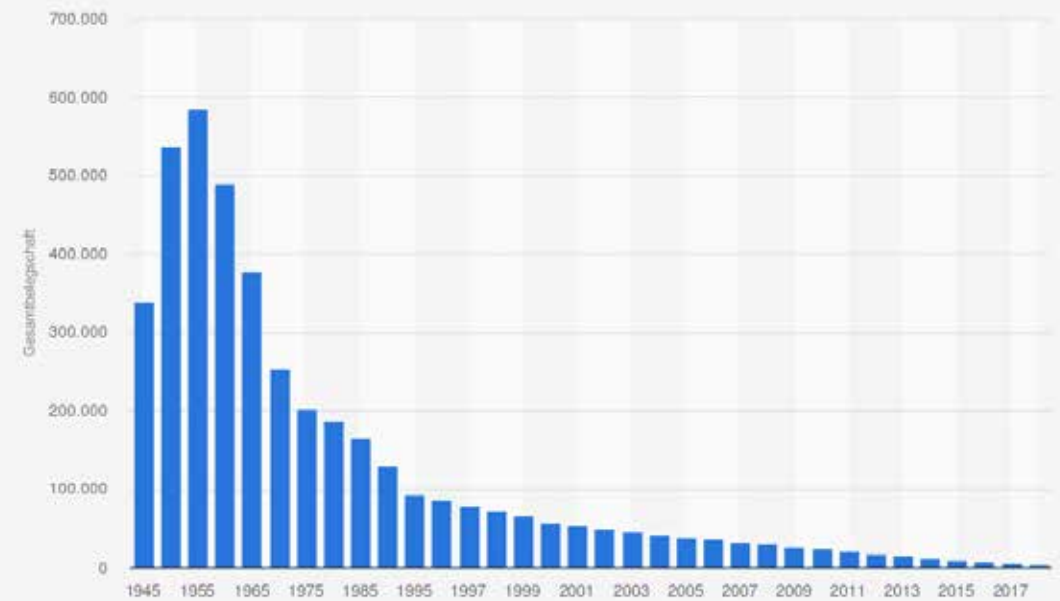


Quelle:
Statistik der Kohlenwirtschaft
© Statista 2020

Weitere Informationen:
Deutschland (Nordrhein-Westfalen)



Gesamte Belegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau in den Jahren 1945 bis 2018



Quelle:
Statistik der Kohlenwirtschaft
© Statista 2020

Weitere Informationen:
Deutschland



Was als Anpassung der heimischen Steinkohleförderung an neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen begann, sollte der Beginn eines jahrzehntelangen, langsamen, und milliarden-schweren Ausstiegs aus der Steinkohle werden. Zunächst sollte nur der Bergbau neu strukturiert werden, später das ganze Ruhrgebiet.

Als im Winter 2007 Politik, Gewerkschaften und RAG vereinbarten, 2018 vollständig aus der Steinkohle auszusteigen, arbeiteten nur noch 33.000 Bergleute im Bergbau. 2018, das Jahr des offiziellen Endes der Steinkohle im Ruhrgebiet und in ganz Deutschland, waren es nur noch 3.000. Alle anderen waren in Rente gegangen, abgefunden oder umgeschult und anderweitig untergebracht worden.

Überraschenderweise weiss niemand genau, wieviel Subventionen bislang in die Steinkohle geflossen sind. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsordnung (RWI) geht davon aus, dass es bis 2009 mehr als 140 Milliarden EUR waren.¹⁹ Davon floss ein unbestimmbarer Anteil vermutlich direkt und über komplizierte Verrechnungsmechanismen in die Kassen von Thyssen Krupp, RWE und anderen. Bis zum offiziellen Ende der Steinkohle 2018 dürften es wohl insgesamt 200 bis 300 Milliarden Euro gewesen sein.²⁰

Allerdings konnten weder die Subventions-Milliarden noch die vielen strukturpolitischen Maßnahmen die Abwärts-Spirale für das Ruhrgebiet stoppen. Die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren sind ebenso eindeutig wie unerbittlich:

Im Vergleich zu den sechs anderen deutschen Metropolregionen, Rheinland, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt, München und Berlin-Potsdam hat das Ruhrgebiet eine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft und eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote.²¹

Die Rangliste der deutschen Großstädte mit der höchsten Arbeitslosigkeit führen die Ruhrgebiets-Städte an. Den ersten Platz belegt Gelsenkirchen mit gut 15 Prozent Arbeitslosen. Die Plätze zwei und vier gehen zwar an Bremerhaven und Saarbrücken, aber alle anderen sind Ruhrgebietsstädte: Duisburg, Herne, Dortmund, Krefeld, Essen, die alle eine Arbeitslosenrate zwischen elf und dreizehn Prozent haben.²² Krefeld gehört zwar rein technisch nicht zum Ruhrgebiet, wird aber als Nachbarstadt von Duisburg bisweilen dazugerechnet.

Leben in einer Stadt oder in einem Kreis viele arbeitslose Menschen, sind die Sozialausgaben hoch und die Steuereinnahmen niedrig. Ein guter Indikator für die Lage der kommunalen Finanzen sind die Höhe der Kassenkredite (Liquiditätskredite), also Kredite für laufende Kosten wie Gehälter, Mieten, Bürobedarf und Zuschüsse für freie Träger (städtische Kindergärten, Vereine, Sportstätten usw.).

Gut 30 Prozent aller Liquiditätskredite deutscher Kommunen wurden vom Ruhrgebiet aufgenommen.²³ Im Jahr 2017 war jeder Einwohner des Ruhrgebiets mit 3049 Euro an Liquiditätskrediten verschuldet. Dem gegenüber stehen 453 Euro pro Einwohner in den übrigen westdeutschen und 250 Euro in den ostdeutschen Regionen.²⁴





ZUM BEISPIEL

GELSENKIRCHEN

Die Gelsenkirchener Bergwerks AG beschäftigte einst über 60.000 Bergleute. Seit der Kohlekrise wurden es immer weniger und im Jahr 2000 schloss sie schließlich für immer ihre Tore.

Ende der 1950er Jahre hatte Gelsenkirchen knapp 390.000 Einwohner. Heute sind es nur noch rund 260.000. Dafür hat Gelsenkirchen die höchsten Sozialausgaben aller deutschen Großstädte. Die Stadt hat keinerlei finanziellen Spielraum, um selbst zu investieren, kann aber ihre überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesätze auch nicht senken, um für Unternehmen attraktiver zu werden, damit diese den Standort voranbringen.²⁵ Sie hat die höchste Arbeitslosenquote Deutschlands und

das geringste Einkommen. Diese Probleme sind besonders ausgeprägt in Stadtvierteln mit einem hohen Ausländer-Anteil wie Altstadt, Neustadt, Schalke-Nord, Schalke und Bulmkehüllen. Soziale und ethnische Segregation sind eine ungute Mischung eingegangen,²⁶ die sich über Jahrzehnte entwickelt hat und nun verfestigt ist. Kinder aus diesen Stadtvierteln haben kaum Chancen, eine Ausbildung zu machen oder einen höheren Bildungsabschluss zu erlangen und sozial aufzusteigen.²⁷



#guidoauf tour: Gelsenkirchen
Strukturbruch
mit Enxhi Seli-Zacharias,
Kommunalpolitikerin

Guido:

Liebe Freunde, meine letzte Reise führt mich vor meine Haustür: Ich bin heute in Gelsenkirchen, meiner Geburtsstadt. Wir sind im Bulmker Park. Mein Opa hatte hier einen Bootsverleih. Wir haben seine Boote immer – sagen wir – zweckentfremdet und Wasserschichten gemacht. Ich weiß nicht mehr, wie oft ich in diesen Teich gefallen bin. Winters wie sommers. Gott sei Dank ist er nicht tief. Ich wohnte um die Ecke und kam regelmäßig klatschnass nach Hause. Der Bulmker Park ist wunderschön, Gelsenkirchen leider nicht mehr. Gelsenkirchen hat die höchste Arbeitslosenquote in Deutschland, die meisten armen Kinder und das niedrigste Durchschnittseinkommen: 16.450 Euro pro Jahr. Das ist ein Skandal. Dabei war Gelsenkirchen einmal reich. Ende der 1950er Jahre war es die größte Bergbaustadt Europas. Anfang der 90er gab es noch vier Bergwerke. Seit 2000 gibt's keins mehr. Für mich ist das kein Strukturwandel, sondern eine Strukturbruch. Für Gelsenkirchen gilt, was auch für Pirmasens, Plauen und Mannheim gilt: Strukturwandel funktioniert nicht – trotz aller Fördermittel. Enxhi, du machst in Gelsenkirchen Kommunalpolitik, bist im Integrationsrat der Stadt und hast selbst einen Migrationshintergrund.

Enxhi:

Ich würde mit dir als EU-Politiker gerne über die EU-Zuwanderung aus Südosteuropa sprechen, die Gelsenkirchen in besonderer Weise getroffen hat.

Guido:

Das ganze Ruhrgebiet hätte ohne Migration nicht stattfinden können. Seit 150 Jahren ist das Ruhrgebiet ein Schmelztiegel. Das hat die überwiegende Zeit wirklich sehr gut funktioniert. Man hat gut miteinander gelebt. Die Menschen im Ruhrgebiet sind ein ganz besonderer Schlag – offen, locker und ehrlich, wie man es sonst auf der Welt kaum findet. Man hat einfach keine Vorurteile. Aber in den letzten Jahren hat sich leider etwas geändert.

Enxhi:

Es gab immer Formen der Zuwanderung. Die wird es auch immer geben. Du bist ja selber mit Gastarbeitern großgeworden. Das war nie ein Problem. Es hat gut funktioniert, man war ein Team. Jetzt höre ich viel von Älteren, beispielsweise von Türken, dass sie wegen der nachfolgenden Generation beunruhigt seien. Die scheinen sich nicht mehr anzupassen. Lehrer berichten mir von unglaublichen Sprachdefiziten bei Schülern und der Etablierung einer Kulturform, die dem islamischen Patriachat gleicht. Wir haben Schulen in Gelsenkirchen mit einem Migrantanteil von 98 Prozent. Ich erhalte Briefe von Gelsenkirchener

Bürgern, die mir schreiben: „Ich fühle mich fremd.“ Alle Kommunalpolitiker hier kennen das Phänomen, aber die wenigsten trauen sich, darüber zu sprechen. Seit einigen Jahren gibt es diese neue Form der Zuwanderung: Zuwanderung aus Südost-Europa. Erstaunlicherweise geben mittlerweile sogar einige SPD-Politiker zu, dass es Probleme gäbe. Die WAZ zitierte einen Kommunalpolitiker kürzlich sogar wie folgt: „Bemühungen sind gescheitert.“ Immerhin. Aber ich frage mich: Was zum Teufel hat sich die EU dabei gedacht, im Rahmen der Osterweiterung dann im Jahre 2007 auch Rumänien und Bulgarien einzuschließen?

Guido:

Die waren völlig blauäugig. Viele Politiker haben keinen Bezug mehr zur Realität oder zu normalen Menschen. Da kommt es zu solchen Entscheidungen. Man muss allerdings einräumen, dass die Freizügigkeit ursprünglich mit Polen begonnen hatte und es da funktioniert hat. Die ganzen schlimmen Befürchtungen sind nur bei Rumänien und Bulgarien eingetroffen – und zwar zu hundert Prozent. Ich wage mal die Prognose, dass auch bei Albanien und Nordmazedonien alle schlimmen Befürchtungen zu hundert Prozent eintreffen werden.

Enxhi:

Die Ausweisung dieser Personen oder der Entzug ihrer EU-Freizügigkeit durch die Verhängung einer Wiedereinreisesperre ist nicht zuletzt Dank einer laschen Politik bei uns fast unmöglich geworden. Diese Leute wissen ganz genau, wie sie die Lücken des Systems ausnutzen können. Das hat fast eine gewisse Brillanz. Die letzte Sitzung des Ordnungsausschusses in Gelsenkirchen war aus meiner Sicht eine Kapitulationserklärung der Stadtverwaltung.

Guido:

Die EU-Osterweiterung hat den Kommunalpolitikern in Deutschland vielfach die Handlungsfähigkeit genommen, weil sie einfach kein Geld mehr haben. Wer zuwandert, erhält Hartz IV. Hartz IV ist eine Pflichtaufgabe und weil die Kosten seit 2010 explodiert sind, muss sich Kommunalpolitik auf die Pflichtaufgaben beschränken. Für mehr reicht es nicht. All die schönen Sachen fallen weg. Man gestaltet nicht mehr, sondern verwaltet nur noch. Meine Erfahrung ist, dass eine Stadt oder eine Region den Bach runtergeht, sobald der Strukturwandel einsetzt. Und dann kommen die Migranten. In Gelsenkirchen kann man das sehen, in Pirmasens, Plauen und in Mannheim. Oder auch in Offenbach, Ludwigshafen und all den anderen Städten, in denen wir nicht waren. Es ist immer derselbe Mechanismus.





Im Zeichen des sanften Imperialismus: Die EU und die harte Realität von Gelsenkirchen

Im September des Jahres 2011 veröffentlichte der Spiegel einen Artikel mit der Schlagzeile „Denn sie wussten nicht, worüber sie abstimmen“. Es ging um den Euro-Rettungsfonds, dem wichtigsten Gesetzgebungsvorhaben der damaligen Legislaturperiode. Kurz zuvor hatte die ARD über erschreckende Wissenslücken bei den Abgeordneten des Bundestags berichtet. Nach der Abstimmung zum Rettungsfonds, in der es um deutsche Kreditbürgschaften in Höhe von 211 Milliarden Euro gegangen war, zeigten die Abgeordneten in verstörenden O-Tönen, dass sie nur sehr vage Vorstellungen davon hatten, worüber sie eigentlich gerade abgestimmt hatten. In den Medien entbrannte eine kontroverse und leidenschaftliche Debatte über die Souveränität Deutschlands und die entscheidende Haftungsfrage – wie sie heute nicht mehr denkbar wäre.

Das Konstrukt der Europäischen Union basierend auf einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde fortwährend und über einen langen Zeitraum einem sanftem Imperialismus ausgesetzt. Das Ergebnis dieser fortschreitenden wirtschaftlichen Integration ist zum Beispiel die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Erweiterung des EU-Binnenmarktes, welcher jedoch bereits 1993 als vollendet angesehen werden konnte, die propagierte Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes (EU-Freizügigkeitsrecht), die Bankenunion mit unabschätzbaren Folgen für Haftungen der einzelnen Mitgliedsstaaten, die gemeinsame Klima- und Flüchtlingspolitik bis hin zu der gemeinsamen EU-Strafverfolgung und der intransparenten EU-Rechtsprechung mit ihren gravierenden Folgen für die nationale Souveränität. Zur Realisierung dieser imperialen Interessen wurde der Blick für die nationale Umsetzung europäischer Rechtsakte geschärft. Darunter ist im Wesentlichen die Rolle der

nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu verstehen.

Inmitten dieses theoretischen und technokratischen Diskurses offenbart sich in der Komplexität der Materie ein für das Ruhrgebiet prägnantes Negativbeispiel: Die EU-Freizügigkeit. Insbesondere dieses EU-Prestigegesetz beweist die mangelnde Sensibilität und Weitsicht der Parlamentarier im Zusammenhang mit den fatalen Folgen für die sogenannten Nettogeberländer. Es kann auch ein Ausdruck mangelnder Kreativität und Vorstellungskraft gewesen sein oder einfach Naivität und Leutseligkeit. Jedenfalls haben die Architekten der heutigen Europäischen Union mit einem raffinierten und sanften Imperialismus ein Haus gebaut und nahezu vollendet, dessen Bewohner sanftmütig enteignet wurden. Doch so langsam setzt der Prozess der Konfrontation mit der Realität ein.

Mit Stand 29.01.2021 sind offiziell 9.455 Menschen aus Bulgarien (3.509) und Rumänien (5.946) in Gelsenkirchen gemeldet – 3,57% der Gesamtbevölkerung. Seit 2014 stieg ihre Zahl ebenso rasant wie stetig: die Anmeldezahlen der Rumänen und Bulgaren haben sich innerhalb von fünf Jahren nahezu verdoppelt.

Eine valide Datenbasis¹ der Stadtverwaltung Gelsenkirchen zeigt, dass die EU-Freizügigkeit für Gelsenkirchen zur Belastungsprobe geworden ist. Importierte Jugendarbeitslosigkeit und legale Finanzierung von Armutszuwanderung sind die direkte Folge dieser.

Am 9. Februar dieses Jahres richtete die AfD-Fraktion zwölf Fragen zur EU-Freizügigkeit an die Stadtverwaltung Gelsenkirchen. Die Abfrage zur Erwerbstätigkeit der Unionsbürger in

Gelsenkirchen weist ein eindeutiges und zugleich erschreckendes Bild auf. Rumänen und Bulgaren sind als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) ohne Erwerbseinkommen absolute Spitzenreiter und machen zusammen knapp 70 % der ELB unter den Unionsbürgern in Gelsenkirchen aus. Abgefragt wurde auch das Alter und die Verweildauer der ELB. Unter den Rumänen und Bulgaren ist die größte Gruppe der ELB 15 bis unter 25 Jahre alt – gefolgt von den 25-bis 35-Jährigen. Gleichzeitig verweilen diese

Personen im Regelleistungsbezug vier Jahre oder länger, wie die Daten der Anfrage zeigen. Damit zeigt sich ein fatales Bild nach außen: Junge Unionsbürger, die sich im arbeitsfähigsten Alter befinden, sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen und werden vom deutschen Steuerzahler finanziert. Mit anderen Worten: Mit der EU-Freizügigkeit haben wir auch eine dauerhafte Jugendarbeitslosigkeit importiert.

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	davon					
		15 bis unter 25 Jahren	25 bis unter 35 Jahren	35 bis unter 45 Jahren	45 bis unter 55 Jahren	55 bis unter 65 Jahren	65 Jahre und älter
Insgesamt	28.650	6.541	6.747	6.034	4.952	4.175	201
dav. Deutsche	16.110	3.594	3.472	2.915	2.889	3.086	154
Ausländer dar. EU ohne Deutschland und Großbritannien	12.406	2.897	3.244	3.090	2.044	1.084	47
dav. Belgien	6	*	*	*	*	*	-
Bulgarien	751	244	200	182	85	37	3
Dänemark	*	-	-	-	-	*	-
Estland	-	-	-	-	-	-	-
Finnland	*	*	-	*	-	-	-
Frankreich	12	*	3	*	-	4	-
Kroatien	93	35	15	22	*	11	*
Slowenien	14	*	3	*	*	5	-
Griechenland	59	*	11	12	11	17	*
Irland	5	*	-	-	*	-	-
Italien	256	50	*	59	50	61	*
Lettland	9	4	*	*	-	-	-
Litauen	9	-	3	*	*	3	-
Luxemburg	4	-	*	*	*	-	-
Malta	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	36	7	5	9	9	6	-
Österreich	19	6	5	5	*	*	-
Polen	447	98	80	127	87	51	4
Portugal	22	4	6	-	4	8	-
Rumänien	1.075	441	301	231	80	*	*
Slowakei	6	-	3	*	*	-	-
Schweden	7	*	*	3	-	-	-
Spanien	82	15	21	15	14	17	-
Tschechien	*	*	-	*	-	-	-
Ungarn	24	4	4	7	4	5	-
Zypern	*	*	-	-	-	-	-

Ferner ergab die Anfrage der AfD, dass die Stadt in den vergangenen Jahren einer ebenfalls wachsenden Zahl von Rumänen und Bulgaren ihr Freizügigkeitsrecht wieder entzog: Die Vollziehung der Verlustfeststellung des Freizügigkeitsrechts für Unionsbürger (Schaubild 3). Nur im Corona-Jahr 2020 wurden kaum Verlustfeststellungen des Freizügigkeitsrechts getroffen. Wurden im Jahr 2019 noch 540 EU-Bürger ausgewiesen (darunter 380 Rumänen und Bulgaren), waren es 2020 nur 29 (darunter 28 Rumänen und Bulgaren). Das lag jedoch

keineswegs an Corona, sondern daran, dass die Stadt eigenen Angaben zu Folge aufgrund von Personalmangel die Überwachung des EU-Freizügigkeitsrechts nicht gewährleisten konnte.

Das EU-Freizügigkeitsrecht ist in der Richtlinie 2004/38/EG vom 29. April 2004 geregelt. Es umfasst zum einen die Personenverkehrsfreiheiten des gemeinsamen Marktes, also die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	davon					
		mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von unter 6 Monaten	mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von 6 bis unter 12 Monaten	mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von 1 bis unter 2 Jahren	mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von 2 bis unter 3 Jahren	mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von 3 bis unter 4 Jahren	mit einer Verweildauer im Regelleistungsbezug von 4 Jahren oder länger
Insgesamt	28.650	2.901	2.068	3.159	2.442	2.977	15.103
dav. Deutsche	16.110	1.704	1.113	1.627	1.168	986	9.512
Ausländer dar. EU ohne Deutschland und Großbritannien	12.406	1.188	950	1.518	1.267	1.973	5.510
dav. Belgien	6	-	-	-	-	-	-
Bulgarien	751	112	102	136	109	89	203
Dänemark	-	-	-	-	-	-	-
Estland	-	-	-	-	-	-	-
Finnland	-	-	-	-	-	-	-
Frankreich	12	-	-	-	-	-	7
Kroatien	93	13	20	21	6	8	25
Slowenien	14	-	-	-	-	-	6
Griechenland	59	8	-	9	-	6	31
Irland	5	-	-	-	-	-	-
Italien	256	39	22	26	28	18	123
Lettland	9	-	-	-	-	-	-
Litauen	9	-	-	3	-	-	3
Luxemburg	4	-	-	-	-	-	4
Malta	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	36	-	-	4	8	-	19
Österreich	19	-	-	4	-	-	10
Polen	447	46	45	61	31	34	230
Portugal	22	3	-	-	-	3	12
Rumänien	1.075	156	162	191	161	156	249
Slowakei	6	-	-	-	-	-	3
Schweden	7	-	-	-	-	-	-
Spanien	82	6	8	13	18	6	31
Tschechien	-	-	-	-	-	-	-
Ungarn	24	5	-	-	6	-	7
Zypern	-	-	-	-	-	-	-

Enxhi Seli-Zacharias

ist Politikwissenschaftlerin. Sie wurde in Albanien geboren und kam im Alter von sieben Jahren nach Deutschland. Seit September 2020 sitzt sie für die AfD im Rat der Stadt Gelsenkirchen. Die gebürtige Albanerin fungiert als integrationspolitische Sprecherin der AfD-Ratsfraktion in Gelsenkirchen und ist darüber hinaus direkt gewähltes Mitglied des Integrationsrates. Die Gelsenkirchener AfD-Fraktion ist mit elf Mitgliedern eine der größten in NRW und stellt mit 12,9 % die drittstärkste Fraktion im Rat der Stadt Gelsenkirchen.

und zum anderen das allgemeine Freizügigkeitsrecht. Das EU-Freizügigkeitsrecht hat in seiner Komplexität und in der daraus resultierenden uneindeutigen Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene insbesondere für sozial- und finanzschwache Kommunen – wie es am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen deutlich wird – große Probleme und massive gesellschaftliche Verwerfungen hervorgerufen. Die Kommunalpolitik steht in der undankbaren Pflicht, einen Paradigmenwechsel anstreben zu müssen. Die Erosion des Rechtsstaates, die darauf zurückzuführen ist, dass unausgeglichenes supranationales Recht oktroyiert wurde, muss durch eine die Souveränität stärkende kommunale Europapolitik gestoppt werden.

Die sich mehrenden sozialen Brennpunkte in den Kommunen sind unfähigen Politikern zu verdanken, die das einst erfolgreichste Projekt unserer Geschichte – die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes – völlig gegen die Wand gefahren haben. Die Freizügigkeit

für Unionsbürger ist zweifelsfrei ein hohes Gut und darf deshalb behördlicherseits nur bei schwerwiegenden Gründen eingeschränkt werden – wie die Stadt betont. Die Untätigkeit der Stadt Gelsenkirchen befördert jedoch die irrationale Finanzierung von Armutszuwanderung zulasten der einheimischen Bevölkerung und Gewalt und Kriminalität als Folge der importierten Jugendarbeitslosigkeit.

Es mutet etwas befremdlich, um nicht zu sagen, zynisch an, dass nun ausgerechnet die EU der Stadt Gelsenkirchen Fördergelder zur Verfügung stellt, um die von ihr originär verursachten Probleme vermeintlich wieder abzumildern. Es werden (teilweise zu 95 Prozent EU-finanzierte) Programme und Projekte implementiert, die „Brücken bauen“ propagieren, „Interkulturelle Nachbarschaft“ verfestigen, und das „Ankommen, sich orientieren und Arbeit finden“ verwirklichen sollen.

All diese beschwichtigenden Maßnahmen sind als politischer Betrug zu werten, um von den ernststen Problemen der Stadt abzulenken.

Der soziale Frieden ist gefährdet. Die Menschen sind erschöpft und müde von den alltäglichen Konfrontationen in den sozialen Brennpunkten. Viele haben innerlich resigniert. Diese Phase der Resignation wird zunehmend auch durch den architektonischen Zerfall des Stadtbildes verstärkt. Die Armutszuwanderung hat schließlich direkte Folgen auf das äußere Erscheinungsbild der Stadt Gelsenkirchen. Das aktuell gehypte Modellvorhaben der Landesregierung, also der Versuch, Immobilien, die im Kontext der Zuwanderung aus Südosteuropa zum Problem geworden sind, zu sanieren, sind in letzter Konsequenz als ein weiterer Schritt der politischen Kapitulation zu verstehen.

Der Wust an Förderrichtlinien ist keine politische Vision, die die Stadt Gelsenkirchen aus dieser Misere herausführen könnte. Gelsenkirchen fehlt die politische Luft zum Atmen. Doch die Kommunalpolitiker in Gelsenkirchen sind getreu der lateinischen Redewendung pecunia non olet (Geld stinkt nicht) in ihrer gewohnten devoten Haltung erfreut über den „Geldsegen“, welcher jedoch nirgendwo im Stadtgebiet erkennbare Wirkung zeigt. Die kommunalen Volksvertreter unterschreiben bereitwillig und wohlwissend eine Unterwerfungserklärung nach der anderen und bereiten den Weg für den tieferen Fall vor. Das ist freiheitszersetzend. Die Abhängigkeit ist so stark, dass vielen Kommunen nichts anderes mehr bleibt als die Kapitulation vor diesem Imperialismus. Die EU hat vorerst im Kampf um die Souveränität gesiegt, doch die Konfrontation mit der Realität hat begonnen.

¹ Drs. 20-25/1357.

Staat	2016	2017	2018	2019	2020
Belgien	0	0	0	0	0
Bulgarien	19	47	118	169	1
Frankreich	4	3	1	1	0
Griechenland	1	0	2	5	0
Großbritannien	3	0	6	2	0
Italien	4	6	4	20	0
Kroatien	7	36	36	26	1
Lettland	0	0	4	4	0
Litauen	0	0	1	3	0
Malta	0	1	0	0	0
Niederlande	1	1	4	13	0
Polen	25	50	58	75	0
Portugal	0	1	0	0	0
Rumänien	103	129	156	211	27
Schweden	0	0	0	1	0
Slowakei	0	0	2	1	0
Spanien	2	3	4	4	0
Ungarn	0	1	7	3	0
Tschechien	0	0	0	1	0
					0
Gesamt	169	278	403	540	29



Gelsenkirchener Apotheke



Ehemalige Solarfabrik: Gelsenkirchen sollte zur Solarhauptstadt Deutschlands werden.



Leerstehende Lokale



Typisches Straßenbild



Ausbauschild unter Tage

Ehemalige Drogerie „Eichentopf“



Ehemals Reinigung- und Änderungsschneiderei



Ehemals Autozubehör



Eingangstor des Bergwerks Consolidation. Hier habe ich meine Lehre gemacht.



Ehemalige Sparkasse

In diesem Haus habe ich
meine ersten Lebensjahre verbracht.



Ganze Straßenzüge verfallen



Typisches Straßenbild



ZUM BEISPIEL

DUISBURG

“Neben dem Aufbau von Universitäten und Hochschulen sowie der (weniger erfolgreichen) Förderung von Ansiedlungen in neue Branchen wurden über Jahrzehnte auch Investitionen und Beschäftigung im Bergbau und der Eisen- und Stahlindustrie gefördert, um die vorhandene Industrie zu erhalten und den Strukturwandel sozial abzufedern. Dadurch wurde ein großer Teil der verfügbaren Mittel nicht zukunftsorientiert verwendet, was den Rückstand des Ruhrgebiets in innovativen Branchen, bei hochqualifizierten Beschäftigten und auch bei Unternehmensgründungen mit erklären kann.”²⁸

Klaus-Heiner Röhl, Institut der deutschen Wirtschaft

“Der Versuch, eine industrielle Struktur durch eine andere, neue dauerhaft ersetzen zu können, ist ein Köhlerglaube. Die Versuche der verschiedenen Regierungen seit den Sechzigerjahren, das Ruhrgebiet zu revitalisieren, waren vergeblich.

Die Wiederherstellung einer industriellen Basis, die an frühere Dimensionen erinnert, ist nicht gelungen. Das Opel-Werk in Bochum, Nokia, Fernsehgeräteproduktion, das ist alles wieder untergegangen. Dasselbe gilt für die ehemaligen Kohlereviere im französischen Lothringen, in der Wallonie in Belgien, Nordengland, Nordspanien.“²⁹

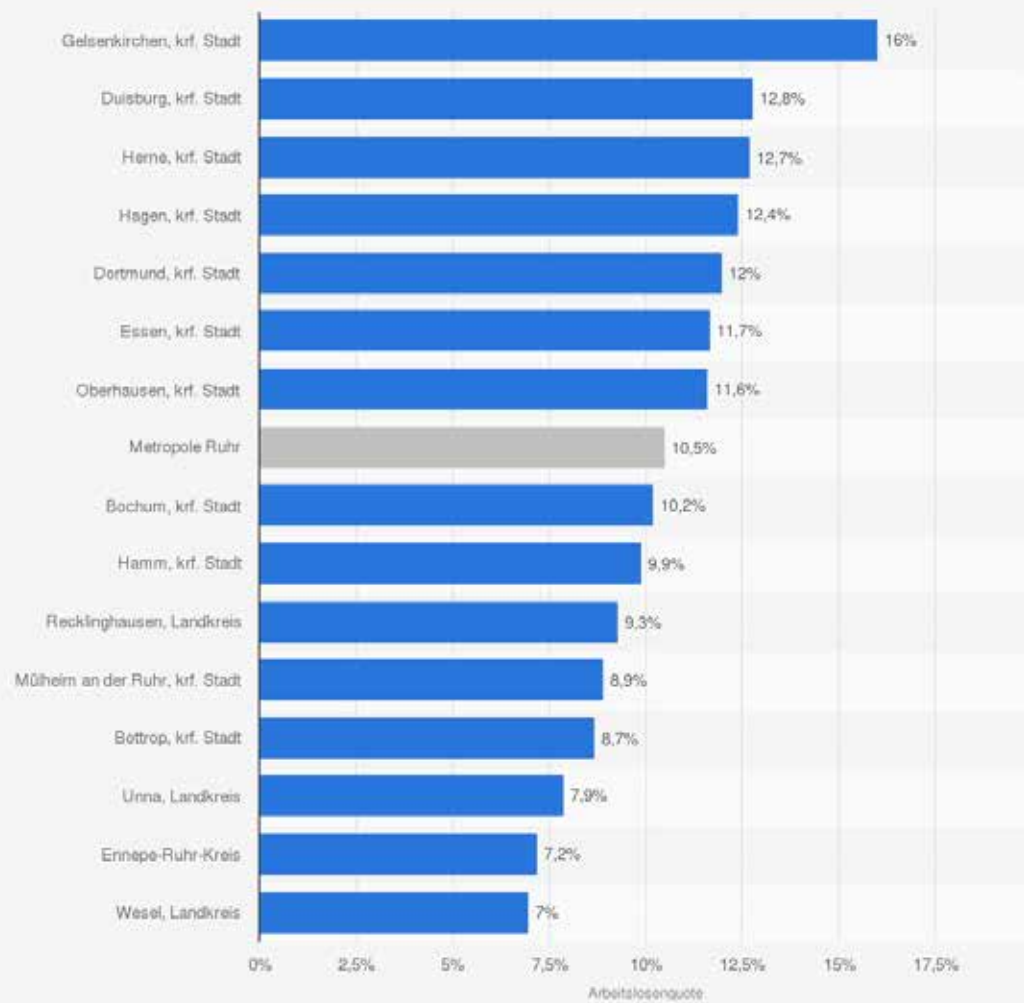
Werner Plumpe, Wirtschaftshistoriker



In Duisburg sieht es ähnlich aus. Der Stadtteil Marxloh ist bundesweit in Verruf geraten, weil es dort laut Polizeigewerkschaft „no go areas“ gibt.³⁰ In Marxloh leben etwa 21.000 Menschen, von denen drei Viertel einen Migrationshintergrund haben. Die meisten kommen ursprünglich aus der Türkei. Seit einigen Jahren ziehen aber immer mehr „Armutsmigranten“ aus Bulgarien und Rumänien hinzu, weil die Mieten sehr

niedrig sind. Der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen bleibt überschaubar. Viele scheitern schon zu Beginn ihrer Schullaufbahn an unzureichenden Deutschkenntnissen.³¹ Fast jeder zweite Einwohner in Duisburg-Marxloh bezieht Transferleistungen und die Chancen stehen gut – oder vielmehr schlecht – dass dies auch in Zukunft so bleibt.

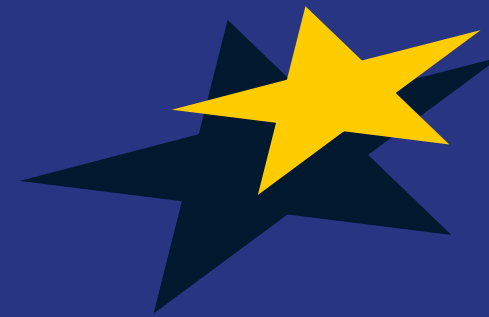
Arbeitslosenquote der Metropolregion Ruhr nach Land- und Stadtkreisen im Juli 2020



Quellen:
Bundesagentur für Arbeit; Regionalverband Ruhr
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Deutschland (Nordrhein-Westfalen); Juli 2020

statista





PIRMASENS
VOM STIEFEL BIS ZUM PUMPS

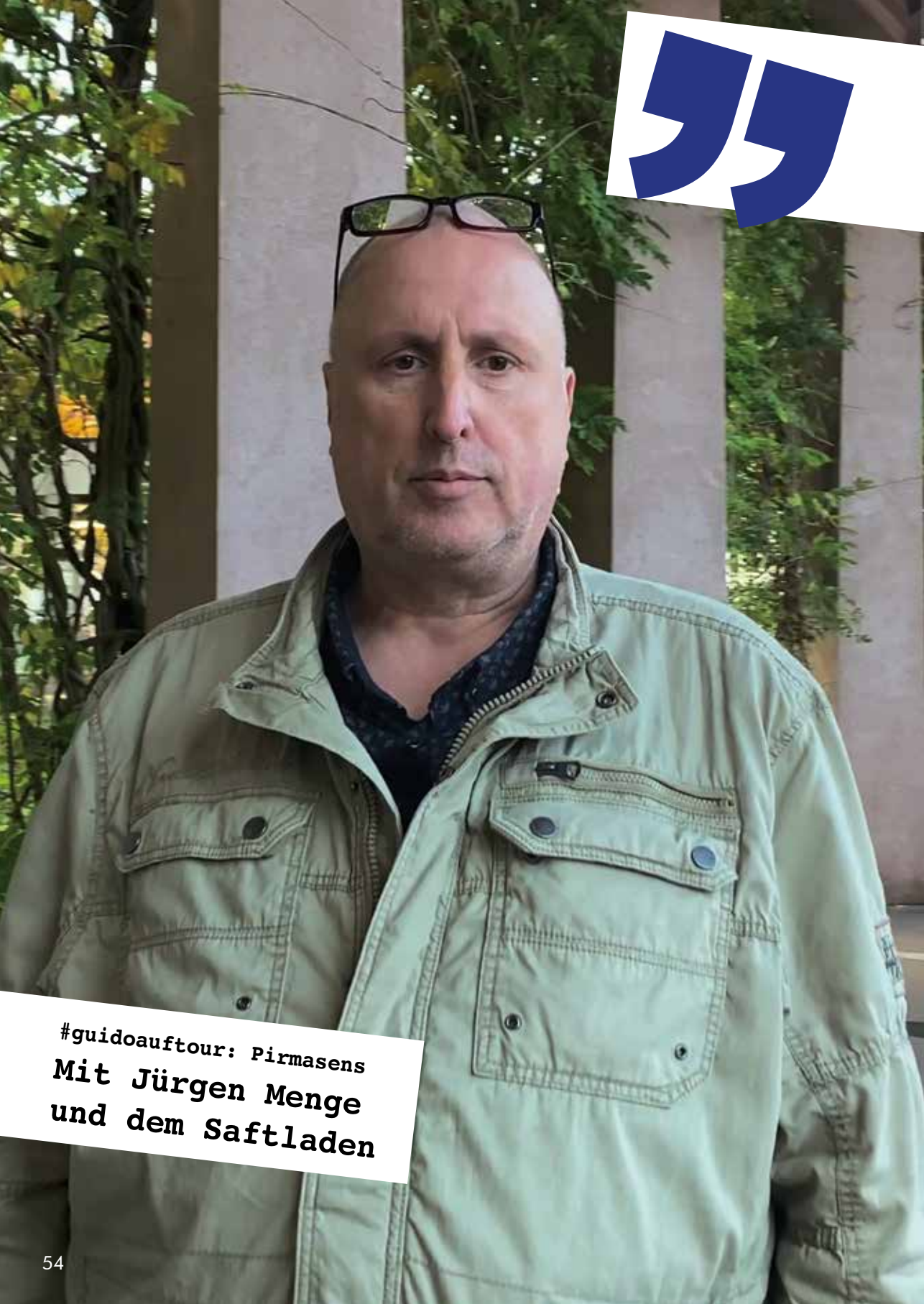
Pirmasens ist mit seinen gut 40.000 Einwohnern eine mittelgroße Stadt an der südlichen Weinstraße und hat die höchste Arbeitslosenrate von Rheinland-Pfalz.

Dabei kann Pirmasens auf eine stolze Geschichte zurückblicken: über 100 Jahre lang war es das Zentrum der deutschen Schuhindustrie. Das lag auch an einem merkwürdigen Zufall der Geschichte: Landgraf Ludwig IX. verliebte sich Ende des 18. Jahrhunderts, kurz bevor Napoleon durch ganz Europa marschierte, in das Pirmasenser Jagdschloss seines Großvaters. Kurzschnitten verließ er Pirmasens die Stadtrechte, machte es zu seiner Residenz, baute eine Garnison und verlagerte den Hauptteil seiner Armee dorthin. Als er 1790 starb, löste sein Nachfolger die Residenz wieder auf, zog die Armee ab und verließ Pirmasens. Die Stadtrechte blieben und auch viele Soldaten. Letztere waren arbeitslos geworden und begannen aus ihren alten Uniformen Schuhe herzustellen.

Während der bald einsetzenden Industrialisierung wurden aus den kleinen Einmann- und Familienbetrieben große Fabriken. Zulieferbetriebe wie Ledergewerke, Gerber, Leistenhersteller, Verpackungsproduzenten und Maschinenbauer siedelten sich an.

1913 gab es in Deutschland insgesamt 546 Schuhfabriken, 243 davon produzierten in Pirmasens. Noch heute zeugen viele historische Fabrikanlagen von der damaligen Größe.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erholte sich die Schuhindustrie sehr schnell wieder. Zerbombte Fabriken wurden wieder aufgebaut, neue kamen dazu. Die Menschen hungerten danach, sich gut zu kleiden und Pirmasens lieferte alles - vom Stiefel bis zum Pumps. 1969 war ein Rekordjahr für die Schuhmetropole. Erstmals wurden 62 Millionen Paar Schuhe hergestellt. Jeder dritte Pumps, Stiefel oder Lederschuh, der damals in Westdeutschland getragen wurde, kam aus Pirmasens.³² Pirmasens hatte seinen Zenit erreicht, war wohlhabend geworden und auf knapp 60.000 Einwohner angewachsen. Es hatte die höchste Millionärsdichte der jungen Bundesrepublik.



#guidoauf tour: Pirmasens
Mit Jürgen Menge
und dem Saftladen

Guido:

Das EU-Parlament ist wegen Corona im Homeoffice. Mein Homeoffice ist Deutschland. Deswegen bin ich hier für euch unterwegs. Meine erste Station ist Pirmasens, weil es mich unglaublich an meine Heimat, das Ruhrgebiet, erinnert. Was könnte ein besserer Ausgangspunkt für eine Reise sein als die eigene Heimat? Als erstes treffe ich heute Jürgen vom Kreisverband der AfD. Er hat einen sehr interessanten Lebenslauf. Jürgen, stell dich doch mal kurz vor!

Jürgen:

Ich komme ursprünglich aus Gütersloh. Ich war lange suchtkrank. Ich bin nach Pirmasens gezogen und kümmere mich hier ehrenamtlich um Menschen mit Suchtproblemen. Ich weiß selbst sehr genau, welche Ängste und Probleme sie haben. Das macht es ihnen leichter, sich mir zu öffnen und von mir Hilfe anzunehmen.

Guido:

Man kann anderen immer am besten helfen, wenn man weiß, wovon man spricht. Die Menschen spüren das. Das weiß ich aus Erfahrung. Welche Probleme sind deiner Meinung nach in Pirmasens besonders akut?

Jürgen:

Wir haben hier die gleichen Probleme, die es in jeder größeren Stadt, ach, in allen Städten in Deutschland gibt: Suchtprobleme, Drogen, Alkohol, Prostitution – alles sehr, sehr schwer zu bekämpfen. Die Menschen brauchen eine Anlaufstelle, wo sie sich dran wenden können, wo sie sich auch mal ausrotzen können, ihren inneren Kummer darlegen können. Das ist ganz wichtig. Reden ist immer sehr, sehr wichtig.

Guido:

Pirmasens hat eine bewegte Geschichte. Ihr ward mal eine sehr reiche Stadt – die Hauptstadt der deutschen Schuhindustrie. Ihr hattet über 200 Schuhfabriken. In den 1970er Jahren gab es in dem Bereich 15.000 Arbeitsplätze. Davon ist kaum noch was übrig. Und dann sind in den 1990er Jahren auch noch die Amerikaner abgezogen. Ihr seid geschrumpft: von 60.000 Einwohner in den 1970ern auf 40.000 heute. Überall gibt es Leerstand und verhältnismäßig viele arme Menschen, viele arme Kinder und viel Altersarmut.

Jürgen:

Alles richtig. Vor allem junge Menschen sind abgewandert, um irgendwo anders Fuß zu fassen. Das ist tragisch für die Stadt. Viele von denen, die hier geblieben sind, sind einfach durchs soziale Netz gefallen und haben richtige, echte Probleme. Sie brauchen eine Anlaufstelle, jemanden, der für sie da ist.

Guido:

Was wird am Dringendsten gebraucht?

Jürgen:

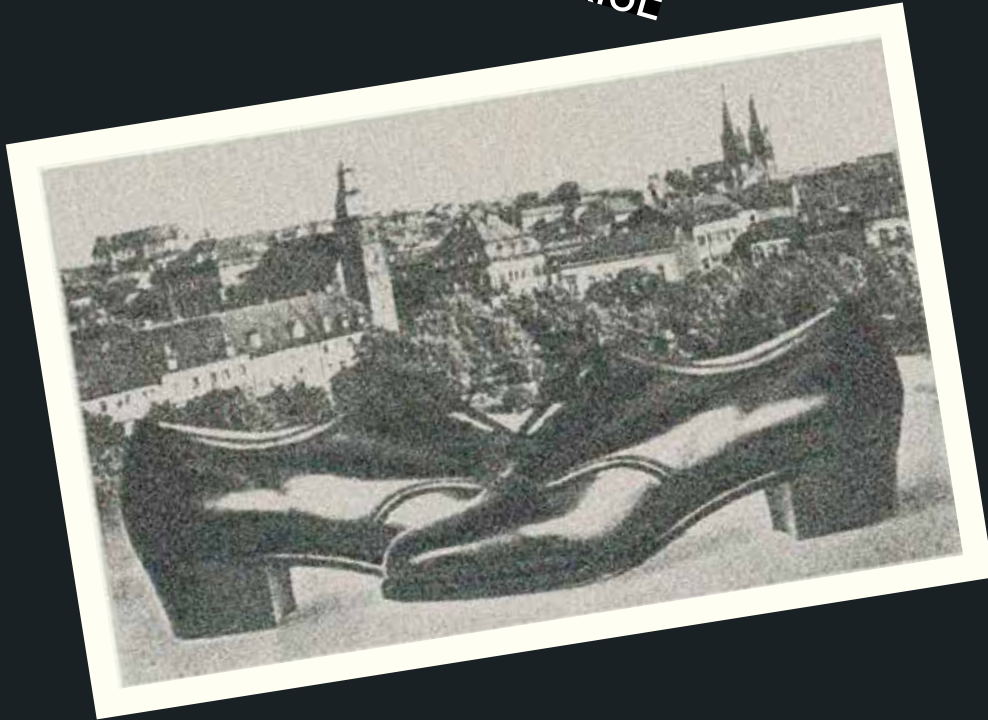
Es fehlt eine Begegnungsstätte, wo genug Platz ist für ein Büro, um Einzelgespräche zu führen. Einzelgespräche sind wichtig. Wenn die Leute zusammen im Pulk stehen, reden sie nur Mist. Wenn sie aber mit dir im Büro sind, öffnen sie sich. Es soll auch Kleidung geben, Kaffee, Saft, Getränke, alles, nur eben kein Alkohol. Saftladen würde ich es nennen.

Guido:

Wir vernetzen uns gerade. Es gibt bei uns in der AfD sehr viele Menschen, die ehrenamtlich aktiv werden und helfen wollen. Ein Saftladen hat uns gerade noch gefehlt.



KRISE I: DIE SCHUH-KRISE



Das alles änderte sich dramatisch in den 1970er Jahren. Um Schuhe herzustellen, ist viel Handarbeit gefragt und Deutschland war als Standort zu teuer geworden. Deutsche Schuhproduzenten konnten nicht länger mit jenen konkurrieren, die in Italien oder Portugal, später in Osteuropa, fertigten. Wer keine Nische fand oder seine Produktion ins Ausland verlagerte, musste schließen. Pirmasens verlor 15.000 Arbeitsplätze.

Heute gibt es nur noch wenige Schuhhersteller in Pirmasens. Sie haben ihre Verwaltung, ihre Modell-Entwicklung und ihren Vertrieb vor Ort, produzieren aber im Ausland. Eine Ausnahme war lange die Firma Peter Kaiser. 1838 von Peter Kaiser gegründet, reagierte die Firma auf den ausländischen Konkurrenzdruck 150 Jahre nach ihrer Gründung, indem sie konsequent eine Nische besetzte: Sie produzierten nur noch hochwertige Damenschuhe aus möglichst naturbelassenen Materialien. Peter Kaiser hatte einen Großteil der Produktion nach Portugal verlagert, unterhielt aber gleichzeitig ein modernes, etwas kleineres Werk in Pirmasens, das lange in Familienbesitz blieb.

20 Jahre nach dem Beginn der Schuh-Krise verlor Pirmasens eine weitere Säule seiner Wirtschaft. Während die Schuh-Krise ein unumkehrbarer, aber eher schleichender Prozess gewesen war, war der Abzug der amerikanischen Streitkräfte ein Schockereignis. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Amerikaner dem Beispiel von Landgraf Ludwig IX. gefolgt und hatten in Pirmasens einen Militärstützpunkt errichtet, obwohl Pirmasens zunächst französisches Besatzungsgebiet gewesen war. Als der Kalte Krieg in den 1990er Jahren endete, zogen die Amerikaner ab und lösten ihren Militärstützpunkt auf, der nur wenig länger bestanden hat als die Garnison des Landgrafen.

Innerhalb kürzester Zeit verlor Pirmasens 10.000 zahlungskräftige Konsumenten – Soldaten und ihre Familien. 4.000 Jobs verschwanden. Die Immobilienpreise brachen zusammen. Gastronomie und Einzelhändler waren in ihrer Existenz bedroht.³³

KRISE II: DIE AMERIKANER



#guidoauf tour: Pirmasens
Mit Ferdinand Weber
Pirmasens ist überall



Guido:

Ferdinand ist Kreissprecher hier in Pirmasens und Vorsitzender der Ratsfraktion. Ferdinand, du bist ein richtiger Pirmasenser?

Ferdinand:

Ich bin hier geboren und zwar in Rodalben. Das war damals ein Vorort von Pirmasens. Heute ist es eine eigenständige Gemeinde. Mein Leben habe ich zum Großteil in Pirmasens verbracht. Ich habe zwischendrin mal in Ludwigshafen, in Mannheim und in München gewohnt. Aber wie ein guter Freund von mir sagt: Pirmasens ist überall. Wir wohnen hier in einer wunderbaren Gegend. Wir haben alles, was wir brauchen. Pirmasens ist eine sehr schöne Stadt, die überall zu Unrecht schlecht geredet wird. Die negativen Zahlen und Statistiken stimmen zwar, aber die Aussagen nicht. Man kann eine Stadt immer von zwei Seiten darstellen. Es gibt überall häßliche Ecken, die man zu einem Video zusammenschneiden kann.

Guido:

Du sprichst von der Spiegel TV-Reportage?

Ferdinand:

Ja. Wir wurden sehr schlecht dargestellt. Aber noch schlimmer war dieser Bericht von RTL2, der auch noch sachlich falsch war. Das hat den Leuten nicht gefallen.

Guido:

Das habe ich gemerkt. Wir sind seit zwei Stunden mit der Kamera unterwegs und haben öfter negative Reaktionen gehabt. Das kenne ich sonst nicht. Normalerweise, wenn ich irgendwo mit der Kamera auftauche, fliegen mir die Herzen zu.

Ferdinand:

Spiegel TV plant eine zweite Sendung. Unser Oberbürgermeister versucht sie zu erreichen, aber sie rufen einfach nicht zurück. Wenn du also hier mit deiner Kamera auftauchst, denken die Leute sofort: „Oh Scheiße, Spiegel-TV. Jetzt gibt's wieder Prügel.“ Das haben wir einfach nicht verdient. Klar wurden in den 70ern Fehler gemacht, als die Schuhindustrie abzog, und später noch mal bei den Amerikanern, aber jetzt haben wir eine andere Zeit. Wir sind innovativ und wir sind wieder am Aufstreben. Die Arbeitslosenzahlen sinken. Wir haben viele Firmen, die noch immer groß, stabil und bekannt sind. Nehmen wir mal die WAWI-Schokolade, die Park Brauerei, das Logistik-Unternehmen psb oder Ring Maschinenbau. Da lecken sich die anderen Städte in Deutschland die Finger nach. Und wir haben viel

Platz. Darin liegt ein Riesenpotenzial. Im Stadtrat unterstützen wir von der AfD alle guten Ideen – egal woher sie kommen. Ob von den Linken, der SPD oder den Schwarzen – das ist uns völlig egal, solange sie gut sind.

Guido:

Ihr habt aber kaum Möglichkeiten, etwas zu gestalten. Pirmasens hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Deutschland: 333 Millionen Euro Schulden bei 40 000 Einwohnern – das ist krass. Eure Mittel sind mit den städtischen Pflichtaufgaben bereits gebunden. Und städtische Pflichtaufgaben habt ihr ohne Ende.

Ferdinand:

Stimmt. Wir haben in der Flüchtlingskrise mehr als doppelt so viele Flüchtlinge aufgenommen wie wir hätten müssen. Die Stimmung war richtig am Kippen. 135 Prozent mehr Flüchtlinge sind gesetzlich vorgeschrieben. Das geht in die Sozialausgaben. Wir können das gar nicht bezahlen. Wir haben zu viele Arbeitslose und zu viel Hartz IV-Empfänger. Der Zuzugstopp vom Land Rheinland-Pfalz kam erst im März 2018. Kürzlich wurde er wieder verlängert.

Guido:

Etwas Gutes hat eure Situation schon: Ihr habt unglaublich niedrige Mieten. Man kann bei euch vernünftig wohnen für drei Euro den Quadratmeter. Das gibt es fast nirgends in Deutschland. Sogar in Gelsenkirchen, wo ich herkomme, sind die Mieten höher. Ferdinand, ich freue mich, dich kennen gelernt zu haben. Du bist Kommunalpolitiker mit Herz und Seele - wie ich es 20 Jahre lang war. Du kennst jede Parkbank, jedes Spielgerät und weißt, wie die Müllabfuhr funktioniert. Solche Leute brauchen wir bei uns. Dein Schlusswort?

Ferdinand:

Wir von der AfD stehen für eine konstruktive Politik, ohne Ideologie. Unsere Aufgabe ist es, die Region nach vorne zu bringen, nicht uns selbst.

PIRMASENS HEUTE

Während Pirmasens Anfang der 1970er Jahre noch knapp 60.000 Einwohner hatte, sind es heute mit gut 40.000 ein Drittel weniger. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil von Menschen über 65 Jahren von 15 auf 25 Prozent gestiegen. Damit ist Pirmasens die älteste Stadt von Rheinland-Pfalz.³⁴ Denn es werden nicht nur zu wenige Kinder geboren, sondern es wandern auch zu viele Menschen ab. Gerade die jungen, gut ausgebildeten Pirmasenser verlassen ihre Heimat, um anderswo zu arbeiten, die Alten und Geringqualifizierten bleiben zurück. Es gibt einen hohen Anteil von Transferempfängern; viele Haushalte sind überschuldet.³⁵

Das bleibt auch nicht ohne Konsequenzen für die Finanzlage der Stadt. Seit 2014 ist Pirmasens die am Höchsten verschuldete Kommune Deutschlands³⁶ mit insgesamt 333 Millionen Euro. Während die Immobilienpreise fast in ganz Deutschland durch die Decke gehen, verfallen sie in Pirmasens nach wie vor, überall stehen Wohnungen leer. Ein Umstand, der sich während der sogenannten Flüchtlingskrise darin zeigte, dass die Stadt weitaus mehr Migranten aufnahm als sie laut Verteilungsschlüssel hätte aufnehmen müssen. Erst im März 2018 ordnete das rheinland-pfälzische Integrationsministerium per Erlass an, dass keine weiteren Flüchtlinge nach Pirmasens ziehen dürfen.³⁷

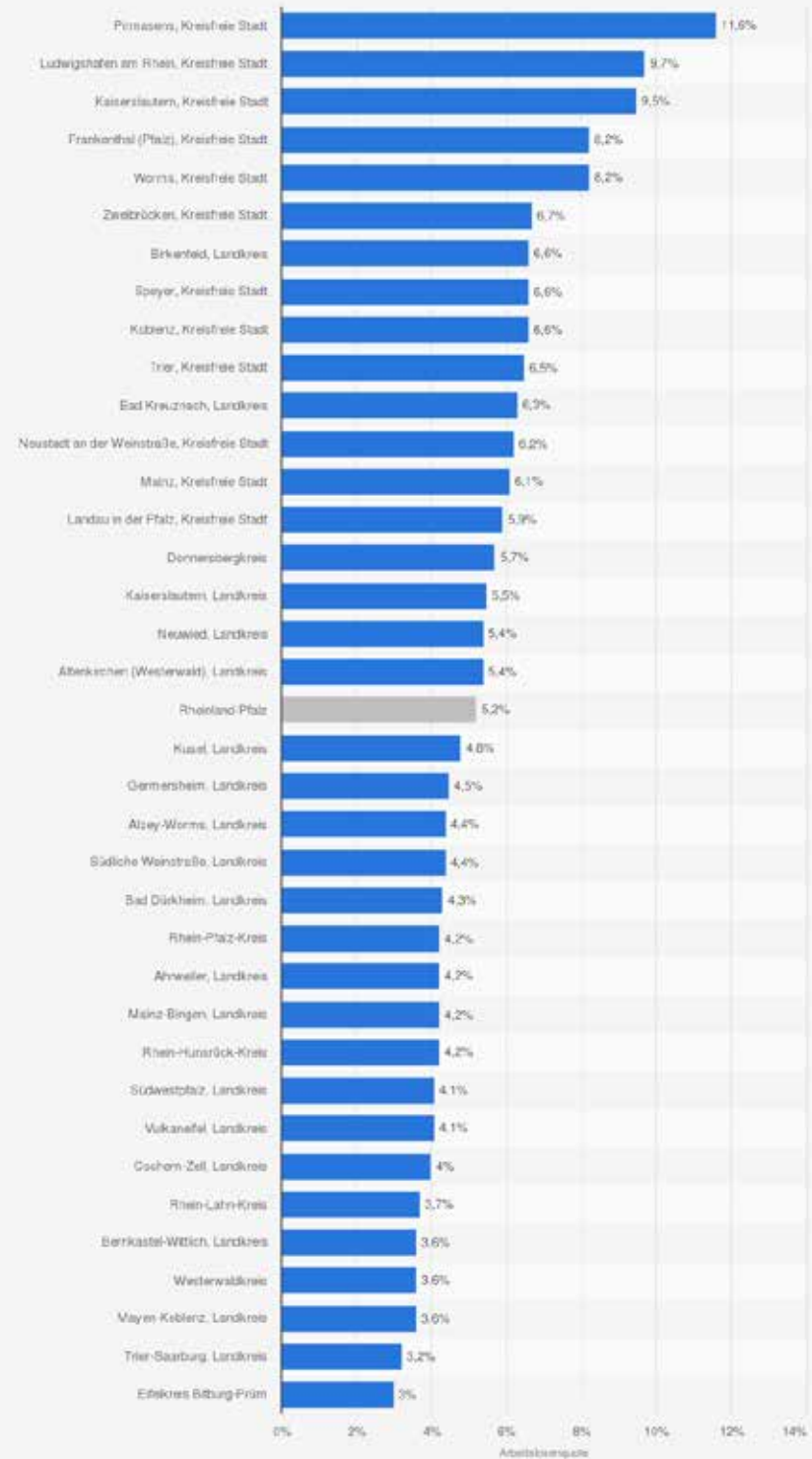
Seit Jahrzehnten wird Pirmasens mit Steuermillionen des Landes Rheinland-Pfalz unterstützt. Historische Fabrikgebäude wurden saniert und der öffentlichen Nutzung zugeführt, eine Fachhochschule und ein Forschungszentrum (International Shoe Competence Center) wurden angesiedelt, das Dynamikum, ein Wissenschaftsmuseum für Kinder, wurde eingeweiht, neue Gewerbegebiete wurden ausgeschrieben und innovative Gewerbehöfe ins Leben gerufen – Hilfen, die Rheinland-Pfalz leistete, damit „die Stadt die Folgen des Konversions- und Strukturwandels erfolgreich meistern kann,“ so der SPD-Innenminister Roger Lewentz.³⁸

Doch die Zukunft bleibt eher düster, denn abgesehen von eindrucksvollen Vorzeigeprojekten gibt es kaum eine Grundlage dafür, dass Pirmasens in naher Zukunft wieder auf eigene Füße kommt: Die Arbeitslosenquote bleibt unverändert hoch; sie lag vor den Corona-Maßnahmen für ganz Rheinland-Pfalz bei gut vier Prozent, in Pirmasens aber bei fast elf. Der größte Teil der Arbeitslosen hat keine Ausbildung, denn in Rheinland-Pfalz steht die Stadt an zweiter Stelle bei Menschen ohne Schulabschluss.³⁹

Mehr als jedes vierte Kind ist von Armut bedroht.⁴⁰ Nirgendwo sonst in Rheinland-Pfalz leben mehr Kinder in Familien, die Hartz IV beziehen.⁴¹ Die Lebenserwartung liegt für Männer bei 73 Jahren (Deutschland insgesamt: 78,9) und für Frauen bei 77,1 (Deutschland insgesamt: 83,6 Jahren).⁴²

Anfang Dezember 2020 meldete auch das Vorzeigunternehmen Peter Kaiser Insolvenz an. Das Unternehmen war vorübergehend noch zahlungsfähig und blieb in Eigenverwaltung. Die Mitarbeiter mussten bis Ende April 2021 gehen.

Arbeitslosenquote* in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020



In der Förderperiode 2007–2013 hat der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ein Projekt des Energieparks Pirmasens-Winzeln zur Realisierung einer Kraft-Wärme-Kälte-Kopplungsanlage für die energetische Nutzung von Biomasse kofinanziert. Auch das Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens (PFI) führte mehrere Projekte in Zusammenhang mit erneuerbarer Energie mithilfe von EU-Mitteln durch. Eins davon betraf beispielsweise die Entwicklung eines Verfahrens für die energetische Nutzung von Stroh.

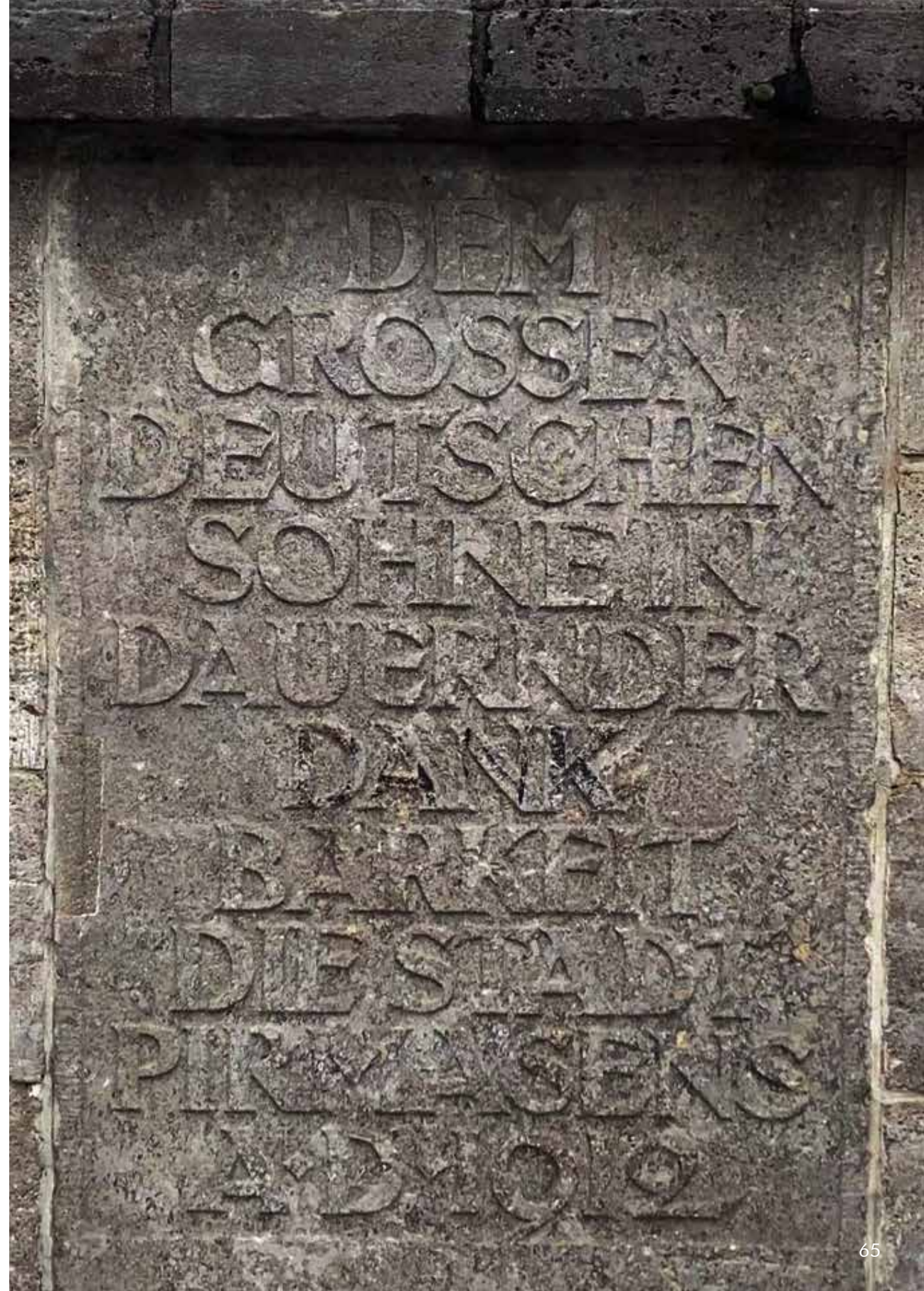
Ein weiteres Projekt des PFI zu Materialien in der Schuhproduktion wurde von der EU über das Collective Research Programm (CORNET) gefördert. Es untersuchte, wie Wärme und Feuchtigkeit möglichst effektiv aus Sicherheitsschuhen hinaus transportiert werden können.

Mithilfe von Interreg IV wurde das Projekt „Rückenwind“ bezuschusst: Radwege in den Regionen Bitscher Land und Westpfalz wurden beschildert, um das grenzüberschreitende Radwandern komfortabler zu gestalten.⁴³ Gesamtkosten des Projekts: 3.501.647,24 Euro, davon übernahm EFRE: 1.750.823,62 Euro.

Der **Europäische Sozialfonds** finanzierte verschiedene Projekte, die arbeitslose Jugendliche mit sozialer Benachteiligung oder anderen Beeinträchtigungen beim Übergang in eine Ausbildung oder einen Beruf unterstützen sollten. Auch finanzierte er ein Projekt, dass jungen Flüchtlingen helfen soll, sich beruflich zu orientieren.⁴⁴

Am 1. Oktober 2020 gab es in Pirmasens den Startschuss für ein Recycling-Bauprojekt. Am Standort Husterhöhe wird ein Pavillon aus recycelten Baumaterialien errichtet und dies im Rahmen des EU-Projekt **Secondary Raw Materials for Concrete Recast Products (SeRaMCo)** unterstützt. Die veranschlagten Baukosten des Pavillons betragen etwa 60.000 Euro. Der Pavillon soll zu einer attraktiven Bühne für Musiker und Künstler werden.

Ob diese EU-Hilfsmaßnahmen allerdings wirklich geeignet sind, die gravierenden Probleme der Stadt zu überwinden, muss ernsthaft bezweifelt werden. Sie scheinen bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein zu sein, schlimmstenfalls ein Täuschungsmanöver, das durch geschönte Presseberichterstattung und ein verzerrtes Berichtswesen die wahren Verhältnisse verschleiert.





PLA U E N



Plauen liegt im Südwesten von Sachsen, an der Grenze zu Bayern. Mit 65.000 Einwohnern ist es die größte Stadt des Vogtlands.

Es fällt aus heutiger Sicht schwer zu glauben, dass Plauen im 19. Jahrhundert zusammen mit ganz Sachsen an der Spitze der deutschen Industrialisierung stand.⁴⁵ In Plauen war Anfang der 1880er Jahre ein neues Verfahren entwickelt worden, das es ermöglichte, Spitze massenhaft herzustellen. Spitze war seit Alters sehr begehrt. Sie verzierte Blusen, Hüte, Kleider und Frisuren, wurde als Gardinen, Tischdecken und Unterersetzer genutzt und repräsentierte immer zuverlässig den gesellschaftlichen Status der Besitzerin. Bis 1880 musste sie aufwendig in langer, mühsamer Handarbeit gestickt, geklöppelt oder gehäkelt werden.

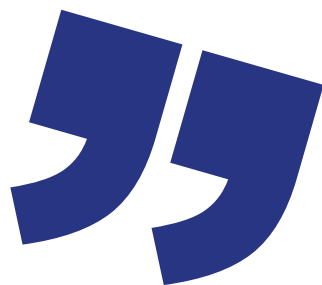
Es gab zwar schon früher Stickmaschinen, aber mit diesen konnte man eben nur sticken, jedoch keine Spitze fertigen. Die Plauerer hatten ihre erste Stickmaschine 1858 aufgestellt und nun ein Verfahren entwickelt, bei dem ein Stoffgrund, häufig Tüll, ein dünnes, netzartiges Gewebe, überstickt wurde. Anschließend wurde der überflüssige, nicht überstickte Stoffgrund weggeätzt. Übrig blieb die begehrte Plauerer Spitze, auch Ätztspitze genannt. Sie konnte nun massenhaft hergestellt und in die ganze Welt verkauft werden.

Das führte zu einem wirtschaftlichen Boom, der bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs andauerte und Plauen zu einer der reichsten Städte im damals bereits reichen Sachsen machte. Zwischen 1843 und 1911 verdreizehnfachte sich die Bevölkerung. 1912 erreichte sie mit knapp 128.000 Einwohnern ihren Zenit.⁴⁶



**#guidoauf tour: Plauen
Mit Frank Schaufel, MdL,
und Michael Kober, Zeitzeuge**

Die DaKo



Guido:

Das EU-Parlament ist immer noch geschlossen. Deswegen bin ich wieder auf Tour in Deutschland. Feldforschung für mein neues Buch. Es geht um Armut, Strukturwandel, EU-Förderung und unsinnige Bürokratie. Heute bin ich in Sachsen, im vogtländischen Plauen. Plauen hatte in seinen Hochzeiten, als es das Zentrum der deutschen Textilindustrie war, 128.000 Einwohner, heute sind es nur noch 65.000. Ein Symbol für diesen bemerkenswerten Niedergang sind die vielen alten Fabrikgebäude im Bauhausstil, wie das, vor dem wir stehen. Sie sind wunderschön, stehen leer und sind teilweise zu Ruinen zerfallen. Frank, was ist hier passiert?

Frank:

Das Gebäude hinter uns war die Produktionsstätte der DaKo. DaKo steht für Damen Konfektion. Hier wurde zu DDR-Zeiten Damengarderobe, Blusen und so gefertigt und dann weltweit exportiert. Auch nach Westdeutschland. Jeden Tag sind LKWs zu Quelle und Neckermann gefahren. Wir waren sehr billig und darum sehr wettbewerbsfähig. Nach der Wende sind all die Frauen, mehrere tausend, arbeitslos geworden. Michael hier war damals für die Gebäudereinigung verantwortlich.

Michael:

Ich bin Michael Kober, Inhaber der gleichnamigen Gebäudereinigung. Uns gibt es seit 1985. Ich kenne das Objekt aber schon seit 1978. Damals habe ich hier schon die Fenster geputzt. Hunderte von Frauen haben hier im Akkord für den Westen produziert. Nach der Wende ist der westdeutsche Investor dann pleite gegangen. Das Gebäude stand leer bis es eine Firma aus Plauen gekauft hat. Der Inhaber wollte es renovieren, hatte aber einen schweren Unfall und kam nie dazu. Das Gebäude steht noch immer leer. Hoffentlich wird es nicht abgerissen.



DER LANGE WEG NACH UNTEN

Dann änderte sich die Mode. Spitzenstoffe waren nicht mehr so gefragt. Die Linienführung änderte sich. Man kleidete sich schlichter und wohnte funktionaler. Der Erste Weltkrieg und vor allem die Weltwirtschaftskrise von 1929 trafen das exportorientierte Plauen hart. Aus einem Kraftzentrum der deutschen Industrie wurde eine Stadt mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands.⁴⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die sächsische Textilindustrie weitgehend verstaatlicht. Kleine Betriebe gingen in Kombinat auf. Der Maschinenpark veraltete, weil es an Investitionen fehlte. Aber wegen der niedrigen Löhne und der anfangs noch immer hohen Qualität gelang es vielen Plauener Betrieben zunächst, ihre Waren gegen harte Devisen nach Westdeutschland zu exportieren.

Nach dem Ende der DDR jedoch konnten diese Firmen der Konkurrenz, insbesondere aus Asien, nicht mehr standhalten. Während der goldenen Jahre vor dem Ersten Weltkrieg hatten bis zu 300.000 Beschäftigte in der sächsischen Textilindustrie gearbeitet, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung immerhin noch 50.000. Heute arbeiten nur noch etwa 15.000 für insgesamt 250 Textil-Firmen.⁴⁸

Die Entwicklung Plaueus nach der Wiedervereinigung lässt sich als Beispiel für die Entwicklung in ganz Ostdeutschland betrachten: Viele junge, gut ausgebildete Menschen, vor allem Frauen, haben die Stadt verlassen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung stieg drastisch an. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen fehlen die Frauen im gebärfähigen Alter.⁴⁹ Die Überalterung der Bevölkerung ist im Stadtbild optisch wahrnehmbar. Man sieht kaum Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, sondern überwiegend ältere Erwachsene und Rentner.

Während Plauen zur Wiedervereinigung noch fast 77.000 Einwohner hatte, sind es heute nur noch 65.000. Für das Jahr 2035 werden sogar nur noch 58.000 prognostiziert. Jeder dritte Einwohner Plaueus wird dann 65 Jahre und älter sein. Fach- und Arbeitskräfte werden in allen Bereichen fehlen. Die Steuereinnahmen werden weiter sinken und mit ihnen der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt.

Verschärft werden diese demographischen Probleme durch die Zuwanderung in die Sozialsysteme während der sogenannten Flüchtlingskrise und vor allem während des folgenden Familiennachzugs. Der Ausländer-Anteil ist seit 2010 von zwei auf fast sieben Prozent gestiegen.⁵⁰ Wie Pirmasens leidet auch Plauen an einer hohen Zahl leerstehender Wohnungen. 2001 standen 29 Prozent aller Wohnungen in Plauen leer. 2018 war diese Zahl wegen der Zuwanderung durch überwiegend Armutsflüchtlinge auf 17 Prozent gesunken. Langfristig rechnet die Stadt wieder mit ansteigendem Leerstand und denkt intensiv über Rückbaumaßnahmen nach.⁵¹

PLAUEN UND DAS GELD DER EU



2016 erhielt Plauen für das Projekt „Elsteraue verändert Gesicht“ einen Fördermittelbescheid über 6,4 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) der EU. Diese Summe wird durch Eigenmittel der Stadt und Finanzhilfen des Bundes und des Landes ergänzt. 2017 begann das Projekt. Es geht darum, eine innenstadtnahe Gewerbe- und Industrieanlage, die an die Elster grenzt, zu revitalisieren.⁵²

Angesichts der geschilderten strukturellen Umbrüche war die Arbeitslosenquote Plaueus bisher überraschend niedrig. Die Stadt hatte durchgehend noch ein zweites Standbein gehabt: Die VOMAG und den Maschinen- und Automobilbau.⁵³

1881 wurde die Vogtländische Maschinenfabrik AG (VOMAG) gegründet. Sie hatte die bis dahin bekannten Stickmaschinen weiterentwickelt und die Plauener Ätzzpitze erfunden. Außerdem baute die VOMAG Druckmaschinen, LKWs, Busse und Panzer. Anfang der 1920er Jahre beschäftigte sie 6.000 Mitarbeiter und lieferte in alle Welt. Darum wurde sie durch die Weltwirtschaftskrise auch an den Rand der Insolvenz getrieben. Nur durch staatliche Eingriffe konnte sie gerettet werden. Während der Zeit des Nationalsozialismus produzierte die VOMAG für die Wehrmacht und war daher der Hauptgrund dafür, dass Plauen im Zweiten Weltkrieg die stärkste bombardierte Stadt

Sachsens war und mit 75 Prozent den höchsten Zerstörungsgrad aller sächsischen Städte aufwies. Nach Kriegsende baute die VOMAG zunächst Haushaltsgegenstände und Schubkarren, bis 1946 alle Maschinen demontiert und als Reparationsleistungen in die Sowjetunion verschickt wurden. Aber auch danach produzierte die VOMAG unter verschiedenen Namen und Rechtsformen weiterhin Maschinen und Auto-Zubehör, und ist seit 2008 Teil der MAN Nutzfahrzeuge AG.

Um die VOMAG und ihre Rechtsnachfolger herum haben sich immer wieder andere Zulieferunternehmen angesiedelt, zuletzt wegen der MAN AG vor allem aus dem Bereich Busse und Nutzfahrzeuge.

Wegen der ambitionierten Klimaziele Deutschlands und der EU sieht diese Branche in Sachsen, wie in ganz Deutschland, einer höchst ungewissen Zukunft entgegen.

MAN Plauen wird gerade von BINZ übernommen, einem Hersteller von Rettungsfahrzeugen. Der Standort konnte vorerst gerettet werden, aber noch ist unklar, ob das auch für alle Arbeitsplätze gilt.

#guidoauf tour: Plauen

Mit Frank Schaufel

Das MAN-Werk

Guido:

Plauen war auch für seinen Maschinenbau bekannt. Stickmaschinen, Druckmaschinen und Busse. Von den Bussen ist sogar was übrig geblieben und wurde in den letzten Jahren von MAN übernommen. Hier wird es auch für mich als EU-Abgeordneter interessant, denn der ehemalige Vorstandsvorsitzende von MAN, Joachim Drees, hatte letztes Jahr, als er noch Vorstandsvorsitzender war, tatsächlich den Mut, die Klimapolitik der EU zu kritisieren. Er hatte kritisiert, dass die Klimaziele der EU nicht einzuhalten seien und die Automobilindustrie den Bach runtergehen würde. Jetzt sind wir so weit. Die Klimaziele sind mittlerweile noch weiter verschärft worden, trotz Corona-Krise. MAN hat bekannt gegeben, 9.000 Arbeitsplätze von seinen 35.000 abbauen zu wollen. Davon sind auch die 150 Mitarbeiter in Plauen betroffen.

Frank:

Zu DDR-Zeiten gab es bei uns nur noch Bus-Instandsetzung. Es war für uns ein sehr hoffnungsvolles Zeichen, als nach der Wende wieder richtig produziert wurde und Busse gefertigt wurden. Es kamen wieder Neubaubusse aus Plauen. Man war ein Stück weit stolz. Das weiß ich so genau, weil mehrere Mitglieder meiner Familie hier gearbeitet haben. Es macht mich persönlich traurig, dass dieses Werk geschlossen werden soll. Zumal es durchgehend schwarze Zahlen geschrieben hat und sehr gutes Know-How da ist.

Guido:

Obwohl das Werk schwarze Zahlen geschrieben hat, wird es geschlossen? Warum macht man das? Weil sie nicht davon ausgehen, auch langfristig noch schwarze Zahlen zu schreiben. Die wissen nämlich ganz genau, was los ist. Die Klimapolitik der EU macht gerade die deutsche Automobilindustrie kaputt.



#guidoauf tour: Plauen
Mit Frank Schaufel
Das Wende-Denkmal



Guido:

Viele wissen gar nicht, dass die friedliche Revolution von 1989 ihren ersten Höhepunkt in Plauen erlebte: am 7. Oktober musste die Staatsmacht hier den Massen weichen, zwei Tage bevor das in Leipzig passierte. Frank war live dabei.

Frank:

Ich kann mich noch sehr gut an diesen Tag erinnern. Hier im Bereich des Denkmals waren viele tausend Menschen versammelt, die es satt hatten, mit diesem Regime weiterleben zu müssen. Es war natürlich keine angemeldete Demonstration, wie wir das heute kennen, sondern wir waren illegal. Die Staatsmacht hat natürlich versucht, das zu beenden – was ihr nicht gelungen ist. Sie ist damals zum ersten Mal vor den Menschenmassen zurückgewichen. Hier auf dem Denkmal steht es: „Am 7. Oktober 1989 fand die erste Massendemonstration gegen das DDR-Regime statt, vor der die Staatsmacht kapitulieren musste.“

Dieses Denkmal – in Form einer stilisierten Kerze – wurde von einem Freund der AfD initiiert: von Karl Conrad. Es ist erstaunlich, dass es die anderen Wende-Städte, Berlin, Leipzig oder Dresden, bis heute noch nicht geschafft haben, ein Denkmal für diese Zeit zu errichten.

Guido:

Was mich beeindruckt ist, wie viele jetzige AfD-Mitglieder damals in erster Reihe standen und für Freiheit und Demokratie eingestanden sind. Genau so wie sie auch heute wieder für Freiheit und Demokratie eintreten.

Guido:

Als EU-Abgeordneter ist es mir wichtig, dass wir auch ein bisschen über EU-Fördermittel reden. Die gute Sache ist, Sachsen erhält tatsächlich 2,8 Milliarden Euro aus dem Strukturfonds und aus dem Sozialfonds der EU. Auch in Plauen wird ein Projekt von der EU unterstützt – und vom Land und vom Bund. Hier wird eine ehemalige Textilfabrik umgebaut zu einem Zentrum für Kreative. Ein Kindergarten und ein Jugendzentrum sollen auch noch entstehen. Also eigentlich alles gut. Allerdings habe ich mal nachgelesen, warum es wirklich gefördert wird. Nämlich um die grüne Infrastruktur von Plauen zu stärken. Also: wenn du Fördermittel aus der EU willst, dann muss das irgendwas mit den Grünen zu tun haben. Außerdem hab ich noch Projekte in der Nähe gefunden, bei denen Radwege gefördert wurden. Und eine Firma, die Solarfolien vertreibt. Alles ganz wichtig.

Frank:

Jede Gesellschaft steht und fällt mit der Wirtschaft. Aber es gibt nicht nur Ballungszentren. Der ländliche Raum muss gestärkt werden. Das wäre ein gutes Signal. Ich fände es gut, wenn hier noch Industriegeschichte erhalten und von der EU unterstützt werden könnte.

Guido:

Wir brauchen für die Zukunft wertschöpfende Arbeitsplätze. Es kann nicht funktionieren, wenn wir uns nur immer alle gegenseitig was erzählen. Davon werden wir nicht leben können. Das hat keine Zukunft. Immer wenn wertschöpfende Arbeitsplätze verloren gehen passiert das, was in Plauen und in meiner Heimat, dem Ruhrgebiet, passiert ist, und wenn wir nicht umsteuern, bald in ganz Deutschland und ganz Europa passieren wird. Strukturwandel bedeutet immer, dass die Leute ärmer werden. Wir brauchen wertschöpfende Arbeitsplätze. Sie sind die Wurzel unseres Wohlstands. Ohne wertschöpfende Arbeitsplätze hat dieses Land und hat Europa keine Chance.



#guidoauf tour: Plauen
Mit Frank Schaufel
Wertschöpfende
Arbeitsplätze



#guidoauf tour: Plauen
Mit Gerald Schumann, Stadtrat
Der Leerstand



Guido:

Ich war wirklich schon viel in Deutschland unterwegs, aber so viel Leerstand wie in Plauen habe ich noch nirgends gesehen. Die Straßen sehen teilweise sehr traurig aus. Selbst wenn man weiß, dass so viel Leerstand logisch ist, wenn sich die Einwohnerzahl einer Stadt halbiert.

Gerald:

Wir haben in der Tat einen signifikant hohen Leerstand. Wir haben bei zirka 65.000 Einwohnern einen Wohnungsbestand von rund 45.000 Wohnungen. Trotz Rückbaus haben wir einen Leerstand von 20 Prozent. Wir von der AfD wollen den Rückbau in peripheren Lagen fördern, gerne mit EU-Mitteln, damit es wieder wirtschaftlich wird, Wohnungen zu vermieten. Wir haben mit die niedrigsten Mieten in ganz Deutschland. Da lohnt es sich selbst für die großen Firmen nicht zu investieren. Die Konsequenz ist, dass alles verfällt.



MANNHEIM DER DREILÄNDERSTANDORT

Mannheim ist die inoffizielle Hauptstadt der Metropolregion Rhein-Neckar und liegt genau dort, wo der Neckar in den Rhein mündet. Mit deutlich über 300.000 Einwohnern ist Mannheim nach Stuttgart die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs und grenzt im Norden an Hessen. Überquert man eine der Rheinbrücken, ist man in Ludwigshafen und damit in Rheinland-Pfalz. Ein Standort, an dem drei Länder aufeinander treffen und zwei Flüsse ineinander fließen, war in der Geschichte meist ein idealer Marktplatz und Handelsstützpunkt.



FREIER WARENVERKEHR: EU-TUGENDEN SCHON IM 19. JAHRHUNDERT

1815 beschloss der Wiener Kongress die Zentralkommission für Rheinschiffahrt (ZKR) zu gründen, deren Ziel es sein sollte, auf dem Rhein freie Fahrt für freie Schiffe zu ermöglichen. Bereits seit dem Ende des 30 jährigen Krieges war das versucht worden, aber immer wieder gescheitert. Denn die anliegenden Territorialherren wollten nicht auf die Zölle verzichten und Schiffergilden nicht auf ihre mittelalterlichen Stapel- und Umschlagsrechte, bei denen vorbeifahrende Schiffe gezwungen wurden, ihre Waren zwischenzulagern oder durch örtliche Transportmittel gegen Gebühr weiter zu befördern.

Auch die ZKR scheiterte zunächst, existierte aber trotzdem weiter. Im Oktober 1868 lud sie sechs an den Rhein grenzende Länder – Frankreich, die Niederlande und die deutschen Bundesstaaten Bayern, Baden, Hessen und Preußen – nach Mannheim ein, ihrem damaligen Sitz. Erstmals gelang dann, was so lange vergeblich versucht worden war: die Schiffahrt auf dem Rhein vertraglich zu regeln und einen freien Warentransport zu ermöglichen. Es wurde vereinbart, dass alle Schiffe gleich zu behandeln seien, dass der Zoll vereinfacht werde, Sicherheits- und Verkehrsvorschriften vereinheitlicht und spezielle Gerichte für Schiffs-Streitigkeiten eingerichtet werden sollten. Außerdem wurde geklärt, wer die Wasserstraßen instand zu halten hatte.

Dieses Vertragswerk – bekannt als „Rheinschiffahrtsakte“ oder auch als „Mannheimer Akte“ – gilt zum großen Teil noch heute. Auch die ZKR existiert noch und kontrolliert die Einhaltung des Vertrags. Seit dem Versailler Vertrag von 1919 hat sie ihren Sitz aber nicht mehr in Mannheim, sondern in Straßburg.

Mit der Etablierung einer freien Rhein-Schiffahrt wuchs Mannheim zum größten Warenumserschlagplatz Süddeutschlands. Gehandelt wurden Getreide, Wein, Hopfen und Kolonialwaren (also Kaffee, Zucker, Kakao, Gewürze usw.), Steinkohlen und Eisen aus dem Ruhrgebiet, Medikamente, Holz, Lack, Farben und Petroleum.

Parallel zu dem stark wachsenden Handelsverkehr wurden die Hafenanlagen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer weiter ausgebaut. Heute ist Mannheim der viertgrößte Binnenhafen Europas.

Ebenso wurden die Eisenbahnverbindungen ausgebaut. Mannheim hatte seine erste Eisenbahnstrecke schon 1840 bekommen, nur fünf Jahre, nachdem die erste Eisenbahnstrecke Deutschlands zwischen Nürnberg und Fürth fertiggestellt worden war. 1867 wurde die Rheinbrücke fertig gestellt und für den Zugverkehr nutzbar. 1876 wurde der neue repräsentative Hauptbahnhof eingeweiht, der heute noch in Betrieb ist.

Mit dem Ausbau der Infrastruktur kamen weitere Firmen, denn es lag nahe, Waren gleich an Ort und Stelle zu verarbeiten.

So begann Heinrich Lanz 1859 englische Landwirtschaftsmaschinen zu importieren. Später baute er auch Luftschiffe und wurde der größte Konkurrent der Zeppelin-Werke. Bekannt ist die Firma noch heute durch seine „Lanz Bulldog“-Traktoren, die mehrere Generationen Landwirte in Deutschland und in der ganzen Welt prägten. 1956 wurde die Firma vom amerikanischen Hersteller John Deere übernommen und produziert bis heute unter dem Namen „John Deere Werke Mannheim“.

1865 gründete Friedrich Engelhorn in Mannheim die „Badische Anilin- & Sodafabrik“ (BASF), zog aber noch im selben Jahr auf die andere Rheinseite nach Ludwigshafen, weil er dort ein passenderes Areal gefunden hatte. Heute hat BASF in 80 Ländern 390 Produktionswerke und beschäftigt etwa 110.000 Mitarbeiter.

1880 stellte Werner von Siemens auf der Pfalzgau, einer landwirtschaftlich-gewerblichen Messe, den ersten elektrischen Aufzug der Welt vor. Der Mannheimer Aufzug beförderte sechs Menschen zwanzig Meter hoch bei einer Geschwindigkeit von einem halben Meter pro Sekunde – damals eine technische Sensation. Es ist schwer vorstellbar, dass der verdichtete Städtebau der kommenden Jahrzehnte mit seinen modernen Hochhäusern ohne diese Erfindung möglich geworden wäre.

1883 gründet Carl Benz seine Firma Benz und Co, aus der das Deutz AG-Werk Mannheim und das Mercedes-Benz-Werk Mannheim-Waldhof hervorgehen. Am 01.08.1888 erhält Carl Benz vom Großherzoglichen Bezirksamt Mannheim den ersten Führerschein der Welt, zwanzig Jahre bevor ein für ganz Deutschland gültiger Führerschein eingeführt wurde.

Mannheim wurde eine moderne Industriestadt. Auch Dienstleistungsunternehmen wie Banken, Börsen und Versicherungen siedelten sich hier an.

Im Ersten Weltkrieg wurde Mannheim kaum zerstört, im Zweiten Weltkrieg jedoch fast vollständig. Entsprechend langwierig war der Wiederaufbau. Doch das Wirtschaftswunder erfasste auch Mannheim. Höhepunkte dieser zweiten Gründungsphase waren die Errichtung einer Erdölraffinerie im Jahr 1961 und drei Jahre später die eines Ölhafens. 1968 wurde ein Container-Terminal in Betrieb genommen.

Doch in den 1970er Jahren traf der Strukturwandel auch Mannheim. Zu dessen Bewältigung setzte die Stadt auf eine Brachflächen-Reaktivierung und auf die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen. Es wurden Start-up Zentren gegründet, die Unternehmen im Bereich Kultur, Musik, Kreativität, Neue Technologien und Medizin anziehen sollten. Außerdem wurde der Bildungssektor ausgebaut. Hochschulen wurden erweitert oder neu gegründet, wie zum Beispiel die Popakademie im Jahr 2003, die einzige akademische Ausbildungsstätte für Popmusik in Deutschland.

All dies konnte die Verelendung in vielen Teilen der Stadt nicht aufhalten. Auch wenn Mannheim sich gerne als modernes Zentrum für Dienstleistungen präsentiert, stieg die Kriminalitätsrate und es brachen soziale Konflikte aus. Vor allem Stadtteile mit einem hohen Anteil an Armutsmigranten aus Südost-Europa sind geprägt von Kriminalität, Drogen und Prostitution.

In einigen Stadtbezirken liegt der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund bereits bei 50 bis 70 Prozent wie in der Neckarstadt-West (69,1 Prozent), Innenstadt/Jungbusch (61,9 Prozent) oder Neckarstadt-Ost (50,2 Prozent).⁵⁴ In vielen Schulen gibt es Klassen, in denen kaum noch jemand sitzt, dessen Muttersprache Deutsch ist. Entsprechend niedrig ist das Leistungsniveau. Mannheim wird gegenwärtig nicht nur vom Land Baden-Württemberg, sondern auch von der EU durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert und ist damit die

einzigste Großstadt Baden-Württembergs, die Fördergelder im Rahmen des Ziel-2-Programms des EFRE erhält. Das Ziel-2-Programm richtet sich an Firmen in strukturschwachen Regionen, um sie innovativer zu machen. Mannheim wurde in drei aufeinanderfolgenden Förderperioden (2000–2006, 2007–2013 und 2014–2020) mit insgesamt 41 Millionen Euro unterstützt. Neben einer Brachflächenreaktivierung wurde insbesondere in den Ausbau von neuen zielgruppenspezifischen Gründungs- und Kompetenzzentren investiert. Die Gesamtsumme der Investitionen betrug 106 Millionen Euro. Zwischenzeitlich wurde das Ziel-2-Programm durch das Programm Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007-2013 abgelöst. Das Programm Regionaler Klimaschutz, das im Jahr 2014 auf den heißen Stein trat, wurde ebenfalls durch das Programm Regionaler Klimaschutz abgelöst.

Auch der Klimaschutz sollte Mannheim zu einem modernen Image verhelfen. Realität aber war, dass die bisherige Klimaschutzpolitik weitere Jobs gekostet hat.

So kündigte 2017 General Electric (GE) am Standort Mannheim 700 Beschäftigte aus dem Bereich Wartung und Reparatur von Kraftwerken, sowie Ingenieurdienstleistungen. Kurz zuvor waren bereits 700 Arbeitsplätze im Bereich der Produktion von Ausrüstungen für Gas- und Kohlekraftwerke gestrichen worden. GE erklärte, dass das Kraftwerksgeschäft immer schwieriger wird – wegen des Ausbaus erneuerbarer Energien.⁵⁵ 2019 wurde der Standort Mannheim komplett geschlossen.

Das Großkraftwerk Mannheim (GKM) ist einer der größten Energielieferanten Deutschlands. Es erzeugt Strom für über die Hälfte aller Haushalte in Baden-Württemberg und versorgt zudem die Industrie. Außerdem übernimmt es einen Teil des Strombedarfs der Deutschen Bahn.

Holger Becker, kaufmännischer Vorstand vom GKM, weist darauf hin, dass im Moment weltweit weiterhin Steinkohlekraftwerke auf- und ausgebaut werden. Kohle sei nur in Deutschland und Europa ein Auslaufmodell, global gesehen nicht. Becker begrüßt zwar die deutschen Klimaschutz-Ziele, betont aber, dass die deutschen CO₂-Reduktionsziele im Vergleich etwa zu den Emissionen in der Volksrepublik China lediglich „Rundungsdifferenzen“ seien.⁵⁶

Im zweiten Teil des Buches wird es darum gehen, dass der Standort Deutschland im weltweiten Vergleich an Attraktivität verliert und laut einer Studie des Mannheimer Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) von 21 untersuchten Industrienationen nur noch den Platz 17 belegt, hinter den USA, Großbritannien und den Niederlanden. Verantwortlich dafür sind die hohen Steuern, unzureichende Infrastruktur und zu hohe Energiekosten.⁵⁷

Die immer strenger werdenden Vorgaben der EU-Klimapolitik, die maßgeblich von Deutschland aus gelenkt wird, belasten die Industrie stark und gefährden Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit stärker als die anderer Volkswirtschaften. Es droht eine De-Industrialisierung Deutschlands.

“Mich hat schockiert, dass hier viele Frauen der Prostitution nachgehen, dass sie im illegalen Bereich tätig sind, dass sie gezwungen werden, auch von ihren eigenen Familien, von ihren eigenen Partnern, dass sie keine Krankenversicherung haben, dass sie reihenweise Abtreibungen vornehmen, dass sie bis zur Geburt weiterarbeiten, dass sie verzweifelt sind, dass sie nicht wissen, wohin sie gehen können. Und das waren für mich viele Aspekte, wo ich sage, ich muss hier handeln.“⁵⁸

Julia Wege, Leiterin einer Beratungsstelle für Frauen in der Prostitution







Robert:

Willkommen in meiner Stadt. Ich habe lange Zeit als Fan-Betreuer des SV Waldhof Mannheim gearbeitet – unser lokaler Fußballverein. Ich kenne die Mentalität der Leute. Ich habe den schleichenden Verfall dieser Stadt live miterlebt und es tut mir weh, dass sich unsere eigentlich wunderschöne Stadt immer mehr zum Negativen entwickelt.

Guido:

Die Benz-Baracken haben deutschlandweit eine negative Berühmtheit erlangt durch die RTL Serie „Hartz und herzlich“. Welche Bedeutung hat so eine Sendung für das Image einer Stadt?

Robert:

Die Menschen werden zur Schau gestellt, wie im Zoo. Das haben sie nicht verdient. Sie sind überwiegend nett und umgänglich. Der Titel der Serie ist in Ordnung – Hartz und herzlich. Das beschreibt das Leben vieler Menschen ganz gut. Sie verlieren ihre Arbeitsplätze und stehen am Ende der Nahrungskette. Das trifft jeden hart. Überall ist schleichender Verfall. Aber man geht herzlich miteinander um. Das wurde in der Serie so aufgemacht als seien die Leute asozial und verwahrlost. Das ist falsche und plumpe Zurschaustellung und das lehne ich ab.

Guido:

Mich hat gewundert, wie unglaublich gepflegt die Benz-Baracken aussehen. Das sind doch Sozialbauten. Sowas sieht meistens anders aus.

Guido:

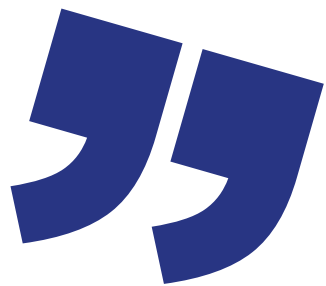
Die Serie überspitzt natürlich und ist reißerisch, aber sie spricht echte Probleme an. Es gibt in Deutschland eine breite Gruppe Menschen, die sich mit Hartz IV eingerichtet haben – teilweise schon seit Generationen. Sie werden mit Geld – ich sag das mal sehr direkt – ruhig gestellt. Das Geld ist natürlich zu wenig, um gut zu leben, aber genug, um irgendwie zurecht zu kommen. Dafür kann man seinen Tag frei gestalten und hat eine völlig andere Tagesstruktur als jemand, der regelmäßig arbeiten geht. So jemanden zurückzuholen ist ein Riesenproblem.

Robert:

Man sagt dazu, glaube ich, Sozial-Adel. Man müsste so jemanden erst einmal an einen normalen Tagesablauf gewöhnen. Man müsste ihn langsam und auf Projektbasis ans Arbeiten heranzuführen: Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, konstante Leistung. Gleichzeitig braucht man aber auch Verständnis dafür, dass jemand, der hier lebt, massiv diskriminiert wird und wirklich nicht die gleichen Chancen hat.

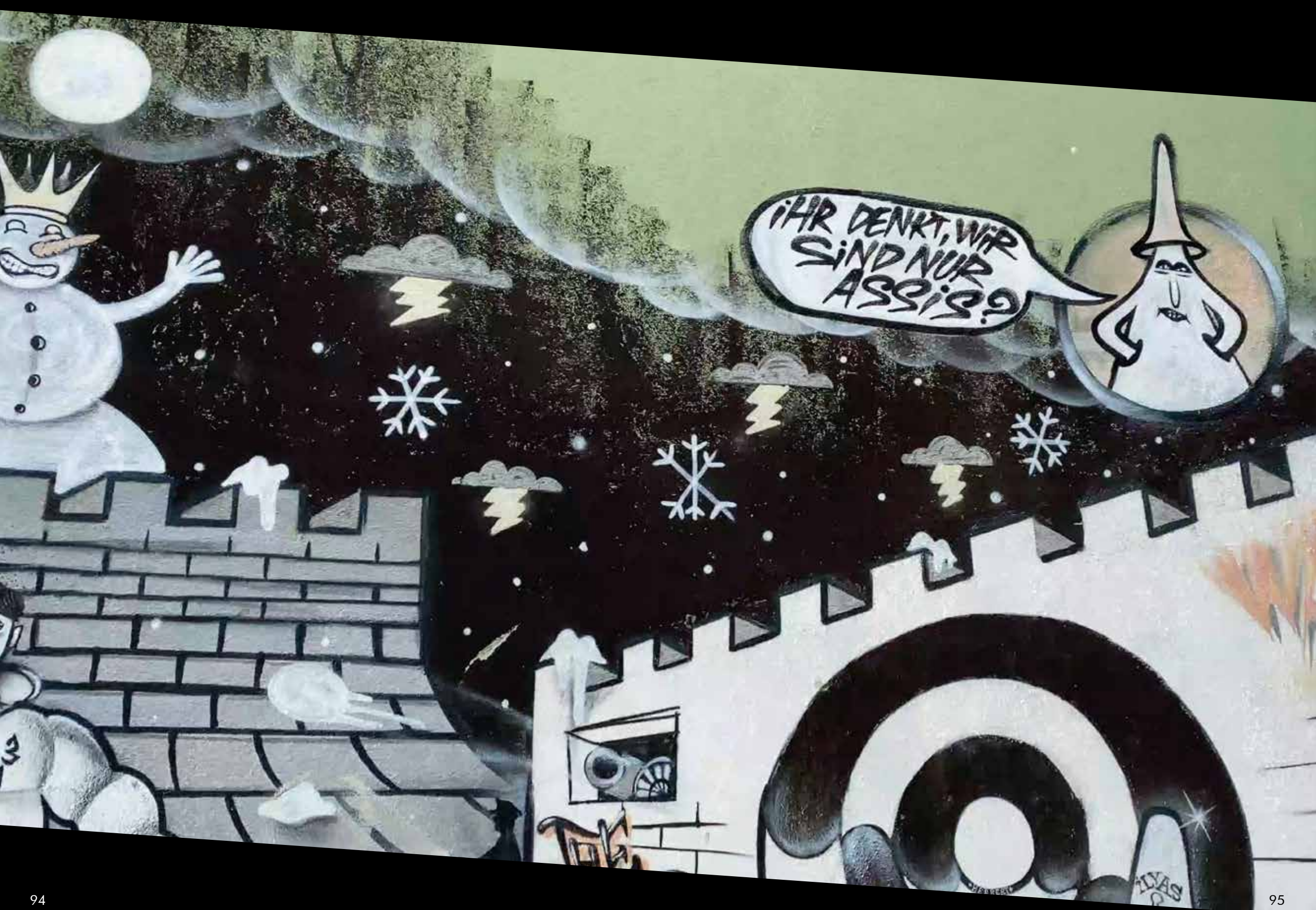
Guido:

Ich finde es traurig, dass auf RTL, Spiegel TV, Stern TV usw. immer nur die Probleme des deutschen Hartz IV-Adels breitgetreten werden, aber nie die Probleme mit Zuwanderern, die ja meistens auch von Hartz IV leben. Das wird totgeschwiegen. Für mich ist das beinahe rassistisch: die einen durch den Kakao ziehen, die anderen komplett ignorieren.



#guidoauf tour:
Mannheimer Norden,
Stadtteil Waldhof,
Benz-Baracken
mit Robert Schmidt
Sozial-Adel





IHR DENKT, WIR
SIND NUR
ASSIS.

Der Green Deal—

Die De-Industrialisierung Deutschlands

Der 1. Schritt: das EU-Klimagesetz.

Ziele:

- 2050 Europa soll erster klimaneutraler Kontinent werden
- 2030 fit for 55 (Maßnahmenkaskade, um bis 2030 55% weniger CO2 im Vergleich zu 1990 zu emittieren)

Kosten:

- Bis 2050 2,6 Billionen (2.600 Mrd.)
- Bis 2030 mindestens 1 Billion (1.000 Mrd.)

Kritik:

- Beginn einer zentralen Planwirtschaft mit Fiskalunion
- De-Industrialisierung Deutschlands und Europas

Als nächstes kommt:

Die Maßnahmenkaskade „fit for 55“:

- Ausbau des EU-Emissionshandels (Emission Trading System: ETS), auch: ETS-Abgabe (alles wird teurer)
- CO2 Grenzausgleichssteuer (Carbon Border Adjustment Mechanism: CBAM): CO2 Steuer auf Produkte, die außerhalb der EU hergestellt wurden
- u.s.w.

VVV:

Voraussichtliches (Verkaufs-) Ende des Verbrenners: 2035

	Green Deal – ZIELE	Green Deal – KONSEQUENZEN
Heizen	Energetischer Sanierungswellen	Teureres Wohnen
Verkehr	Ökostrom für den ÖPNV, die Bahn und E-Autos; klimaneutrale Städte	Ende des Individualverkehrs
Agrarbereich	Umwandlung von Land in Schutzgebiete; weniger konventionelle Landwirtschaft	Eigenversorgung mit Lebensmitteln gefährdet; größere Abhängigkeit von anderen Ländern
Energie-Wirtschaft	Dekarbonisierung	Industriestandort gefährdet; Anstieg der Arbeitslosigkeit
Energie-Wirtschaft	Ökostrom	Zu Stoßzeiten müssen wir den Strom aus anderen Ländern zukaufen und zahlen dafür so hohe Preise, dass jene die ihren im eigenen Land senken können.

Strompreise Deutschland:

- 43% über dem EU-Durchschnitt
- enthalten bereits zu 70% Steuern/Abgaben

Der Corona- Wieder- aufbaufonds

heißt jetzt

„Next Generation EU“

(klingt besser)

Ziele:

- Die EU soll werden:
- grüner
 - digitaler
 - krisenfester

Kosten:

750 Mrd. (zu den Preisen von 2018, aktuell: 800 Mrd.)
davon:
390 Mrd. nicht-zurückzahlende Zuschüsse und
360 Mrd. irgendwann-zurückzahlende Darlehen

Deutschlands Anteil:

94 Mrd. zahlt Deutschland in den Fonds ein
28 Mrd. erhält Deutschland aus dem Fonds
66 Mrd. netto
+ Schuldentilgung
+ ein unkalkulierbares Haftungsrisiko

Kritik:

- Mit dem Wiederaufbaufonds beginnt die Vergemeinschaftung der Schulden
- Deutschlands haftet für alles



#guidoauf tour
Mannheim mit Peter Liebenow
Die Einsamkeit der Alten

Guido:

Ich bin wieder mit sachkundigen Parteifreunden unterwegs. Peter, du bist Koch und setzt sich für Senioren ein. Was genau machst du?

Peter:

Ich koche normalerweise für die Senioren im Seniorentreff. Aber zurzeit geht das nicht wegen Corona. Das Treff ist geschlossen. Eine Katastrophe. Die Leute kommen ja nicht nur, um zu essen. Die kommen, um sich zu unterhalten. Die vereinsamen doch sonst. Der Kollateralschaden, den die Stadt hier verursacht, ist viel schlimmer als die angebliche Pandemie. Das ist unverhältnismäßig.





#guidoauf tour:
Mannheim Neckarstadt-West
mit Gerd Schöffner
Mannheim ist das
NRW von Ba-Wü

Gerd:
 Ich lebe seit über 20 Jahren hier. Mir gefällt der Stadtteil, aber mir gefällt die Nachbarschaft immer weniger. Wenn ich nicht alle meine Ersparnisse in mein Haus investiert hätte, wäre ich schon lange weg.

Guido:
 Mannheim ist die Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote Baden-Württembergs. Da hat sich die Stadt gedacht, dass es sinnvoll sein könnte, gegenzusteuern und Fördermittel anzuwerben – vom Bund, vom Land und von der EU. Ich habe in Brüssel nachgefragt: Mannheim hat in den letzten 20 Jahren insgesamt 106 Millionen Euro Fördermittel erhalten, davon 41 aus EU-Mitteln. Das ist nicht schlecht. Damit lassen sich schon einige Arbeitsplätze schaffen. Und was ist passiert? Mannheim hat eine Popakademie bekommen und jede Menge Startups – insgesamt etwa 1.000 Arbeitsplätze. Das ist natürlich nett, aber tendiert doch eher in Richtung Tropfen auf dem heißen Stein.

Gerd:
 Das nennt sich heutzutage „Kultur der Selbständigkeit“. Aber es gibt auch positive Beispiele – zum Beispiel die Popakademie. Bei der gibt es im Fachbereich Musikbusiness immer wieder Ausgründungen, die dann gut ins Geschäft einsteigen. Die Popakademie wurde gegründet als eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg. Die Stadt musste natürlich was drauflegen. Gott sei Dank konnte sie das. Mannheim ist zwar irgendwie das Nordrhein-Westfalen Baden-Württembergs, aber wir wurschteln uns immer durch. Ich bin seit 2004 in der Kommunalpolitik. Seitdem wurde die Verschuldung von 1,4 Milliarden – ich sage immer eintausendvierhundert Millionen, das ist anschaulicher – auf 1,2 Milliarden gesenkt, also auf eintausendzweihundert Millionen. Das ist doch was.

Guido:
 Das klingt so, als ob die Nähe zum Schwabenland auf euch abgefärbt hätte.

Gerd:
 Vor ein paar Jahren wurde die Popakademie aufgestockt. Man brauchte Platz und hat einfach zwei Stockwerke obendrauf gesetzt. Das Geld kam vom EFRE, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Wir haben ein eigenes Europabüro, das immer guckt, wo was zu holen ist. Da sitzen gute Leute.

Guido:
 Schwaben vielleicht?

GASTBEITRAG VON TINO CHRUPALLA

Die Lausitz – Heimat und Modellregion

Strukturwandel ist ein vielschichtiges Phänomen, dem man sich aus verschiedenen Perspektiven annähern kann: was führt zu Strukturwandel? Welche Wirkung entfaltet er und zu welchen Ergebnissen führt er? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wirtschaftliche, politische, soziologische und auch geografische Aspekte berücksichtigt werden, die miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen. Lässt man auch nur einen dieser Aspekte aus, wird man der Komplexität von Strukturwandel nicht gerecht.

Der Begriff selbst stammt aus der Moderne. Im „Brockhaus Conversations-Lexicon“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts taucht er noch nicht auf. Erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird er lexikografisch erfasst.

Nachdem in diesem Buch schon das Ruhrgebiet und auch das sächsische Vogtland ausführlich beschrieben wurden, soll hier der Blick auf die östliche Grenze Deutschlands gelenkt werden, auf die Lausitz. An ihrem Beispiel sollen alle Aspekte von Strukturwandel untersucht und schließlich ein Ausblick in die mittelfristige Zukunft gewagt werden.

Das heutige Ostsachsen ist eines der letzten aktiven Braunkohlereviere Deutschlands – neben einem mittel- und einem westdeutschen Revier. Da Braunkohle – im Gegensatz zur Steinkohle – oberirdisch gefördert wird, sind die Einschnitte in die Landschaft immer sofort offensichtlich. Dementsprechend hat sich die Lausitz seit Beginn des Tagebaus, also seit nunmehr 100 Jahren, nicht nur strukturell, sondern auch optisch stark verändert.

Die Menschen sind den steten Wandel gewohnt und haben sich angepasst. Mit jeder neuen Anlage oder Vergrößerung einer bestehenden Förderstätte verändert sich ihr Leben. Das kann bis zur Aufgabe von Haus und Hof führen.

Diese permanenten Wandlungsprozesse sind typisch für Industrieregionen. Jedoch zeichnet sich seit dem Ende des letzten Jahrhunderts ein erneuter Großumbau der gesamten Industrielandschaft Deutschlands ab. Sowohl die Schwerindustrie – vor allem die Bereiche Stahl und Montan – als auch die chemische und energieerzeugende Industrie sind auf dem Rückzug.

Für die Lausitz ist das folgenreich. Auch hier hatten sich, nachdem mit dem Abbau des Energieträgers Braunkohle begonnen worden war, andere Industriezweige angesiedelt wie die chemische und petrochemische Industrie, die besonders energieintensiv sind. Zusammen mit den Kraftwerken bildeten sie den Kernarbeitsbereich der Menschen und waren der größte Arbeitgeber. Wie im Ruhrgebiet gab und gibt es hier Familien, die schon seit Generationen im gleichen Wirtschaftszweig tätig sind. Sie sind in besonderem Maße mit der Region verbunden. Zwar sind sie mit stetem Wandel vertraut, aber nicht damit, dass ganze Wirtschaftszweige plötzlich wegfallen.

Wirtschaftlich starke Regionen – wie die Lausitz es noch vor wenigen Jahrzehnten war – verfügen meistens über eine gut ausgebaute Infrastruktur; nicht nur im Verkehr, sondern auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Sie sind überwiegend autonom und können ihre Einwohner selbst mit Lebensmitteln, Dienstleistungen und Arbeiten aus dem verarbeitenden Gewerbe und dem Handwerk versorgen. Es gibt ausreichend Landwirtschaftsbetriebe, Bäckereien, Fleischereien, Friseure und Elektriker sowie Bau- und Malerbetriebe, weil diese Gewerbe in direktem Zusammenhang mit den großindustriellen Unternehmungen der Region stehen und von ihnen profitieren. Letztere sind ihrerseits aber auch auf die Handwerker angewiesen, nicht zuletzt, um aus ihnen heraus ihr Personal zu rekrutieren.

Dieses System wechselseitiger Abhängigkeit geht noch weiter und umfasst zum Beispiel auch das Gesundheitswesen oder Bildungseinrichtungen, vor allem für die betriebliche Ausbildung. Man sollte meinen, es sei stabil und zukunftssicher. Historische Brüche und aktuelle Entwicklungen zeichnen jedoch ein anderes Bild.

Eine maßgebliche Zäsur war die Zeit der Wende 1989/90. Die deutsch-deutsche Wiedervereinigung brachte grundlegende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen

mit sich und wirkte tief in die regionalen Strukturen hinein. So wurde zum Beispiel das Lausitzer Revier auf zwei Bundesländer mit zwei unterschiedlichen Landesregierungen aufgeteilt: Brandenburg und Sachsen. Vorher hatte es hauptsächlich zu einer einzigen Verwaltungseinheit gehört: dem Bezirk Cottbus.

Durch den Wegfall staatlich vorgegebener Ideologien und zentral organisierter Arbeit entwickelte sich ein offener Markt. Zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen siedelten sich an und etablierten sich. Dennoch litt der Arbeitsmarkt. Zwar bilden kleinere Gewerbe- und Handwerksbetriebe eine wichtige Säule einer lokalen Wirtschaft, aber sind nur bedingt imstande, flächendeckend Arbeitsplätze zu schaffen. Den Wegfall des großindustriellen Bereichs konnten sie nicht kompensieren. Dazu fehlte ihnen das Kapital. Das zuvor beschriebene, ausbalancierte System der gegenseitigen Abhängigkeiten geriet ins Stocken.



„Ich liebe Sachsen. Es ist das Land,
in dem ich geboren und aufgewachsen bin.
Hier ist meine Heimat: Als Familienvater,
Handwerksmeister und Unternehmer.
Es liegt an uns, unser Land zu gestalten.
So, wie es schon unsere Großeltern zuvor
getan hatten. Immer noch sind die Spuren der
Vergangenheit sichtbar. Sie erinnern uns daran,
welches Potential in uns steckt.
Das treibt mich an.“

Tino Chrupalla, Bundessprecher der AfD

Natürlich ist ein intaktes, regionales Wirtschaftssystem von vielen Faktoren abhängig und kein Perpetuum Mobile. Und natürlich können Wandel und Veränderung nützlich sein. Jede Generation verspürt den Drang, etwas Neues zu schaffen und sich von überflüssig gewordenen Dingen abzugrenzen. Das bedeutet jedoch nicht, gleich alles über den Haufen zu schmeißen. Vielmehr entsteht Zukunft durch eine kluge Mischung aus etwas-neues-ausprobieren und an-Bewährtem-festhalten. Um beurteilen zu können, welche der beiden Strategien in welchem Fall anzuwenden ist, braucht es Wissen und Erfahrung.

Beides ist der Lausitz in viel zu großem Maße abhanden gekommen, als mit der Wende vor 30 Jahren der Wegzug der Lausitzer aus der Lausitz begann. Ein Entwicklungsstrang wurde durchtrennt, eine Tradition durchbrochen – beides ist nicht rückgängig zu machen.

Die Politik hat diesen Wandel stark beeinflusst und voran getrieben. Mittels staatlich organisierter Strukturen, hier namentlich der Treuhandanstalt, wurden ganze Landstriche nachhaltig verändert. Kapital wechselte den Besitzer. Die Lausitz verlor viel von ihrer Wirtschaftskraft.

Der gesamte Wirtschaftsraum Europa veränderte sich. Mit dem Ende des Ostblocks und dem Wegfall des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), einem 1949 von Russland gegründeten Wirtschaftsbündnis für sozialistische Länder, wurde der Wirtschaftsraum Europa Stück für Stück bis an die weißrussische Grenze ausgedehnt. Das bot vor allem deutschen Firmen neue Entwicklungsmöglichkeiten. Zum einen konnten sie dank der niedrigen Löhne billig im Ausland produzieren, zum anderen boten sich neue Absatzmärkte für begehrte deutsche Technologieprodukte.

Wie wirkt sich diese Entwicklung heute auf die Lausitz aus?

Die Lausitz kann natürlich nicht mit den viel geringeren Lohnkosten in den angrenzenden, östlichen Nachbarländern konkurrieren. Deshalb werden seit Jahren staatliche Lenkungsprozesse eingesetzt, um diesen Wettbewerbsnachteil zu kompensieren. Aber alle nationalen und transnationalen Förderprogramme vom Bund und von der EU zielen hauptsächlich darauf, kulturelle Unterschiede als Chance zu begreifen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken.

Arbeitsplätze wurden nicht geschaffen und der Wegzug der jungen Lausitzer nicht aufgehalten. Stattdessen wird eine der östlichsten Regionen Deutschlands immer älter und bietet ihrer Jugend kaum Anreize, sich vor Ort niederzulassen. Es fehlen die nötigen Rahmenbedingungen – auch noch 30 Jahre nach dem Mauerfall. Aktuell wurden gerade wieder Krankenhäuser und Berufsschulen geschlossen, so dass die Attraktivität der Region für alle Altersgruppen gleichmäßig sank. Bricht aber die Infrastruktur ein, können auch künftige immense staatliche Aufwendungen kaum noch Erfolge verzeichnen.

Damit wären wir in der Gegenwart, im Hier und Heute, angekommen. Wir haben es mit einer völlig neuen Qualität von Herausforderungen zu tun, weil auf der Ebene des politischen Systems sich alle Ziele und Werte verschoben haben, weg von der Orientierung am Allgemeinwohl und am Wohl des Einzelnen, hin zu einer neuen Ideologie, die den Staat mittlerweile zu großen Teilen erobert hat.

Im Einklang mit der Natur zu leben, ist keine neue Idee. Die Mehrheit der Menschen weltweit würde wohl solch eine Lebensweise bevorzugen. Neu im 21. Jahrhundert ist allerdings der Glaube, mittels politischer Maßnahmen und Verbote das Klima und die Welt retten zu können (und zu müssen). Dieser irrationale Anspruch wurde zur übergeordneten Programmatik erklärt. Alle Maßnahmen und Zwischenziele auf dem Weg dahin sind somit als Operationalisierung der Weltrettung gerechtfertigt.

Vergessen werden dabei jedoch die Menschen und ihre Bedürfnisse vor Ort. Auch sie haben sich dem großen, alles-überstrahlendem Ziel unterzuordnen. Das hat nicht nur in Deutschland und der Lausitz, sondern in allen europäischen Ländern massivste Auswirkungen und Folgen. Das gemeinsame Projekt Europa wird mittlerweile mißbraucht, um diese hauptsächlich westliche Dekadenz über den ganzen Globus zu verbreiten.

Hinzu kommt, dass ein eindimensionaler Fortschrittsglaube es vor allem dem ländlichen Raum erschwert, sich gegenüber – oftmals staatlich finanzierten – Leuchtturmprojekten zu behaupten.

Die Folgen sind vielschichtig und in ihrer Komplexität kaum zu beschreiben. Auf wirtschaftlicher Ebene werden immer weniger Anreize gesetzt, damit sich Menschen auf das Abenteuer Firmengründung einlassen. Das Handwerk – mit dem sprichwörtlichen goldenen Boden – erscheint der jungen Generation im Vergleich zu anderen Berufsbildern wenig attraktiv.

Wenn es aber immer weniger kleine und mittelständische Unternehmen gibt, verliert die Lausitz noch weiter an Potential, denn es sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die als wichtige Ankerpunkte der Wirtschaft für Arbeitsplätze und die Finanzierung der Sozialkassen sorgen. Ihre Existenz hängt jedoch maßgeblich von dem Vorhandensein von Industrieansiedlungen ab. Und die wird es in Zukunft in der Lausitz und in weiten Teilen Deutschlands nicht mehr geben. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat am Freitag, dem 3. Juli 2020, im Deutschen Bundestag verkündet, dass die Kohleverstromung bis spätestens 2038 rechtssicher, wirtschaftlich vernünftig und sozial verträglich beendet werde:

„Das fossile Zeitalter in Deutschland geht mit dieser Entscheidung unwiderruflich zu Ende!“¹

Grundlage für diese weitreichende Entscheidung waren die vereinbarten Klimaziele. Es stellt sich die Frage, ob damit nicht nur ein wirtschaftlicher und industrieller Strukturwandel eingeläutet wurde, sondern ob mit dem Ende des „fossilen Zeitalters“ auch das Ende der Prosperität Deutschlands einhergehen wird. Ohne eine sichere und bezahlbare Energieversorgung scheint eine moderne, ernstzunehmende Industrienation nicht denkbar zu sein.

Sicher ist jedoch, dass die Braunkohlregion Lausitz strukturell immer unbedeutender werden wird. Sowohl das technische Wissen im Bereich der Energieerzeugung am Standort Boxberg, als auch das menschliche Kapital der Arbeiter und Angestellten wurde als überflüssig erklärt.

Man kann das alles für eine zwangsläufige Entwicklungen im Voranschreiten von Wirtschaft und Gesellschaft halten oder glauben, dass nur so das Überleben der Menschheit angesichts eines drohenden Klimakollaps gesichert werden kann, aber man kann diese Entwicklung auch für einen Irrweg halten. Ein Irrweg, der auf einseitigen wissenschaftlichen Begründungszusammenhängen beruht, auf falschen Berechnungsgrundlagen und auf Modellsimulationen, die die Entwicklung des Klimas in den letzten Jahrtausenden nicht ausreichend erfasst und die Rolle des Menschen in einem Anfall von Hybris maßlos überschätzt haben.

Man muss sich immer wieder vor Augen führen, dass die ganze Panik vor dem Klimawandel lediglich auf Prognosen basiert, die schon immer schwierig waren, sobald sie die Zukunft betrafen. Sie haben keine soliden Grundlagen, die als Rechtfertigungs- und Begründungszusammenhang für derartig einschneidende Eingriffe in unsere Wirtschaft, unser Sozialsystem, unsere Landschaft und Natur dienen könnten.

Fest steht, der geplante Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung ist ein Strukturwandel in sich selbst. Der darüber hinaus propagierte Strukturwandel in den betroffenen Regionen ist nur die Reaktion auf die selbstorganisierte, politisch-ideologische Machtstrategie der neuen Weltretter.

Was haben sie mit der Lausitz vor?

Der Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Stein- und Braunkohle wurde ins Jahr 2038 vorverlegt. Die Bundesregierung plant massive Investitionen zur tätigen. Wohl gemerkt handelt es sich dabei immer um Steuergelder. 40 Milliarden Euro sollen den betroffenen Regionen helfen, den Strukturwandel erfolgreich zu vollziehen. In der Lausitz sollen wissenschaftliche Institute angesiedelt, das Straßennetz, die Bahnverbindungen und die digitale Infrastruktur ausgebaut werden. Hinzu kommen Pläne in den Bereichen Energiewirtschaft (unter anderem Wasserstofftechnologien), Gesundheit und Tourismus.

Die Lausitz der Zukunft wird eine andere sein. So wie das Ruhrgebiet – ehemals das Zentrum von Kohle und Stahl – ein anderes geworden ist. Grundsätzlich sollte man sich im Klaren sein, dass eine Entwicklung immer nach vorn strebt und Veränderung bringt. Die Frage ist jedoch, welche Aspekte der Gegenwart werden überdauern? Was taugt für eine erfolgreiche Zukunft, weil es sich bewährt hat und bei den Menschen großen Zuspruch findet? Und wenn diese Frage beantwortet ist, ergibt sich unmittelbar die nächste: Wie kann ich die Menschen mitnehmen? Denn sie sind die wahren Helden dieses Dramas.

Konzepte zur Entwicklung wirtschaftlich schwacher Gebiete sollten sich aus unserer heutigen Erfahrung heraus von den Begriffen Heimat–Naturschutz–Gemeinschaft leiten lassen. Die Lausitz der Zukunft ist darauf angewiesen, dass viele Menschen sie als ihren Lebensmittelpunkt identifizieren und gestalten möchten. Es bedarf also bei denen, die über Strukturfördermaßnahmen entscheiden, eines Grundverständnisses darüber, was die Gemeinschaft der zu fördernden Region ausmacht. Wo stehen die Menschen? Was können und brauchen sie? – sollten mögliche Leitfragen sein.

Die Natur spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Menschen, die sich für eine ländliche Region als Heimat entschieden haben, empfinden in der Regel eine größere Nähe zur Natur als Menschen in urbanisierten Gegenden. Der Klimaschutz ist eine städtische Idee, mit der die Bevölkerung im ländlichen Bereich oft nur wenig anfangen kann. Für sie steht ohnehin fest, dass sie sich mit ihrer Umwelt arrangieren müssen, damit noch ihre Kinder und Kindeskiner ein gesundes Leben in ihrer Heimat leben können. Es gilt, Stadt und Land gleichrangig zu entwickeln. Dafür brauchen wir eine gewachsene regionale Verankerungen des Umwelt- und Naturschutzes.

Landschaft ist Teil unserer regionalen Identität. Um Heimat zu schaffen, beziehungsweise zu erhalten, brauchen wir soziale und technische Infrastrukturen als Grundlage. Natürlich sollte dabei eine schonende Landnutzung im Mittelpunkt stehen, die weitestgehend der Selbst- und Eigenverantwortung der Regionen und Kommunen übertragen wird.

Aber die wichtigste Grundlage jeder prosperierenden Wirtschaft sind gut funktionierende, intakte und flächendeckend ausgebaute Infrastrukturen, also eine stabile und flächendeckende Grundversorgung mit Lebensmitteln, außerdem Bildungs-, Betreuungs- und Gesundheitseinrichtungen, flankiert von einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sowohl für Privathaushalte als auch für Betriebe und Unternehmen. Im Idealfall sollte eine Region wie die Lausitz relativ autark sein. Lebensmittel, Dienstleistungen, Handwerk und auch Bildung sollten lokal organisiert und unterhalten werden. Dadurch würde eine Region stark an Attraktivität gewinnen. Die Menschen wären unabhängig und würden selbst die Verantwortung für sich und ihre Heimat tragen. Der Bevölkerungsrückgang auf dem Land könnte gestoppt oder sogar umgekehrt werden. Die Lausitz als einheitliche, intensiv miteinander vernetzte Region stände auch wieder mehr im Mittelpunkt trotz des Umstands, dass sie sich auf zwei Bundesländer verteilt.

Hochschulen, Berufsschulen sowie das bestehende Netz aus Primar- und Sekundarschulen gilt es zu erhalten. Sie funktionieren als Lebensader und versorgen die Region mit Innovationen für die Zukunft. Außerdem vermitteln sie Traditionen und nützliche Notwendigkeiten für die Gemeinschaft. Die Berufsbilder des Handwerks müssen gesichert werden und an die nächsten Generationen als Teil unserer Kultur vererbt werden.

Derzeit lebt die Lausitz noch von der Nachfrage nach bezahlbarer und kontinuierlich verfügbarer Energie – momentan noch sicher gestellt durch die Verstromung von Braunkohle. Das bedeutet, dass noch ein hohes Maß an Ausbildung und Kompetenz im Bereich der Energieerzeugung vorhanden ist. Um dieses Potential auch weiterhin für die Lausitz und für Deutschland nutzbar machen zu können, wäre die Verstärkung der Energieerzeugung eine Grundvoraussetzung. Das würde vor allem bedeuten, technologieoffen alle Innovationen und Konzepte zu fördern, die diese Effizienz und Kompatibilität versprechen. Dazu zählen auch die Forschung im Bereich moderner Kernenergie und im Bereich der Effizienzsteigerung aller vorhandener Energieerzeugungstechnologien.



Rakotzbrücke im Azaleen- und Rhododendronpark Kromlau

Da Deutschland sich entschieden hat, nicht länger auf fossile Energieträger zu setzen, entstehen Versorgungslücken, die durch den Zukauf von Kilowattstunden und Energieträgern aus dem Ausland ausgeglichen werden. Das geht nicht ohne möglichst gute Handelsbeziehungen zu möglichst vielen anderen Nationen. Schwierig gestaltet sich seit mehr als einem halben Jahrzehnt die Zusammenarbeit mit Russland. Die Sanktionspolitik schottet die EU und damit Deutschland sowie die Lausitz vom Markt östlich der EU vollkommen ab. Dieser wächst jedoch zunehmend und gestaltet die Weltwirtschaft mit. Uns ohne Not von dieser Entwicklung abzuschneiden, erscheint unklug. Über Jahrzehnte hatte die Region Lausitz stabile und verlässliche Wirtschaftsbeziehungen zu Russland unterhalten, die nun brach liegen. Die finanziellen Verluste für die regionalen Unternehmen sind immens.

Darüber hinaus gefährdet die Sanktionspolitik die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2, da diese zum Ideologieprojekt der westlichen Demokratien erklärt wurde. Die umwelt- und wirtschaftspolitisch Souveränität Deutschlands wird dadurch geschwächt. Nord Stream 2 bietet die Möglichkeit, die Energieversorgung Deutschlands zunächst mit Erdgas, später mit Wasserstoff sicherzustellen. Auch die Lausitz würde davon direkt profitieren. Sie hätte die besten Voraussetzungen, um mit diesen Energieträgern Deutschland und Teile Mitteleuropas zu versorgen. Die Existenz kleinerer und mittelständischer Unternehmen wäre gesichert. Anschlussfähig an die geplanten Strukturentwicklungspläne wäre das ebenfalls – gerade im Hinblick auf die Debatte um die Wissenschaftsstandorte.

Es ist jetzt die Aufgabe des Staates, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich auch aus der Lausitzer Bevölkerung heraus neue Unternehmen ansiedeln können.

Die Grenznähe zu Polen stellt eine weitere Herausforderung dar. Rechnet man alle geplanten steuerfinanzierten Investitionen gegen, ist die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone ernsthaft zu erwägen. Erfahrungen zu dieser Strukturmaßnahme existieren in anderen Ländern bereits seit mehreren Jahrzehnten. Der nächste Schritt muss sein, die gegenwärtige

Lausitzer Wirtschaftsregion in diese Richtung pragmatisch weiterzuentwickeln. Es wäre ein nachhaltiges Leuchtturmprojekt, welches eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den kleinen und mittelständischen Unternehmern der Region finden würde. Die Lausitz hätte eine gute Chance, eine selbständige Region im Herzen Europas zu bleiben, wirtschaftlich überregional zu wirken und die Heimat künftiger Generationen zu werden.

¹ <https://www.rnd.de/politik/bundestag-beschliesst-kohleausstieg-bis-spaetestens-2038-594f7433-f217-4268-9829-1c978c3c33cf.html>, abgerufen am 10.07.2021.

Bis heute befinden sich Altanlagen des Kraftwerks Boxberg im Rückbau. So wurden die beiden Werke 1 und 2 mit insgesamt zwölf Blöcken mit je 210 MW im Zeitraum von 1993 bis 1998 stillgelegt. Am 13. April 2006 wurden vier der gesamt neun unbenutzten Kühltürme des Altwerkes gesprengt.







#guidoauf tour:
Großkraftwerk Mannheim AG (GKM)
mit Heinrich Koch
Meerjungfrauen im Rhein

Guido:
Ich fühle mich in Mannheim sehr wohl, weil mich viel an das Ruhrgebiet erinnert: die Leute sprechen einen charmanten Dialekt und es gibt Kohlekraftwerke wie zum Beispiel das GKM, das direkt hinter uns steht. Das GKM ist eins der modernsten Kohlekraftwerke der Welt. Heinrich, du bist Fachmann.

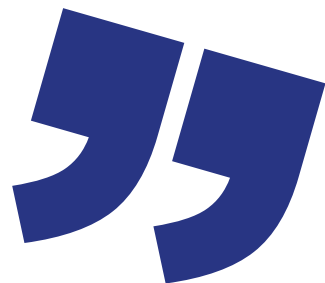


Heinrich:
Ich bin waschechter Mannheimer und bin zur AfD, weil ich den Niedergang unserer Industrie nicht mehr ertragen konnte. Ich bin über den zweiten Bildungsweg erst zur Bundeswehr, Offizier geworden, habe dann Maschinenbau und Wirtschaftsingenieur studiert und dann an der Uni Graz einen Master of Ingenieur draufgesetzt. Ich komme von hier, aus Rheinau im Mannheimer Süden, also aus der direkten Nachbarschaft des GKM. Ich bin hier schon als Jugendlicher herumgezogen und nehme all diese Veränderung in die falsche Richtung, diese vielen kleinen Schritte, sehr deutlich wahr. Von der Politik bin ich maßlos enttäuscht. Ich ertrage nicht mehr, wie versucht wird, unseren technologischen Vorsprung mit kruder Ideologie zunichte zu machen. Darum engagiere ich mich für die AfD.

Guido:
Wir haben in Deutschland und in der EU beschlossen, uns zu dekarbonisieren, aus der Kohle auszusteigen und Kraftwerke wie das GKM zu schließen. Spätestens 2034 soll für das GKM Schluß sein. In der Konsequenz bedeutet das: Arbeitsplätze weg, Energiesicherheit gefährdet.

Heinrich:
Für mich ist das dekadent – eine Art technische Dekadenz. Soetwas gefährdet unsere Daseinsvorsorge und die Autarkie unserer Stromerzeugung. Heute haben wir Glück mit dem Wetter. Die Sonne scheint. Aber gestern war es kalt, düster und windstill. Woher soll dann die Solar- und die Windenergie kommen? Wir vernichten modernste Ingenieurskunst in Deutschland und kaufen Atomstrom in Frankreich und Polen. Das Knowhow unserer Handwerker, Elektriker und Kraftwerksbauer wird wertlos, weil sie damit kein Geld mehr verdienen können, und dann kommt ein grüner Sozialpädagoge und sagt uns, wir sollen die Wärme aus dem Wasser ziehen. Heute haben wir 4 Grad. Wie soll das funktionieren?

Guido:
Deutschland ist Weltmarktführer beim Kraftwerksbau. Unsere Kraftwerke haben die höchste Effizienz und die beste Filtertechnik. Das Ding ist fast neu und soll schon wieder schließen. Aber wer in jedem Akku einen Kobold vermutet, der heizt im Winter auch mit den warmen Fluten des Rheins. Und demnächst werden bei uns Meerjungfrauen die Energieversorgung sichern.



#guidoauf tour:
Brennpunkt Mannheim Hochstätt
mit Rüdiger Ernst
Migranten bei Laune
halten

Rüdiger:

Ich bin Kreissprecher der AfD und im Stadtrat – wo alle Probleme Mannheims besprochen werden. Die eine Seite Hochstätt mit der SAP Arena ist kein Problem. Sie ist sogar ein Highlight der Stadt. Die andere Seite dagegen, die mit dem zweitgrößten Rangierbahnhof Deutschlands, ist ein echter Brennpunkt.

Guido:

Hochstätt ist – anders als die Benz-Baracken, in denen vor allem Deutsche leben – ein Multikulti-Problem-Stadtteil. Wir sind gerade mit dem Auto durchgefahren – so mutig waren wir – aber parken jetzt mit einem Sicherheitsabstand von etwa 300 Metern für den Videodreh. Welche Probleme gibt es in Hochstätt?

Rüdiger:

Wir haben viel Armutseinwanderung, vor allem Roma aus Bulgarien und Rumänien, die alle im sozialen Wohnungsbau landen. Das sind schön sanierte Blöcke mit schlecht integrierten Migranten. Sie bleiben arbeitslos und leben in Parallelgesellschaften. Die Deutschen sind dort zur Minderheit geworden und fühlen sich nicht mehr wohl. An den Schulen sind es die deutschen Kinder, die unterdrückt und bedrängt werden. Besonders traurig ist, dass es sich nicht mehr nur um Hochstätt handelt, sondern dass wir diese Problem mittlerweile in allen Stadtteilen beobachten können.

Ich mache mir Sorgen, was wird, wenn die Stadt nicht mehr so viel Geld haben wird. Im Moment können wir noch einiges mit Sozialarbeitern und allen möglichen Projekten notdürftig zupflastern, aber die Wirtschaftskrise ist bereits da. Im Vergleich zum Ruhrgebiet geht es uns zwar noch gut, aber aus meiner Sicht ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis uns das Geld ausgeht. Spätestens dann, wenn sie damit fertig sind die industrielle Basis unseres Landes zu zerstören.

Wenn die großen Firmen erst einmal ihre ganze Produktion in Schwellenländer verlagert haben und es bei uns keine Wertschöpfung mehr gibt, wie sollen wir dann nur mit Verwaltung, Behörden und Dienstleistungen unseren Lebensstandard halten? Und wenn wir unseren Lebensstandard nicht halten können, wie wollen wir dann die Zugewanderten bei Laune halten?



#guidoauf tour:
Mannheim, Stadtteil Käfertal
mit Frank Winter
Engagiert euch!



Guido:

Ein langer Tag mit einer Stadtbesichtigung der etwas anderen Art neigt sich dem Ende zu. Es wird schon dunkel. Das wichtigste Thema haben wir bis zum Schluß aufgespart: Armut in Deutschland.

Es gibt tatsächlich immer mehr Menschen in unserem Land, die nicht genug Geld haben, um sich Essen zu kaufen. Das Angebot der Tafeln wird zunehmend wichtiger. Es gibt mittlerweile fast tausend Tafeln, die eineinhalb Million Menschen mit kostenlosen Nahrungsmitteln unterstützen. Bei mir ist Frank, ein Lebensmittel-Retter.

Frank:

Ich arbeite ehrenamtlich im Stadtteil Käfertal und helfe bedürftigen Menschen. Wir sind fast täglich mit unseren Privatautos unterwegs und retten Lebensmittel – aus Discountern, Supermärkten, Bäckereien und wo immer Lebensmittel übrig sind. Die verteilen wir dann an Bedürftige. Zu denen gehören auch viele Deutsche, nicht nur Migranten. Es gibt Menschen, die tagtäglich ums Überleben kämpfen, die zwei oder drei Jobs haben und dennoch nicht genug verdienen, um sich Essen kaufen zu können. Einige haben gar keine Zeit mehr, sich ums Essen zu kümmern, weil sie rund um die Uhr arbeiten. Wir retten täglich mehrere hundert Kilo Lebensmittel. Es geht mir darum, die Überproduktion und Verschwendung von Nahrungsmitteln im Bereich meiner Möglichkeiten einzudämmen, aber vor allem geht es mir darum, den Menschen zu zeigen, dass sie nicht im Stich gelassen werden, dass es noch jemanden gibt, der an sie denkt, der sich den Hintern aufreißt und bei Wind und Wetter, egal ob es regnet oder schneit, dasteht.

Guido:

Ich habe selber zehn Jahre lang ältere Menschen zum Einkaufen gefahren. Die wären zwar nicht verhungert, aber die haben sich unheimlich darüber gefreut, mit jemanden reden zu können und ernst genommen zu werden. Wer schon einmal anderen geholfen hat, weiß, dass Helfen glücklich macht. Geld spenden ist gut und schön, aber selbst Hand anzulegen ist etwas ganz anderes. Und vor allem lernt man dadurch echte Probleme und das wahre Leben kennen.

Frank:

Wenn man Geld spendet, kann man nie sicher sein, dass es nicht irgendwo versickert. Ich habe früher gespendet, aber irgendwann damit aufgehört und mir stattdessen überlegt, wo ich anpacken kann. Armut in einer Überflussgesellschaft – das war mein Thema. Alle Lebensmittel, die wir nicht retten, werden weggeschmissen. Jährlich werden Millionen von Tonnen Lebensmittel in Deutschland weggeschmissen. Weil nicht genug Retter da sind. Engagiert euch! Werdet Lebensmittelretter! Es ist wichtig, dass man nicht nur an sich selbst denkt, sondern auch an die, die ganz unten sind. Man muss etwas zurückgeben.

WIE ENTSTEHT STRUKTURWANDEL?

1. Die Nachfrage ändert sich. Neue Moden entstehen.
So wollte auf einmal niemand mehr Plauener Spitzen vor sein Fenster hängen oder als Kragen tragen. Ein jüngstes Beispiel sind vegane Lebensmittel, die vor wenigen Jahren in Mode gekommen sind und nun eine immer weitere Verbreitung finden.
2. Vielfach liegt dem Wandel der Strukturen ein technischer Fortschritt zugrunde.
So sind Kodak-Filme ein Nischenprodukt und Spiegelreflex-Kameras etwas für Liebhaber geworden, seit Handys mit leistungsfähigen Kameras ausgestattet sind.
3. Die Öffnung von Märkten spielt ebenfalls eine Schlüsselrolle. Hier bietet sich die Textilindustrie als klassisches Beispiel an. Die Zahl der Beschäftigten sank innerhalb von wenigen Jahrzehnten dramatisch. Während 1960 noch 620.000 Beschäftigte in der heimischen Textilindustrie arbeiteten und Deutschland nur 16 Prozent seiner Bekleidung importierte, arbeiten heute nur noch 130.000 Beschäftigte in diesem Bereich. Der Großteil aller in Deutschland verkauften Textilien stammt aus dem Ausland. Schuld daran sind Billigimporte aus Ostasien.
4. Und nicht zuletzt ist die Qualifikation der Beschäftigten entscheidend: Geringqualifizierte (ohne Berufsausbildung) sind häufiger arbeitslos als Menschen mit einem Berufsabschluss. Das gilt gerade in Regionen, die einen massiven Strukturwandel durchlaufen. Die geringste Gefahr, (dauerhaft) arbeitslos zu bleiben, haben Hochqualifizierte. In Gebieten mit vielen Hochqualifizierten gibt es nach einem Strukturwandel deutlich weniger Arbeitslose, während es in Regionen wie dem Ruhrgebiet viele ungelernete ehemalige Bergleute gibt.

1990 ist vor allem bekannt als das Jahr der deutschen Wiedervereinigung, aber es ist auch das Jahr, in dem der Weltklimarat (Intergovernmental Panel of Climate Change – IPCC) seinen ersten Sachstandsbericht veröffentlichte und davon sprach, dass die Temperatur der Erde in den letzten Jahren gestiegen sei und man davon ausgehe, dass die Temperatur auch weiter steigen würde.⁵⁹ Dieser Bericht wurde zur Grundlage für die UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC), die 1992 auf dem „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro verabschiedet wurde. Die Industriestaaten wurden „unverbindlich“ dazu aufgerufen, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 einzupendeln. Die EU, die damals noch aus 12 Mitgliedsstaaten bestand und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hieß, willigte ein und versprach außerdem, sich um erneuerbare Energien und um mehr Energieeffizienz zu bemühen.⁶⁰ 1990 wurde damit zu einem klimapolitischen Fixpunkt, der bis heute als Referenz gilt.⁶¹

1997 bekam der unverbindliche Aufruf der UN-Klimarahmenkonvention auf einer Folge-Konferenz in Kyoto einen Anhang, der als Kyoto-Protokoll bekannt wurde. Industrieländer, die diesen Anhang ratifizierten, verpflichteten sich, ihre Treibhausgase spätestens bis zu dem Zeitraum 2008 – 2012 um 5,2 Prozent zu senken. Die Bezugsgröße war wieder das Jahr 1990.

Der EU – jetzt schon aus 15 Mitgliedsstaaten bestehend – reichte das nicht. Sie ging noch ein paar Schritte weiter und verpflichtete sich (zusammen mit der Schweiz), ihre Treibhausgasemissionen um acht Prozent zu senken. Allerdings gelten diese acht Prozent nicht für jeden EU-Mitgliedsstaat gleichermaßen, sondern für die Summe aller Mitgliedsstaaten. Die nationalen Reduzierungsziele der einzelnen Mitgliedsstaaten wurden vom Rat sehr unterschiedlich festgelegt.

Bis heute haben 191 Länder das Kyoto-Protokoll ratifiziert, nicht jedoch die USA. US-Präsident Bill Clinton hatte das Protokoll zwar zunächst unterschrieben, aber danach ist es vom Senat nicht mehr ratifiziert worden. George Bush junior hatte dann später die Unterschrift wieder zurückgezogen. Die USA kritisierten, dass die Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls nur für die Industrieländer gelten, nicht aber für die Entwicklungs- und Schwellenländer wie zum Beispiel Indien und China.

So ist die Höhe der US-amerikanischen CO₂-Emissionen seit Jahrzehnten stabil geblieben – wenn man sich die absoluten Zahlen ansieht. In Relation zu anderen Ländern gab es aber dramatische Veränderungen. Während die USA 1997 über ein Viertel aller CO₂-Emissionen weltweit verursachten, sind es 2019 nur noch 14,5 Prozent.⁶² Im gleichen Zeitraum hat China seine CO₂-Emissionen vervielfacht und ist das Land mit den höchsten Treibhausgas-Emissionen der Welt geworden (28 Prozent).⁶³

Für die EU scheint das ein Ansporn zu sein, Treibhausgase noch entschlossener zu reduzieren und die Welt noch vorbildlicher zu retten – auch wenn die gesamte EU weniger als ein Drittel dessen emittiert, was China ausstößt. Die Bedrohung der Welt und der Menschheit durch den Klimawandel sei laut EU so imminent, daß sie mit gutem Beispiel voranzugehen habe, um Überschwemmungen durch die Erhöhung des Meeresspiegels, Trinkwasserknappheit, Veränderungen in den Ökosystemen, Waldbrände, Stürme, Hitzewellen und dadurch eine grundsätzliche Beeinträchtigung der Lebensgrundlage aller Menschen dieser Welt zu verhindern.⁶⁴

Tatsächlich ist der Anteil von CO₂ am Gesamtvolumen der Luft eher gering – nämlich nur 0,04 Prozent. Von diesen 0,04 Prozent sind nur vier Prozent menschengemacht. Die restlichen 96 Prozent sind natürlichen Ursprungs. Am Gesamtvolumen der Luft hat das menschengemachte CO₂ also einen Anteil von 0,0016 Prozent. Deutschland ist für zwei Prozent dieser menschengemachten 0,0016 Prozent verantwortlich, also für 0,00003 Prozent. Wie es möglich sein soll, selbst bei vollständiger Vermeidung von Emissionen in Deutschland die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist völlig unklar.

Davon unbeeindruckt setzte sich die EU 2007 das Ziel, bis zum Jahr 2020, die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energie um 20 Prozent zu steigern.⁶⁵ Ursula von der Leyen hat diese bereits sehr ambitionierten Ziele noch höher gesteckt. Unter ihrer Kommissionspräsidentschaft hat sich die EU dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2030 vierzig Prozent weniger Treibhausgase zu emittieren, die

benötigte Energie um 32,5 Prozent effizienter zu nutzen und mindestens 32 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen.

Diese Zielsetzungen werden von zahlreichen Maßnahmen der Brüsseler Bürokratie begleitet: unter anderem von einer Richtlinie zu erneuerbaren Energien, einer Richtlinie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂, einer Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen und einer Richtlinie zum Europäischen Emissionshandelssystem, dem ersten europäischen Programm zur Klimaänderung (First European Climate Change Programme – ECCP).⁶⁶ Das ECCP war im Jahr 2000 von der Europäischen Kommission eingeführt worden und fünf Jahre später in ein Handelssystem mit Emissionszertifikaten (European Union Emissions Trading System – EU-ETS) umgewandelt wurde.⁶⁷ Damit hatte die Kommission das erste bedeutende Emissionshandelssystem der Welt geschaffen.⁶⁸ Es umfasst 40 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU-Mitgliedsstaaten sowie Islands, Liechtensteins und Norwegens. Offizielles Ziel ist, die Emissionen der verarbeitenden Industrie, der Stromerzeuger und des innereuropäischen Flugverkehrs zu kontrollieren und einzugrenzen.

Aus deutscher Perspektive ist vor allem eine weitere Verordnung problematisch, die sich mit den CO₂-Emissionen von Neuwagen befasst, weil sie die deutsche Automobilindustrie einseitig belastet und dadurch den Wettbewerb verzerrt. Deutsche Firmen sind Marktführer bei der gehobenen Mittelklasse, bei großen Limousinen und bei Sportwagen mit leistungsstarken Motoren. Diese dürfen in Zukunft nur noch so viel CO₂-Emissionen absondern wie französische und italienische Kleinwagen, die gar nichts werden ändern müssen. Sie erfüllen bereits alle Klimavorgaben, obwohl ihre Motoren deutlich ineffizienter sind. Das ist innovationsfeindlich und gefährdet den Automobilstandort Deutschland.⁶⁹

Die Europäische Kommission gibt zu, dass die Kosten ihrer Maßnahmen „schwer abzuschätzen“ seien und sich „beträchtlich“ erhöhen würden, falls sich die anderen grossen Verursacher von Treibhausgasen nicht an ihnen beteiligen.⁷⁰ Dieser Punkt hat sich längst erledigt. Deutschland und die EU gehen mit gutem Beispiel voran, aber kein anderes Land der Welt zeigt auch nur das geringste Interesse daran, zu folgen.

So konnte die EU ihre Emissionen im Zeitraum von 1990 bis 2008 um 11,3 Prozent senken,

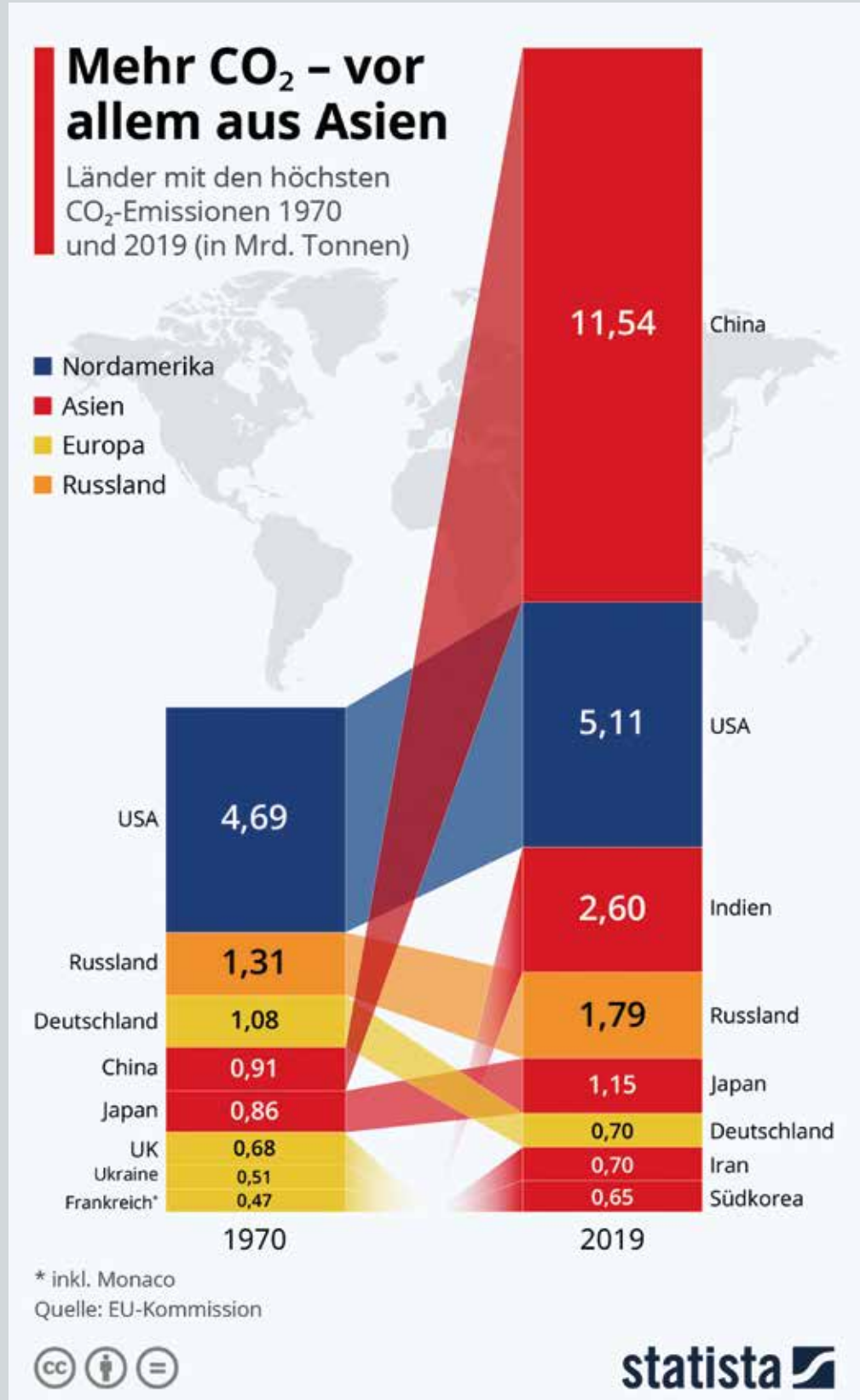
Deutschland sogar um 21,4 Prozent. In absoluten Zahlen hat Deutschlands seinen CO₂-Ausstoß von 950 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf heute 700 Millionen Tonnen reduziert – ein großer Erfolg, der sich aber global betrachtet „in Luft auflöst“, weil im gleichen Zeitraum China seinen CO₂-Ausstoß um 300 Prozent auf über 10 Milliarden Tonnen erhöht hat, Indien um 350 Prozent, Saudi-Arabien um 215 Prozent und der Iran um 270 Prozent.⁷¹

Diese Länder industrialisieren und motorisieren. Die Bevölkerung wächst rasant; die neuentstandene Mittelschicht folgt unserem Wohlstandsmodell – mit allen Konsequenzen. China hat die Vereinigten Staaten bereits 2007 als größter Emittent von Treibhausgasen überholt. Nur beim pro-Kopf-Ausstoß liegen die USA mit über 15 Tonnen CO₂ pro Person noch vorn. Dennoch hat China längst Industriestaaten-Niveau. Mit 6,84 Tonnen pro Person liegt es zwischen Österreich (6,96 Tonnen) und Norwegen (6,78 Tonnen). Zum Vergleich: Das Exportland-Deutschland hat einen pro-Kopf-Ausstoß von 8,4 Tonnen und die Atomstrom-Nation Frankreich von 4,51 Tonnen.⁷²

Trotzdem gilt China nach wie vor als Entwicklungsland und tut alles dafür, diesen Status zu behalten. Die Kyoto-Ziele werden für China in absehbarer Zeit nicht gelten. China setzt die eigene wirtschaftliche Entwicklung an die erste Stelle. Die EU dagegen scheint bereit zu sein, die eigene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Altar des Klimaschutzes zu opfern.⁷³

In einer global vernetzten Wirtschaft entpuppen sich die Nachteile für Unternehmen in einem Land – oder einer transnationalen Einflussosphäre wie der EU – meistens auch als Wettbewerbsvorteile für Unternehmen in einem anderen Land, in dem dann nämlich die gleichen Produkte mit weniger Umweltauflagen hergestellt werden können.

Statt Emissionswerte zum regionalen Fetisch zu erheben, wäre es wirtschaftlich klüger und global gesehen weitaus klimafreundlicher, wenn Deutschland den Klimawandel vor allem dadurch bekämpfen würde, die eigene, saubere Energietechnologie zu exportieren, die es Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ermöglicht hat, trotz steigender Wertschöpfung die ausgestoßenen Treibhausgase auch in absoluten Zahlen stark zu reduzieren.⁷⁴



DIE GLOBALE FÜHRUNGSROLLE

DER EU ODER DIE VERSUCHUNG

Es drängt sich die Vermutung auf, dass die EU versucht, durch ihre Klimapolitik eine spezifische EU-Identität auf die internationale Bühne zu projizieren und eine „globale Führungsrolle“ einzunehmen.⁷⁵

Unterstützt wird diese Vermutung dadurch, dass die EU dieselbe Strategie auch in der Entwicklungshilfe einsetzt. Sie ist mittlerweile der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe. Kommissionspräsidenten und Kommissare gleichermaßen werden nicht müde zu betonen, wie wichtig es sei, die eigenen Anstrengungen zu verstärken und endlich das UN-Ziel von 0,7 Prozent zu erreichen: Die UN hatte es sich am 24. Oktober 1970 gesetzt.⁷⁶ Reiche Länder sollten ihre Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe auf 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) erhöhen (sogenannte ODA-Quote). Bis heute ist das nicht erreicht. Auf den ersten Blick scheint das eine moralische Bankrotterklärung zu sein, tatsächlich aber ist ein Großteil der Entwicklungshilfe derart fehlgeleitet, dass man darüber froh sein muss.

Michael Clemens und Todd Moss vom amerikanischen Center for Global Development halten das 0,7-Prozent-Ziel für willkürlich. Die Zahl würde auf Voraussetzungen basieren, die heute nicht mehr zuträfen. Auch sei ein Prozentsatz nicht das richtige Kriterium, um die Effektivität von Entwicklungshilfetransfers zu beurteilen. Zudem werde die Illusion erzeugt, diese Summe entspräche genau dem Betrag, den es bräuchte, um das Armutsproblem zu lösen. Es sei aber viel sinnvoller, die echten Bedürfnisse der Empfängerstaaten herauszuarbeiten und zu untersuchen, wie sich das gezahlte Geld auf die Entwicklung dieser Länder.⁷⁷



EINES FALSCHEN GOTTES

Richard Thomas, ehemaliger Berater der britischen Regierung, wird noch deutlicher und bezeichnet das 0,7 Prozent Ziel als „einen falschen Gott“. Die Forderung, fortdauernde Hilfsgelder in konstanter Höhe an arme Länder zu überweisen, führe dazu, dass nationale Entwicklungsinstitutionen wie das britische Department for International Development (DfID) zögerten oder es sogar ablehnten, Korruption aufzudecken.⁷⁸

Von solchen Erwägungen unbeeindruckt will die EU auch in der Entwicklungspolitik „Verantwortung“ und eine „globale Führungsrolle“ übernehmen.⁷⁹ Dabei argumentiert sie wie bei der Klimapolitik: Die EU habe ihre politischen Versprechen einzuhalten. Verbindliche Maßnahmen seien einzuführen⁸⁰ und innerhalb des Zeitrahmens der Agenda 2030 haben die 0,7 Prozent endlich umgesetzt zu werden.⁸¹

Die Zahlen sind willkürlich: ob nun 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe oder eine um 32,5 Prozent effizientere Energienutzung für Klimaschutz. Die Effektivität der Maßnahmen ist in beiden Bereichen unklar. Maßnahmen und Zahlen zusammen erzeugen jedoch die Illusion, eine Situation beherrschen zu können. Gleichzeitig verweigern sie sich einem offenen, wissenschaftlichen Diskurs, indem vorab ein moralisches Spielfeld abgesteckt wird. Man beschränkt sich auf Modellrechnungen und die Hoffnung, das schon wirken wird, was weh tut. Das ist nicht wissenschaftlich, sondern schamanisch.

VORSICHT VOR DEM KLIMANOTSTAND

Während die EU-Kommission im Oktober 2015 im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Paris stolz die „Führungsrolle“ der EU bei der Verminderung von Treibhausgasemissionen betonte,⁸² verwies Frank Umbach, Forschungsdirektor des European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS) am King's College in London darauf, dass bisher keiner der großen Treibhausgas-Emittenten wie die USA, China, Indien oder Brasilien dem EU-Beispiel „folgen“ würde. Die Idee der „Führungsrolle“ sei nichts als eine schöne Illusion.⁸³

Im Gegenteil verschlechterte sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, sodass der Rest der Welt bemüht sei, dem EU-Vorbild dezidiert nicht zu folgen. 2013 hatte die Internationale Energieagentur (IEA) darauf hingewiesen, dass sich der EU-Anteil am globalen Exportmarkt für energieintensive Güter von derzeit 36 Prozent bis 2035 um weitere 10 Prozent verringern werde.⁸⁴ Damit war vor allem Deutschland als größte Exportnation der EU gemeint. Das hielt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel jedoch nicht davon ab, in Paris auf ein umfassendes und verbindliches Klimaabkommen zu drängen.⁸⁵

Mit dem Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 verpflichteten sich die Vertragspartner dazu, die globale Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Selbstverpflichtung, die im Jahr 2023 wieder überprüft werden soll. Ein verbindliches Monitoring gibt es bis heute nicht. Für Hans-Werner Sinn, den ehemaligen Präsidenten des ifo Instituts, enthielt das Klimaabkommen vor allem „moralische Appelle“ und „Lippenbekenntnisse“ und keineswegs Instrumente, die andere Länder dazu bewegen könnten, der EU zu folgen.⁸⁶

So sagte China – mit einem Viertel des weltweit ausgestoßenen CO₂ der größte Emittent – im Pariser Klimaabkommen lediglich zu, dass seine Emissionen um das Jahr 2030 herum ihren Höhepunkt erreichen werden. Bis dahin möchte China sein Ziel eines „moderaten Wohlstands“ erreicht haben. Außerdem ist 2030 das Jahr, in dem China mit dann knapp 1,5 Milliarden Einwohnern seinen demographischen Höhepunkt erreicht haben wird. Erst danach werden die geburtenstarken Jahrgänge, die Eltern der Einzelkinder, sterben und die Bevölkerungszahl zu sinken beginnen. China hatte also nur zugesagt, was ohnehin passieren wird.

Als Xi Jinping fünf Jahre später bei einer Generaldebatte der UN-Vollversammlung ankündigte, bis zum Jahr 2060 klimaneutral zu werden, feierten das Klimaschützer als einen Erfolg der EU-Klimapolitik.⁸⁷ Das erscheint abwegig. Bis 2060 wird China „nur“ noch von 1,2 Milliarden Menschen bewohnt sein, die dann auch nur noch ein Zehntel der Weltbevölkerung ausmachen werden. Es ist zu vermuten, dass die Welt dann schon ganz andere Probleme haben wird als die EU-Klimapolitik und das Pariser Klimaabkommen.

WIE NAIV KANN MAN SEIN?

China hat einen sehr praktischen Politikansatz. Kein Land stößt mehr Treibhausgase aus als China oder baut mehr Kohlekraftwerke – im Inland für den eigenen, stets wachsenden Bedarf und im Ausland als Exporteur von Kraftwerks-Ausrüstung und Know-how. Damit hat China einen wesentlichen Anteil daran, die Pariser Klimaziele global zu unterwandern.⁸⁸ Das chinesische Narrativ sieht dagegen die Klimaziele als „nice-to-have“ an, die aber dem Primat der Wirtschaftspolitik unterzuordnen sind.

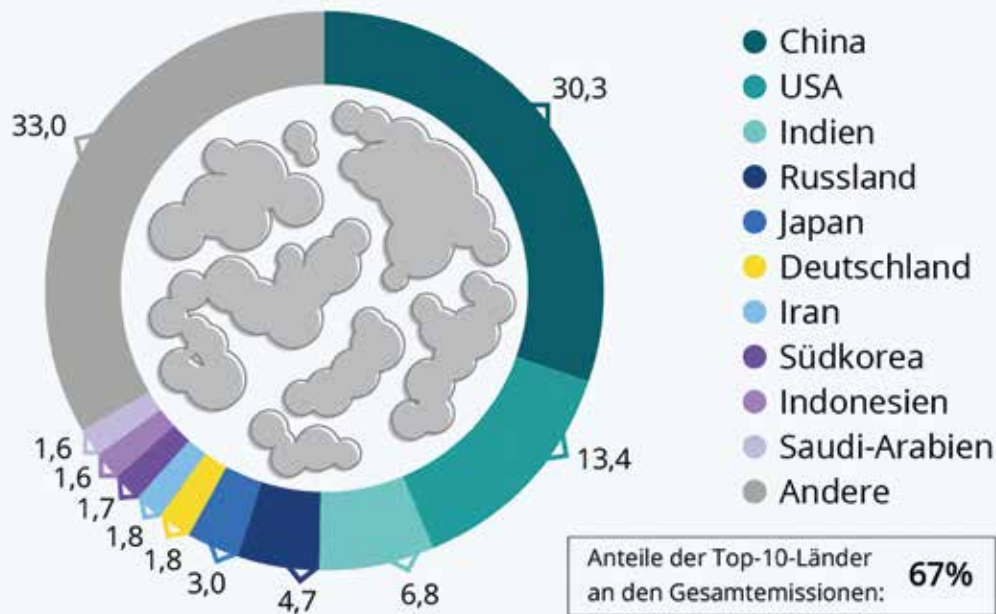
Gemäß dem Klimaabkommen sollen die nationalen Reduktionsverpflichtungen alle fünf Jahre überarbeitet und verschärft werden. Bis Ende 2020 hatten aber nur 70 von fast 200 Unterzeichner-Staaten ihre Verpflichtungen auch tatsächlich aktualisiert. China gehörte nicht dazu.⁸⁹

Während die USA unter Trump im November 2019 ihre schriftliche Austrittserklärung aus dem Klimaabkommen bei der UN einreichten, rief das EU-Parlament wenige Wochen später den Klimanotstand aus. Zudem forderte es die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf, die selbstgesteckten Klimaziele zu verschärfen und bis 2030 die Emissionen um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken.⁹⁰

Die EU glaubt, sie rettet die Welt. Tatsächlich hat sie sich selbst an realitätsferne Paragraphen gekettet und ist gerade dabei, die Schlüssel wegzuerfen.

10 Länder verursachen zwei Drittel der CO₂-Emissionen

Anteil der Länder an den weltweiten CO₂-Emissionen 2019 (in %)

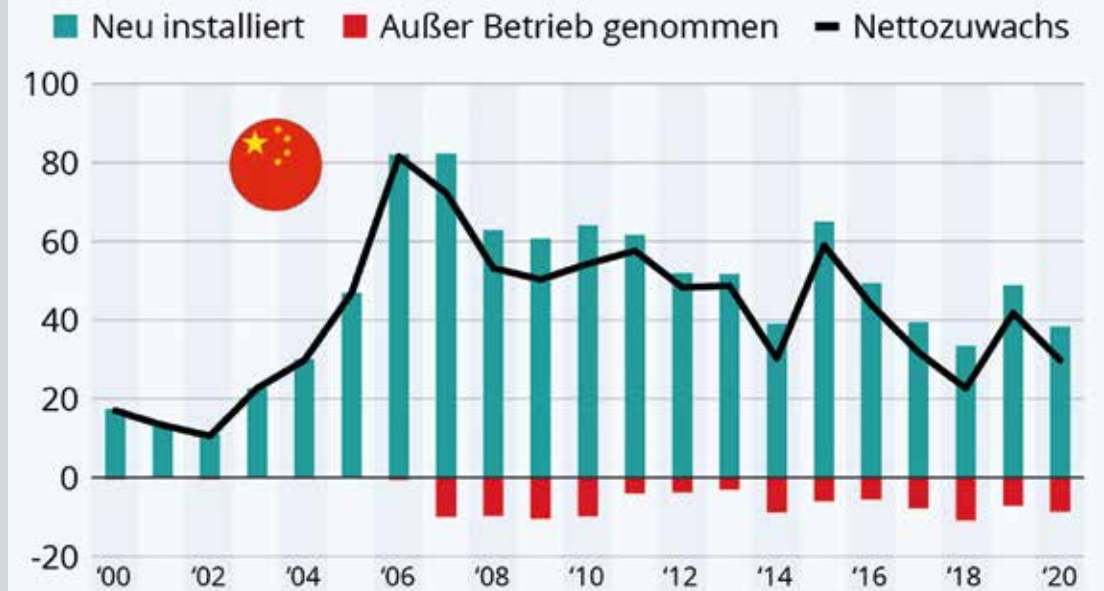


Quelle: EU-Kommission, Statista-Berechnung



So viel Kohlekraft installiert China jährlich neu

Leistung der neu installierten und außer Betrieb genommenen Kohlekraftwerke in China (in Gigawatt)



Quelle: Global Coal Plant Tracker



Zu Beginn ihrer Amtszeit, im Dezember 2019, stellte die Kommissionspräsidentin der EU, Ursula von der Leyen, „ihren“ Green Deal vor. Tatsächlich kursierten in den USA schon seit Anfang der 2000er Jahre Ideen für einen Green New Deal in Anlehnung an den New Deal des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, der unter dieser Bezeichnung in den 1930er Jahren umfangreiche Reformen durchführte, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu bekämpfen. Der Ökosozialist (Selbstbeschreibung) und Mitgründer der Grünen in den USA, Howie Hawkins, warb bereits 2010 mit einer Green New Deal-Kampagne für sich, als er Gouverneur im Staat New York werden wollte. Er scheiterte.⁹¹ Ihm folgten im Februar 2019 Alexandra Ocasio-Cortez (AOC) und Edward Markey, zwei demokratische Politiker. Sie legten einen Gesetzesentwurf zur Einführung des Green New Deals vor.

Die nicht zu hinterfragenden Prämissen waren, dass sich erstens die Erde erwärme, dass dies zweitens schlecht und drittens der Mensch daran schuld sei. Viertens würden Großbrände, Hitzewellen, Dürren, schwere Stürme und andere extreme Wetterereignisse drohen, wenn wir nicht fünftens die Erderwärmung begrenzen – auf nicht mehr als 1,5 Grad. Sechstens und letztens sei die Steuerung der Erderwärmung dem Menschen tatsächlich auch möglich, wenn er nur emissionsfrei würde.

Diese Prämissen wurden einerseits verbunden mit einem Plädoyer gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung, dem sich auch jeder konservative Wähler sofort anschließen könnte, und andererseits wurden sie eingebettet in einen ideologischen Überbau, demzufolge Klimawandel rassistisch und sozial ausgrenzend sei, weil er vor allem Migrant*innen, Farbige, Frauen, Geringverdiener, Ureinwohner, Obdachlose, Behinderte und noch andere „Randgruppen“ benachteilige. Deshalb müsse der Green New Deal auch Rassendiskriminierung, Einkommensunterschiede und Geschlechterungleichheiten bekämpfen, sowie schutzbedürftige Gruppen schützen.

Um das zu erreichen, schlugen AOC und Markey einen zehnjährigen Plan vor, dessen Kernpunkte 100 Prozent erneuerbaren Strom, energieeffiziente Gebäude, emissionsfreie Elektroautos und klimaneutrale Hochgeschwindigkeitszüge waren.⁹²

AOC und Markey scheiterten mit „ihrem“ Green New Deal vor dem US-amerikanischen Senat. Anders Ursula von der Leyen. Sie war mit „ihrem“ Green Deal in der EU bisher sehr erfolgreich.

Sie war kurz nach der EU-Wahl überraschend von Angela Merkel für das Amt der Kommissionspräsidentin vorgeschlagen worden. Es dauerte ein halbes Jahr, bis das in seiner Ehre gekränkte EU-Parlament bereit war, sie zu wählen. Ursula von der Leyen hatte von Anfang an klar gemacht, dass der Green Deal das Herzstück ihrer Amtszeit werden würde und stellte nach ihrer Wahl ihr Kommissaren-Kabinett entsprechend auf. Es verwundert ein wenig, wie sie es in ihrer vorherigen, sechsjährigen Amtszeit als Bundesministerin der Verteidigung geschafft hat, eine solche ressortfremde Herzensangelegenheit zu nähren, um diese dann punktgenau einem zwar überrumpelten, aber überwiegend links-grün denkendem EU-Parlament zu präsentieren.

Derweil warb in den USA nun auch Bernie Sanders, US-Senator aus Vermont, während seines zweiten Versuchs, Präsident zu werden, mit einem Green New Deal. „Sein“ Green New Deal folgte AOC and Markey, setzte aber leicht veränderte Schwerpunkte. Das ist ein sehr beliebtes und effektives Propaganda-Mittel. Der Diskurs verändert sich nicht, sondern verschiebt sich nur. Es geht nicht mehr um die Frage, ob eine Maßnahme gut und richtig ist, sondern nur noch darum, wie umfangreich diese zu sein hat. So wollte Sanders die US-amerikanischen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 sogar um 70 Prozent senken und zudem einen

Klimanotstand ausrufen. Letzterem Vorschlag kam das EU-Parlament ein paar Monate später gerne nach. Sanders verband „seinen“ Green New Deal außerdem mit dem Anspruch, 20 Millionen neue Jobs zu schaffen und versprach zahlreiche Wohltaten wie zum Beispiel, dass ein Arbeitnehmer, der in einem Bereich mit einem hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen arbeitet, nach seiner klimaschutzbedingten Kündigung fünf Jahre lang das aktuelle Gehalt weiter beziehen solle. Er versprach außerdem Wohngeld, Gesundheitsfürsorge, Renten- und Vorruhestandsunterstützung, Berufsausbildungen und vieles andere mehr.

Natürlich wollte er auch wieder dem Pariser Klimaschutzabkommen beitreten und die Entwicklungsländer bei ihren Klimaschutzbemühungen finanziell großzügig unterstützen. Insgesamt rechnete er mit 16 Billionen Dollar. Die Kosten für Untätigkeit seien seiner Meinung nach aber noch höher.⁹³

Er wurde nicht gewählt und nun ist es an Ursula von der Leyen mit „ihrem“ Green Deal die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in Europa bis zum Jahr 2050 auf Null zu reduzieren und damit Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Auch hat sie den Zwischenschritt, die bisherige Zielmarke von 40 Prozent weniger CO₂ bis zum Jahr 2030 auf 50 bis 55 Prozent verschärft – immer in Relation zum Jahr 1990.

Sie hat den Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund – JTF) geschaffen, der Regionen innerhalb der EU unterstützt, die aus der Stein- und Braunkohle aussteigen wollen, aber überdurchschnittlich von ihr abhängig sind. „Just Transition“ ist der gleiche Ausdruck, mit dem schon Bernie Sanders für seine Sozialmaßnahmen geworben hatte.

Um „ihren“ Green Deal zu verwirklichen, schlug von der Leyens Kommission dem EU-Parlament im März 2020 ein Klimagesetz vor, in dem das Ziel Treibhausgasneutralität gesetzlich festgeschrieben werden sollte. Außerdem seien die Treibhausgasemissionen der EU-Mitgliedsländer im September 2023 zu überprüfen und danach im Rhythmus von fünf Jahren.⁹⁴

Im Prinzip war das EU-Parlament einverstanden, nur ging ihm der Vorschlag nicht weit genug. Man forderte ein weiteres Zwischenziel auf dem Weg zur Klimaneutralität: nicht nur das Jahr 2030, sondern nun auch noch 2040. Außerdem verlangte man die Gründung eines europäischen Klimarats als neues EU-Gremium, der überwachen sollte, ob sich die Mitgliedsstaaten an das Pariser Klimaabkommen und an das zu verabschiedende Klimagesetz hielten. 2050 habe nicht nur die EU als Ganzes, sondern jeder einzelne Mitgliedsstaat klimaneutral zu sein. Das EU-Parlament forderte Sanktionen gegen Klimasünder und schlug ein Nullsummenspiel vor: Die EU gibt sich selbst ein CO₂-Budget und wer zu viel emittiert, hat von nun an 100 Euro pro Tonne zu zahlen.⁹⁵ Da Deutschland als größte Exportnation innerhalb der EU bislang die meisten energieintensiven Güter produziert, würde es die höchsten Strafzahlungen haben und damit die Entschädigungen für die Kohlekumpel in Polen finanzieren. Es ist fraglich, ob die hüpfende Friday-for-Future-Jugend begreifen wird, warum sie nicht den Lebensstandard ihrer Eltern wird halten können.⁹⁶

Im April 2021 einigten sich das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten auf das Klimagesetz. Das politische Versprechen der EU, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden, wurde eine rechtsverbindliche Verpflichtung. Das bedeutet, dass die CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 55 Prozent reduziert werden müssen. Auch für das Jahr 2040 wird es ein Reduktionsziel geben, dessen genaue Höhe aber noch ermittelt wird. Als Grundlage hierfür wird das Treibhausgasbudgets dienen, über das bisher auch noch nicht viel bekannt ist.

Fest steht jedoch, dass bis zum 23. September 2023 und danach im Turnus von fünf Jahren die Klimafortschritte aller EU-Mitgliedsstaaten von der Kommission zu evaluieren sind. Ferner steht ab sofort die EU-Gesetzgebung unter einem Klimavorbehalt. Ein neu zu gründender wissenschaftlicher Beirat für Klimawandel wird von nun an überwachen, ob die europäische Politik mit den Pariser Klimazielen vereinbar ist.

Vielleicht wird sich aber auch hier das schamanische Denken durchsetzen: was weh tut, muss gut sein. Dann ist es auch egal, ob die CO₂-Strafgebühren Deutschlands tatsächlich bei den polnischen Bergleuten ankommen oder von zwischengeschalteten Lokaleliten abgegriffen werden, wie es bei Subventionen oft der Fall ist.

So sind beispielsweise in Rumänien die EU-Gelder für die Umschulung von Bergleuten in der Region Valea Jiului in Siebenbürgen von eigens gegründeten Umschulungsdiensten abgegriffen worden. Neue Arbeitsplätze wurden nicht geschaffen. Investitionen gab es nicht. Die Bergbaugewerkschaften waren zwar empört, aber Konsequenzen seitens der EU gab es nicht.

Der europäische Gewerkschaftsverband Industri-ALL, der 50 Millionen Arbeitnehmer repräsentiert, befürchtet, dass in der Rohstoffindustrie, der Automobilindustrie und anderen energieintensiven Industrien insgesamt elf Millionen Arbeitsplätze direkt vom Green Deal betroffen sein werden. Für diese Jobs gäbe es noch keine Zukunftsperspektive. Es könne zu einer weiteren innereuropäischen Massen-Migration kommen, die die Unterschiede zwischen den reicheren westlichen EU-Mitgliedsstaaten und den ärmeren östlichen Mitgliedsstaaten weiter vertiefen könne.⁹⁷

DER PERFEKTE STURM –

FIN ETIKETTEN-

SCHWINDEL?

Von einem perfekten Sturm spricht man, wenn alle möglichen unglücklichen Ereignisse gleichzeitig eintreten. Das Corona-Virus und vor allem die staatlichen Maßnahmen dagegen treffen auf eine deutsche und eine europäische Wirtschaft, die bereits wegen einer einseitigen Klimapolitik unter massivem Druck stehen. Anstatt aber den Green Deal zu beenden oder zumindest vorübergehend auszusetzen, wird er noch verschärft. Es gilt das erfrischende Motto: Deutschland zahlt ja und Geld kommt aus der Steckdose.

Die EU hat einen Wiederaufbaufonds über 750 Milliarden Euro beschlossen, der die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abmildern soll, obwohl nicht klar ist, was wieder aufzubauen ist. Es wurde nichts zerstört. Das Geld geht auch nicht an die am meisten betroffenen Länder, sondern an die, die schon vor der Corona-Krise schlecht dastanden. Der Wiederaufbaufonds ist daher leicht mit einem klassischen Strukturfonds zu verwechseln.

Ein Teil des Geldes (77,5 Milliarden Euro) fließt in bereits bestehende Programme. Der große Rest (672,5 Milliarden Euro) wird über eine sogenannte „Aufbau- und Resilienzfazilität“ ausbezahlt. Damit ist gemeint, dass die Mitgliedsstaaten zum Abrufen der Gelder detaillierte Aufbau- und Resilienzpläne einzureichen haben. „Fazilität“ ist ein Fachbegriff aus dem Finanzwesen und deutet an, in welcher Form das Geld verfügbar ist: Von den 672,5 Milliarden Euro können 360 Milliarden als Darlehen und 312,5 Milliarden als Zuschüsse abgerufen werden.

Die EU hat zudem vorgegeben, wofür die Milliarden einzusetzen sind: überraschenderweise nicht für betroffene Gesundheitswesen

oder kleine Mittelständler, die von der Pleite bedroht sind, sondern 37 Prozent sind für Klimaschutzmaßnahmen und 20 Prozent für Digitalisierung.⁹⁸ Beides hat mit Corona und Wiederaufbau nur eine assoziative Verknüpfung, während die Verbindung zum Green Deal offensichtlich ist.

Diese Meinung vertritt auch Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Er bezeichnet den Wiederaufbaufonds als einen Etikettenschwindel. Die Corona-Krise werde von der EU genutzt, um einen zweiten Haushalt zu schaffen, da durch den Austritt der Briten Geld fehle. Außerdem wolle man neue politische Prioritäten setzen, ohne bei den Agrar- und Kohäsionsfonds zu kürzen.⁹⁹ Der ursprüngliche Haushalt der EU beträgt übrigens eine Billion Euro. Durch den Wiederaufbaufonds wurde er also fast verdoppelt.

Die EU nutzt die Corona-Krise außerdem dazu, um sich zu verschulden, was ihr eigentlich aufgrund der EU-Verträge verboten ist. Die Kommission platziert nun Anleihen am Kapitalmarkt, die erst in ferner Zukunft – zwischen 2027 und 2058 – zurückzubezahlen sind. Für die Schulden tragen die Mitgliedsstaaten entsprechend ihres Anteils am Haushalt das Risiko. Deutschland wird also für mehr als 25 Prozent aller EU-Schulden haften, diese auch entsprechend tilgen und das alles, obwohl fast nichts von dem Geld nach Deutschland fließt und dort investiert wird.¹⁰⁰



Bei den zahlreichen Euro- und Griechenland-Rettungen berief sich Angela Merkel noch auf das Bail-Out-Verbot der EU-Verträge. Das ist nun vergessen.¹⁰¹ Während Deutschlands Anteil am EU-Haushalt vor Corona und vor dem Brexit bei rund 14 Milliarden Euro lag, könnten wir in Zukunft bis zu 45 Milliarden Euro zahlen.¹⁰²

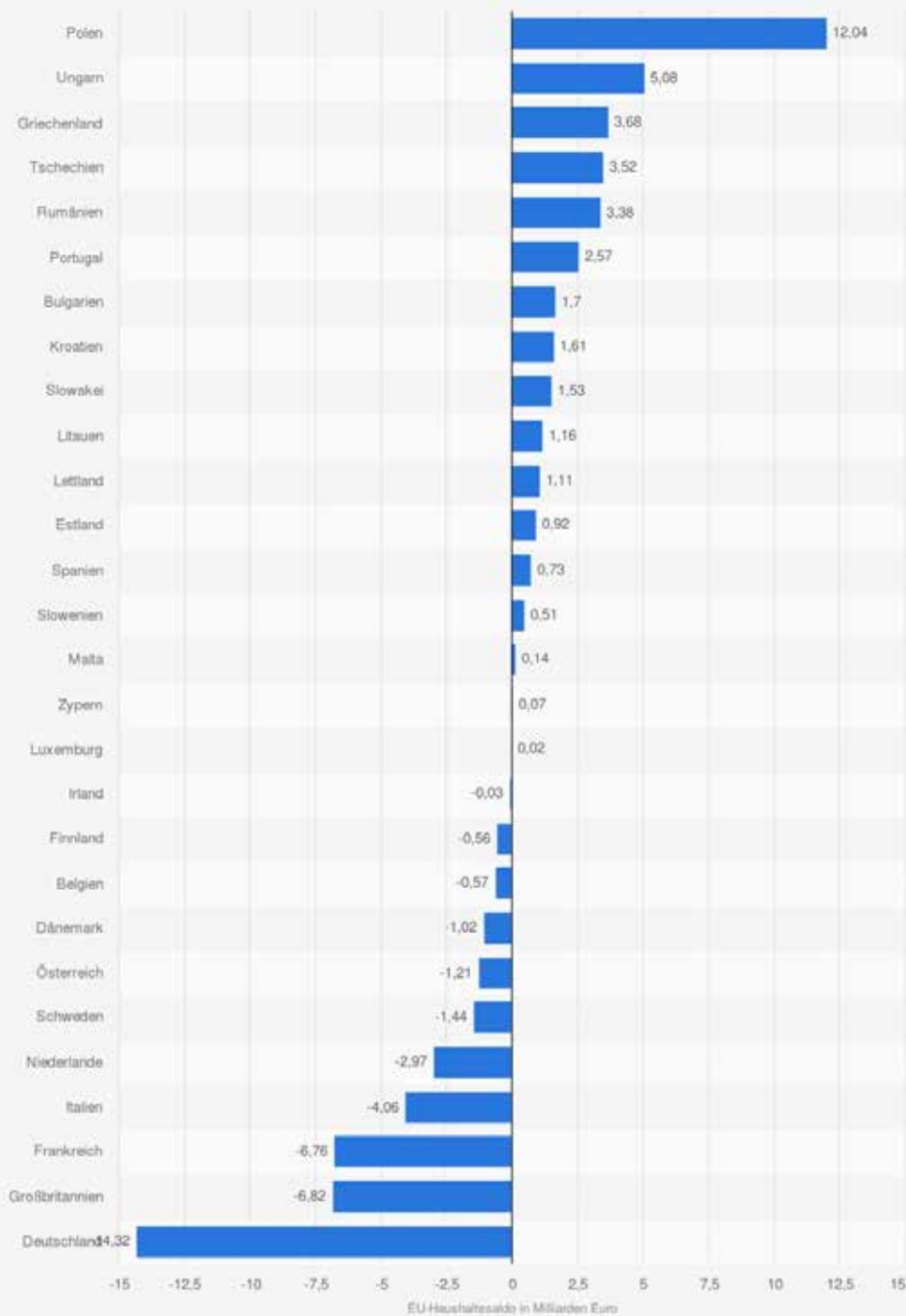
Hans-Werner Sinn geht davon aus, dass die EU durch den Wiederaufbaufonds zu einer Transferunion geworden sei und bereits 40 Prozent der Eurozonenbevölkerung in „wirtschaftlich nicht mehr funktionierende Staaten“ lebe. Rechnet man auch noch Frankreich zu den wirtschaftlich dysfunktionalen Staaten hinzu, würden mittlerweile 40 Prozent der Bevölkerung die restlichen 60 Prozent finanzieren.¹⁰³

Am 25. März 2021 verabschiedete der Deutsche Bundestag unter der Bezeichnung „Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz“ den Wiederaufbaufonds samt der Transferunion mit 478 Ja- zu 95 Nein-Stimmen. Es gab 72 Enthaltungen, 63 Parlamentarier hatten gefehlt. Die AfD hat geschlossen dagegen gestimmt, SPD und Grüne geschlossen dafür. Die Linke hat sich überwiegend enthalten. Bei der CDU

gab es immerhin acht Abweichler. Bei der FDP erstaunlicherweise nur vier. 61 hatten dafür gestimmt.¹⁰⁴ Der Antrag der AfD, dass die Aufnahme von Schulden unzulässig sei, wurde natürlich abgelehnt.¹⁰⁵ Auch die Kritik des Bundesrechnungshofes, dass eine Schuldenunion unkalkulierbare Risiken für den deutschen Steuerzahler birgt, wurde abgewiesen.

Der Wiederaufbaufonds umfasst 750 Milliarden Euro. Deutschland ist mit etwa 66 Milliarden Euro der größte Nettozahler. Brutto zahlen wir 94 Milliarden, da uns ein Anteil von 28 Milliarden für unseren eigenen Wiederaufbau zukommen wird. 90 Prozent dieses Geldes werden wir in den Klimaschutz und die Digitalisierung investieren. Die Bundesregierung scheint nicht der Meinung zu sein, dass der Mittelstand von Corona betroffen war, Unterstützung braucht und wieder aufgebaut werden muss.

Europäische Union: Operative Haushaltssalden der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt im Jahr 2019 (in Milliarden Euro)



Quelle:
European Commission
© Statista 2020

Weitere Informationen:
EU

statista

„Der EU-Wiederaufbaufonds organisiert schuldenfinanzierte Transfers zwischen den Mitgliedsstaaten. Er etabliert zudem eine Haftung, bei der die Mitgliedsstaaten gegenseitig für Verbindlichkeiten einstehen.

Faktisch gesehen handelt es sich um eine Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung – eine Zäsur. Für den Bundeshaushalt birgt das erhebliche Risiken. Die finanziellen Auswirkungen werden bis weit in die nächste Generation zu spüren sein. Über ihre künftigen Beiträge zum EU-Haushalt haften die Mitgliedsstaaten für 750 Milliarden Euro neue Schulden. Diese sollen über 30 Jahre getilgt werden. Offen ist aber, wer wann welchen Beitrag leistet. Als Kriseninstrument in einem Akt der Solidarität geschaffen, darf der Wiederaufbaufonds in einigen Jahren nicht zu einer Zerreissprobe für die EU werden. Das gilt es zu verhindern. Und: die Fiskalregeln finden bei diesen Schulden keine Anwendung. So eröffnet die Konstruktion einen Weg, die Fiskalregeln zu umgehen. Dies verringert den Anreiz zur eigenverantwortlichen Vorsorge und schwächt die Haushaltsdisziplin.“¹⁰⁶

Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofes

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die EU muss klimaneutral werden! Das ist das Allerwichtigste. So steht es in dem Klimagesetz, das Sie soeben verabschiedet haben. Die EU muss klimaneutral werden! Unsere Klimaziele sind schließlich unsere „Mann-auf-dem-Mond“ Momente – wie uns Frau von der Leyen erklärt hat: Unsere Klimaziele werden die Menschen zusammenbringen. Sie werden die Menschen mit Stolz und Zuversicht erfüllen und die EU technisch weit in die Zukunft katapultieren. Die EU wird zum strahlenden Vorbild für die ganze Welt. Sie wird endlich die globale Führungsrolle einnehmen, die ihr schon lange zusteht. Was für ein ideologiebesoffener Unsinn!

Die Realität sieht ganz anders aus:

Die EU-Klimapolitik schadet der Wirtschaft und ist ein massiver Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen. Uns droht eine Batterie von Maßnahmen und Einschränkungen. Das Ziel ist das totale Verbot des Verbrennungsmotors. Die großen, global-aufgestellten Autobauer stört das nicht weiter. Sie verlegen ihre Produktion einfach ins außereuropäische Ausland und bauen dann eben dort ihre Verbrenner. In der EU werden nur noch Elektroautos gebaut werden. Diese sind deutlich unkomplizierter herzustellen, so dass man weniger Arbeitskräfte braucht. In der Folge werden viele Menschen arbeitslos werden. Außerdem werden die mittelständischen Zulieferer betroffen sein. Sie können ihren Standort nicht beliebig verlegen, sondern sind örtlich gebunden. Viele von ihnen werden pleite gehen. Noch mehr Menschen werden arbeitslos werden. Und schließlich werden wir Elektroautos nur für kurze Zeit bauen, weil sich schnell herausmenden wird, dass Elektroautos so einfach sind, dass andere Länder sie in der gleichen Qualität bauen können wie wir. Für unsere hohen Preise wird es keinen anderen Grund mehr geben als eine verfehlte Politik. Spätestens jetzt werden auch die arbeitslos geworden sein, die es bisher geschafft hatten, sich in die Produktion von Elektroautos zu flüchten.

Es droht ein Job-Kahlschlag.

Die Absicht der EU, die Welt mit ihrer Klimapolitik zu retten, ist ein direkter Angriff auf unseren Wohlstand.

Wir müssen uns dagegen wehren, bevor es zu spät ist.

Die EU ist ein Wolf im Schafspelz, der zudem noch Kreide gefressen hat.

DIE DEUTSCHE ENERGIEWENDE AUF DEM WEG ZUM SONDERWEG?



Ziel der deutschen Energiewende ist es, von Kohle, Öl und Nuklearenergie auf saubere Energieträger wie Wasser-, Wind- und Sonnenenergie, Biomasse und Geothermie umzusteigen. Mit dieser Definition unterscheidet sich Deutschland von allen anderen Ländern der Welt in zwei wesentlichen Punkten: Zum einen gilt Atomstrom in Deutschland nicht als sauber, obwohl (fast) keine Treibhausgase emittiert werden und daher auf einer Linie mit dem Pariser Klimaabkommen liegen würde, zum anderen gilt Erdgas nicht so richtig als fossil, denn während modernste Kohlekraftwerke geschlossen werden, baut man Gas-Pipelines. Deutschland will bis Ende 2022 aus der Kernenergie aussteigen und bis 2050 klimaneutral sein. Da 2050 in so weiter Ferne liegt, hat man sich Zwischenziele gesetzt: die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent reduzieren, bis 2030 um 55 Prozent und bis 2040 um 70 Prozent – immer im Vergleich zum Jahr 1990. Im Jahr 2050 ist man dann bei 80 bis 95 Prozent Reduktion. Das gilt als klimaneutral.¹⁰⁷

Der Begriff „Energiewende“ stammt aus den 1970er Jahren, als die Naturschutz-, Friedens- und Atomkraft-Nein-Danke-Bewegung den Ausstieg aus der Kernenergie forderte. Vierzig Jahre später hat sich Angela Merkel den Begriff zueigen gemacht, als sie 2011 die im Jahr zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke wieder zurücknahm und stattdessen den Ausstieg aus der Kernenergie verkündete – drei Monate nachdem in Japan das Kernkraftwerk Fukushima Daiichi hochgegangen war. Am 11. März war es von einem Tsunami schwer beschädigt worden, so dass in drei Blöcken die Kerne schmolzen. Die Menschen in Deutschland gerieten in Panik, Angela Merkel griff diese Stimmung auf und seitdem ist der Begriff Energiewende mit Angela Merkel verbunden. Ihr 40seitiges

Energiekonzept aus dem Jahr 2010 ist dagegen kaum noch in Erinnerung. Hier hatte sie erstmals für eine „umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“¹⁰⁸ geworben und damit zu diesem Zeitpunkt auch noch die Kernenergie gemeint – wie der Rest der Welt auch.

Die eigentlichen Kernkraftgegner waren die Grünen, die während ihrer Regierungsbeteiligung unter Gerhard Schröder durchsetzen konnten, dass dieser im Jahr 2000 zusammen mit den deutschen Energieversorgungsunternehmen einen konsensualen Atomausstieg aushandelte. Er beendete damit eine der tiefgreifendsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der bundesdeutschen Geschichte. Jahrzehntlang hatten die Proteste gegen Atomkraftwerke wie Gorleben, Wackersdorf und Brokdorf die Gemüter bewegt. Kurz zuvor hatte seine rot-grüne Regierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erlassen. Es führte ein Vorrangprinzip für sogenannten Ökostrom ein, der nun zu festgelegten Preisen jederzeit ins Netz eingespeist werden konnte. Waren Windräder und Solaranlagen bis dahin vereinzelte Pionierleistungen gewesen, wurde Deutschland nun mit ihnen gepflastert.

Anbieter von Ökostrom konnten nun ihre Investitionen langfristig kalkulieren. Die garantierte Einspeisevergütung lag über dem durchschnittlich an der Strombörse erzieltem Preis. Die Differenz zwischen Festvergütung und Marktpreis wurde auf alle Stromverbraucher umgelegt und EEG-Umlage genannt.¹⁰⁹ Seit ihrer Einführung ist die EEG-Umlage fast nur angestiegen und hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Deutschen heute die höchsten Strompreise weltweit zahlen. Betrag der Aufpreis auf die Kilowattstunde Strom im Jahr 2011 noch 3,53 Cent, waren es 2020 bereits 6,76 Cent.¹¹⁰

Für Privathaushalte bedeutet das, dass sich der durchschnittliche Strompreis seit Einführung des EEG fast verdreifacht hat von 13,94 Cent im Jahr 2000 auf 31,89 Cent heute. Hinzu kommen Steuern und andere Abgaben wie Netzentgelte, so dass nur knapp ein Viertel einer aktuellen Stromrechnung tatsächliche Energiekosten sind.¹¹¹ Für 2021 wird mit einer weiteren Erhöhung der Umlage gerechnet auf insgesamt rund 33 Milliarden Euro – fast zehn Milliarden mehr als 2020.¹¹² Der durchschnittliche deutsche Strompreis wird damit knapp 50 Prozent teurer als der EU-Durchschnitt von 21,5 Cent/kWh.¹¹³

Deutschland hat aber nicht nur die höchsten Strompreise für private Verbraucher in der EU, sondern auch innerhalb der G20, also 19 der größten Volkswirtschaften plus der EU.¹¹⁴ Das ist erheblich mehr als jene monatliche Kugel Eis, von der Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) 2003 als damaliger Umweltminister gesprochen hatte.¹¹⁵

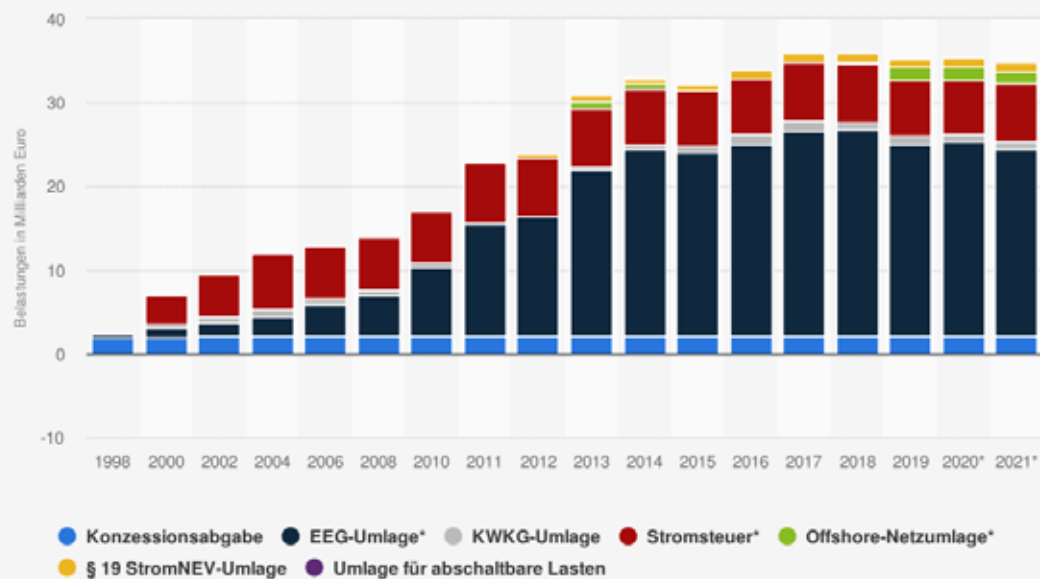
Auch bei gewerblichen Abnehmern liegen die deutschen Strompreise meistens über dem EU-Durchschnitt, jedoch ist der Unterschied nicht so deutlich. Bei gewerblichen Abnehmern mittlerer Größe (500 bis 2000 Megawatt pro Jahr) und bei sehr großen Abnehmern (ab 150.000 Megawatt) waren sie sogar durchschnittlich.¹¹⁶

Haushalte mit niedrigem Einkommen sind besonders betroffen. Im Jahr 2019 entfielen 11,2 Prozent ihrer Konsumausgaben auf Energie. Für sie wird es schwierig, ihre Stromrechnungen zu bezahlen. Energiearmut und Stromsperrern sind die Folge. 2018 wurde wegen unbezahlter Rechnungen 344.000 Haushalten der Strom zumindest zeitweise abgestellt, 14.000 mehr als im Jahr zuvor.¹¹⁷

Angela Merkel hatte Gerhard Schröders Entscheidung, aus der Kernenergie auszusteigen, wieder rückgängig gemacht. Als Physikerin, die die Dinge zu Ende denkt, hatte sie sich dem Thema mit nüchternem, naturwissenschaftlichen Sachverstand angenähert und erkannt, dass Schröders Entscheidung nicht gut war. Im Herbst 2010, ein halbes Jahr vor Fukushima, verlängerte sie die Laufzeiten aller bestehenden AKWs um durchschnittlich zwölf Jahre. Dann passierte Fukushima, die deutsche Öffentlichkeit sah sich bedroht, fühlte sich an Tschernobyl erinnert und reagierte panisch. Angela Merkel sprang auf diese Welle der Angst auf und verkündete am 14. März, drei Tage nach dem Tsunami, ein dreimonatiges Moratorium: man müsse doch noch einmal über den Atomausstieg nachdenken. Bis heute werden von vielen deutschen Medien und auch von Politikern (s. Claudia Roth) die Tsunami-Toten umgewidmet zu Fukushima-Strahlen-Toten. Tatsächlich tötete die gewaltige, über zehn Meter hohe Flutwelle des Tsunamis 19.729 Menschen und verletzte 6.233 zum Teil schwer. 2.559 Menschen gelten noch immer als vermisst, 150.000 wurden evakuiert. Im Kernkraftwerk selbst starben sieben Menschen: einer fiel während des Erdbebens von einem Kran, die anderen sechs ertranken. Strahlentote gab es keine. Allerdings hat es in den letzten Jahren einige hundert Krebsdiagnosen gegeben, die wahrscheinlich mit dem Reaktorunfall zusammenhängen.

Angela Merkel interessierte sich weniger für die Tsunami-Toten und mehr für die deutsche Panik. Nach Ablauf des Moratoriums erklärte sie am 9. Juni 2011 den deutschen Ausstieg aus der Atomenergie. Acht Atomkraftwerke wurden sofort stillgelegt, die übrigen neun werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet. Damit verlor Deutschland mit einem Schlag ein Achtel seiner benötigten Energie¹¹⁸. Die Konsequenzen für die Versorgungssicherheit waren und sind gravierend.

Belastungen des Strompreises in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2021 (in Milliarden Euro)

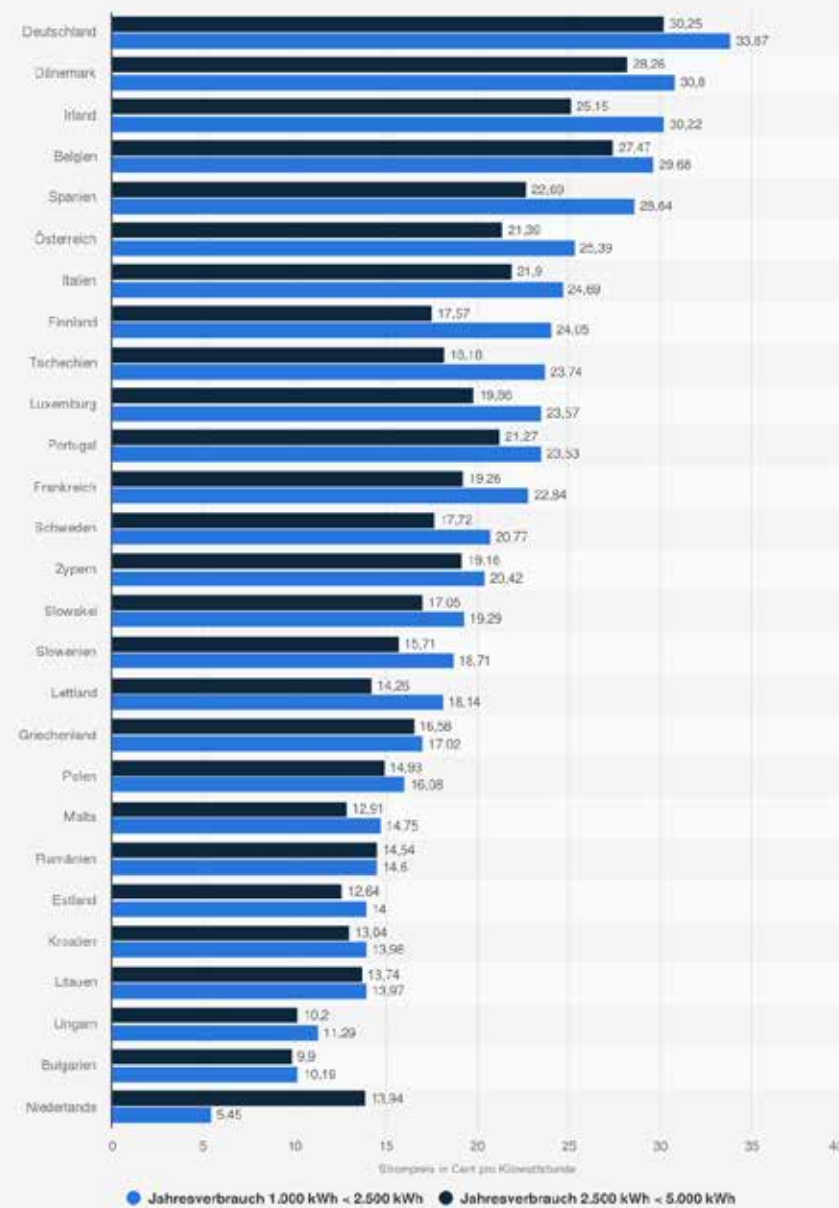


Quelle:
BDEW
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Deutschland, Stand: Januar 2021

statista

Strompreise* für Haushalte in den Ländern der EU-27 im Jahr 2020 (in Euro-Cent pro Kilowattstunde)

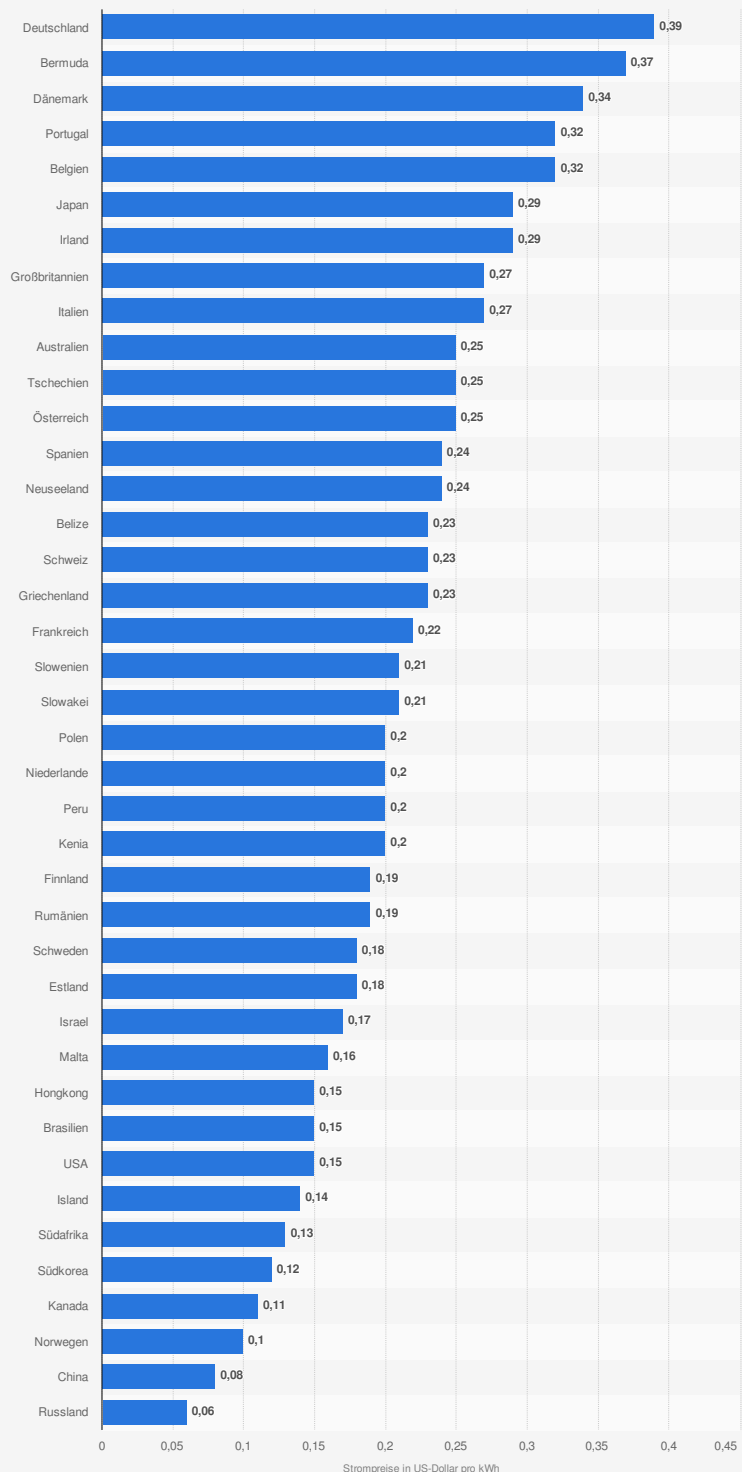


Quelle:
Eurostat
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Europa, Stand: Mai 2021

statista

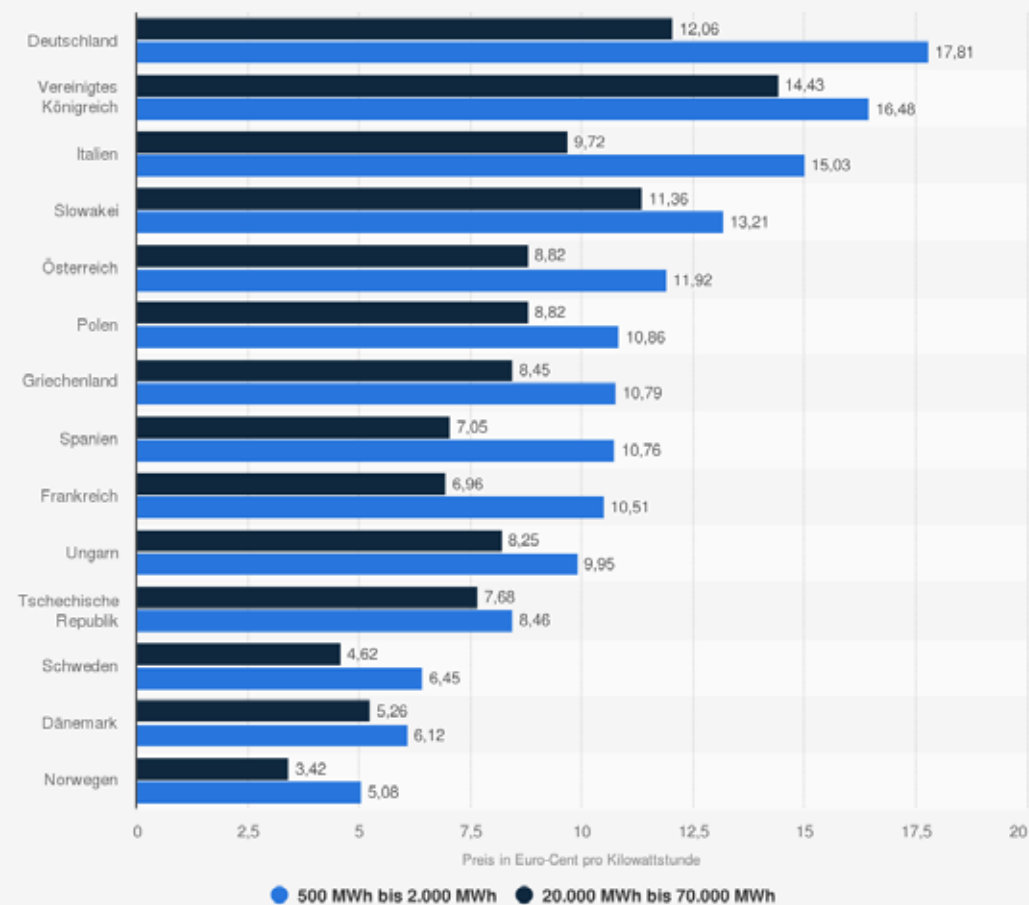
Strompreise privater Haushalte in ausgewählten Ländern weltweit im Jahr 2020
(in US-Dollar pro Kilowattstunde)



Quelle:
GFP
© Statista 2020

Weitere Informationen:
Weltweit; März 2020

Strompreise für Industriekunden in ausgewählten europäischen Ländern nach Verbrauchsmenge im Jahr 2020
(in Euro-Cent pro Kilowattstunde)



Quelle:
Eurostat
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Europa



Angela Merkels Entscheidung wurde später als überhastet und emotional kritisiert. Sie habe nur auf die anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geschielt.¹¹⁹ Außerdem sei ihre Entscheidung ideologisch widersprüchlich, da die wegfallende Kernenergie durch Kohlekraftwerke ersetzt werden müsse – der größtmögliche klimapolitische Faux-Pas.¹²⁰

Vor dem Ausstieg aus der Kernenergie war Deutschland ein Garant für Stabilität im europäischen Verbundnetz. Wegen der kontinuierlichen Abschaltung von gesicherter Leistung und wegen der unkontrollierten Einspeisung von volatilen erneuerbaren Energien gefährdet es dieses heute. Deutschland hatte die besten Kernkraftwerke der Welt und hat diese wie Müll weggeworfen.¹²¹

2018 folgte das zweite klimapolitische Todesurteil – diesmal galt es der Kohle und war im Einklang mit der Ideologie des Pariser Klimaabkommens. Stein- und Braunkohle-Kraftwerke produzieren fast 40 Prozent der deutschen Nettostromerzeugung. Sie garantierten die sichere Stromversorgung, die jeder moderne, wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandort braucht, damit sich Unternehmen ansiedeln und gerne investieren.

Bis zum Jahr 2038 will Deutschland sowohl aus dem Abbau als auch aus der Nutzung von Kohle ausgestiegen sein. Das alles, obwohl Deutschlands Kohleausstieg die CO₂-Emissionen zwar in Deutschland, aber nicht in der EU, geschweige denn in der ganzen Welt senken wird. Im EU-Emissionshandel gibt es Kompensationseffekte. Was immer Deutschland nicht emittiert, dürfen andere EU-Mitgliedsstaaten emittieren. Deutschland darf sich damit rühmen, bis zum Jahr 2045 insgesamt 859 Millionen CO₂ nicht ausgestoßen zu haben, aber andere EU-Länder werden diese Menge ausstoßen. Erst durch eine Verminderung der Kompensationseffekte würden Deutschlands Anstrengungen dem Klima nutzen, wenn man denn glaubt, dass CO₂ so gefährlich ist, wie FFF und die selbsternannten Klimaschützer behaupten. Das ist zur Zeit aber nicht geplant.

- Matthias Kurth, ehemaliger Präsident der Bundesnetzagentur: „Dass neben Ethik und Moral bei der Stromerzeugung auch noch Physik, das Wetter und die Netze Einfluss haben, dringt erst langsam und bei weitem noch nicht adäquat ins öffentliche Bewusstsein.“¹²²
- Werner Plumpe, Wirtschaftshistoriker an der Goethe Universität Frankfurt, spricht davon, dass es kein vergleichbares historisches Beispiel dafür gebe, dass ein Staat eine funktionierende Ökonomie aus nichtökonomischen Gründen beende.¹²³
- Energieexperten warnen vor hohen Strompreisen und Arbeitsplatzverlusten. 72.000 Jobs seien gefährdet, nicht nur in der Kohlewirtschaft, sondern auch in den Vorleistungsbranchen.
- Das Institut für deutsche Wirtschaft rechnet mit volkswirtschaftlichen Zusatzkosten von annähernd 100 Milliarden Euro (100.000.000.000).
- Kraftwerksbetreiber weisen daraufhin, dass ihre Anlagen bereits alle Vorgaben des Europäischen Emissionshandels erfüllen.
- Die Industrie- und Handelskammer NRW sieht die Versorgungssicherheit und Preisstabilität gefährdet. Sie warnt vor den Folgen für energieintensive Industriezweige.¹²⁴

Im Bundestag kritisieren wir den Kohleausstieg erstens als einen „planwirtschaftlichen Eingriff in ein funktionierendes, marktwirtschaftliches System“, der zu „unnötigen Mehrkosten in Höhe von rund 100 Milliarden Euro“ führe, die „letztendlich von Verbrauchern und Unternehmern getragen werden“ müssten.

Zweitens kritisieren wir, dass uns die Zwangstillegung unserer Kraftwerke abhängig macht von ausländischen Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken, die nicht immer so sicher und sauber sind wie unsere (waren). Der Ausstieg führt also nicht nur zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit, sondern ist auch ein Umwelt-Risiko. Beides ist durch nichts zu rechtfertigen.

Drittens versuchen wir zu erklären, dass unser „Kohleausstieg global betrachtet keinen Unterschied bewirkt und die deutschen Bemühungen um eine vermeintliche Rettung des Weltklimas geradezu lächerlich anmuten {...}“.¹²⁵

ENERGIEBEDINGTE GENTRIFIZIERUNG

Um das Klima zu schützen, wird auch gern für energetische Gebäudesanierungen geworben. Der Schaden, der dadurch angerichtet wird, interessiert nicht und scheint auch unter die Kategorie „nur wenn es weh tut ...“ zu fallen. Energetische Gebäudesanierungen führen zu teilweise erheblichen Mietsteigerungen, sodass einkommensschwache Mieter verdrängt werden. Dieses Phänomen ist so verbreitet, dass es einen Fachbegriff dafür gibt: energiebedingte Gentrifizierung. Auf Englisch ist er noch sprechender: green-, environmental- or low-carbon gentrification.

Die Stadt Kiel ist ein gutes Beispiel für die damit verbundenen Probleme. Unter einem SPD-Oberbürgermeister erarbeitete Kiel im Jahr 2017 den „Masterplan 100% Klimaschutz“, der Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenführen und den Weg in die Emissionsfreiheit weisen soll. Weil Kiel außerdem 2019 als erste deutsche Landeshauptstadt den Klimanotstand ausrief und seitdem eine beschleunigte Version des Masterplans gilt, um schon deutlich vor 2050 klimaneutral zu sein, war man schnell. Man führte zahlreiche energetische Gebäude- und Stadtteilsanierungen durch – so auch von Gaarden. Gaarden ist ein hafennah gelegener Stadtteil, in dem viele ehemalige Werftarbeiter leben. Die Arbeitslosenquote ist hoch, ebenso die Kinderarmut und die Zahl aller Transferempfänger. Die einkommensschwachen Mieter versuchten vergeblich, sich gegen die Sanierungen zu wehren. Sie wussten genau, dass signifikante Mietsteigerungen folgen würden und behielten recht. Zahllose Alleinerziehende, Rentner und Migranten wurden weg-gentrifiziert. Heute ist Gaarden ein hippestes Viertel für staatsnah arbeitende Grünen-Wähler.¹²⁶

WIDERSPRÜCHE ÜBERALL – WAS BRINGT DAS GANZE?

Wenn CO₂ die größte Gefahr ist, warum schalten wir dann unsere Kernkraftwerke ab und bauen Pipelines für fossiles Gas?

Wenn CO₂ die größte Gefahr ist, warum geben wir dann so viel Geld dafür aus, um ein paar tausend Tonnen weniger CO₂ auszustoßen, während China jährlich zwölf Milliarden Tonnen CO₂ in die Erdatmosphäre bläst? Wäre es nicht sinnvoller, dieses Geld und unseren ganzen technologischen Vorsprung zu nutzen, um Entwicklungsländern zu helfen, sauberer zu werden? Müssten wir uns dann nicht von der lobbygeleiteten Politik und dem parallel erklingenden „laßt-uns-Vorbild-für-die-Welt-sein“ verabschieden und uns stattdessen nur noch darauf konzentrieren, wo und mit welchen Mitteln wir am Effektivsten sind?

Nach einer Studie des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomik (DICE) aus dem Jahr 2016 belaufen sich die Gesamtkosten der Energiewende allein für Strom auf über 520 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025. Der mit Abstand größte Kostentreiber mit 408 Milliarden Euro ist die EEG-Umlage. Rechnet man das auf die Einwohner um, zahlt jeder – vom Neugeborenen bis zum Greis – allein in diesen wenigen Jahren bis zum Jahr 2025 6.300 Euro. Für eine vierköpfige Familie sind das 25.200 Euro. DICE halten ihre eigene Schätzung für konservativ und betonen, dass es sich hierbei nur um den Stromsektor handelt. Individualmobilität und Treibstoffe sind nicht eingerechnet.

DICE: „Nur wenn gezeigt werden kann, dass die Energiewende bezahlbar ist und nicht mit übermäßigen Kollateralschäden für Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Versorgungssicherheit und für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie und die damit einhergehenden Arbeitsplätze verbunden ist, kann die deutsche Energiewende Vorbildcharakter entfalten und andere zur Nachahmung motivieren. {...} Die Energiewende muss, wenn sie auch globale Wirkungen entfalten soll, ein leuchtendes Beispiel sein und nicht etwa ein abschreckendes. Dafür gilt es die Kosten der Energiewende im Zaum zu halten und unnötige Ineffizienzen zu vermeiden.“¹²⁷

Die Energiewende ist ein Vorbild für die Welt, aber ein abschreckendes. Um ihren Fehler nicht zuzugeben, nimmt die Bundesregierung in Kauf:

- immer höhere Strompreise
- eine Gefährdung der Versorgungssicherheit, Blackouts drohen
- Gefährdung von Arbeitsplätzen
- Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- Gefährdung des Standorts Deutschland
- Schädigung der gesamten Wirtschaft

Oder - um es mit den Worten des Bundesrechnungshofs zu sagen (März 2021):

„Im europäischen Vergleich weisen die deutschen Strompreise bereits oft einen Höchststand auf. {...} Das Bundeswirtschaftsministerium muss anstreben, das System der staatlich geregelten Energiepreis-Bestandteile grundlegend zu reformieren. {...} Der Bundesrechnungshof sieht die Gefahr, dass die Energiewende in dieser Form den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet, die finanzielle Tragkraft der letztverbrauchenden Unternehmen und Privathaushalte überfordert und damit letztlich die gesellschaftliche Akzeptanz aufs Spiel setzt. {...} Das BMWi muss sein Monitoring der Versorgungssicherheit bei Elektrizität {...} vervollständigen. Zahlreiche neue Beschlüsse und Pläne wirken sich erheblich auf die künftige Versorgungssicherheit aus. Dazu gehören insbesondere der Kohleausstieg sowie die Pläne zur Beseitigung von Netzengpässen und zur Wasserstoffgewinnung. Die Bundesrepublik muss daraus resultierende Erkenntnisse und Instrumente rechtzeitig nutzen, um sich abzeichnenden, realen Gefahren für die Versorgungssicherheit wirksam zu beugen.“¹²⁸

BRÜSSEL, PLENARSITZUNG
DES EU-PARLAMENTS
20. JANUAR 2021



„Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sprechen heute über den Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für alle. Das ist ein sehr wichtiges Thema, denn in den letzten Jahren sind die Mieten explodiert, und leider leben in der EU mittlerweile 700.000 Menschen auf der Straße. Sie sind obdachlos.

Aber welche Lösungsvorschläge werden uns jetzt hier in dem Bericht gemacht? In erster Linie ist es uns wichtig, den Green Deal umzusetzen. Viele Wohnungen sollen energetisch saniert werden. Aber Wohnungen, die energetisch saniert werden, die sind nicht unbedingt bezahlbar. Und als Beispiel möchte ich mal ein Beispiel aus Deutschland geben: Die Stadt Kiel hat den Stadtteil Gaarden aufwendig energetisch saniert. In diesem Stadtteil haben bis vor ein paar Jahren vor allen Dingen Geringverdiener, Sozialhilfeempfänger und Migranten gelebt. Nach der Sanierung, nach dieser schicken Sanierung wurden genau diese Menschen verdrängt in Wohnbaracken oder sogar in die Obdachlosigkeit und gekommen sind neue Bewohner. In erster Linie Grünen-Wähler, die sich dieses schicke Umfeld leisten können.

Die grüne Politik ist eine Politik der sozialen Kälte, der Eiseskälte, und das dürfen wir nicht zulassen. Wir brauchen echte soziale Politik für echte Menschen!
Danke.“



Die Aufgabe des Staates ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für Bürger und Unternehmen gleichermaßen förderlich sind. Wir machen das Gegenteil – und orchestrieren unseren eigenen Abstieg.

Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim hat im Januar dieses Jahres festgestellt, dass Deutschland als Standort für Familienunternehmen weiter an Attraktivität verloren hat. Im Vergleich zu 2018 sei Deutschland um drei weitere Plätze abgerutscht und läge nun auf Platz 17 von 21 untersuchten OECD-Ländern – hinter dem früheren Euro-Krisenstaat Portugal. Spitzenreiter sei die Schweiz. Gründe für Deutschlands schlechtes Abschneiden seien unter anderem auch die Steuerpolitik und die hohen Arbeitskosten. Die Staatsausgaben für Bildung seien zu niedrig und die Infrastruktur gerade mal durchschnittlich. Bei den Strompreisen belege Deutschland den vorletzten Platz.¹²⁹

Sowohl die Sicherheit von Energie als auch ihr Preis ist für einen Industriestandort ein wichtiger Faktor und hat einen großen Einfluss auf seine Wettbewerbsfähigkeit. Die meisten internationalen Wettbewerber sind nicht durch ähnlich hohe Abgaben und Umlagen belastet. Deutscher Strom ist doppelt so teuer wie in den USA und liegt weit über dem OECD-Durchschnitt.¹³⁰ Auch andere Energieträger bewegen sich am oberen Rand des internationalen Vergleichs.¹³¹ Der durchschnittliche Strompreis für industrielle Abnehmer, die ihren Strombedarf nicht über Eigenerzeugungsanlagen decken, ist zum Jahresbeginn 2018 gegenüber dem Jahr 2000 nominal um 184 % gestiegen.¹³² Am meisten leiden energieintensive Branchen wie Baustoffe, Chemie, Stahl, Glas, Papier und Metalle, die kein Eisen enthalten.

Diese haben einen jährlichen Umsatz von 330 Milliarden Euro, beschäftigen insgesamt etwa 800.000 Arbeitnehmer und geben 17 Milliarden für Energie aus.¹³³ Die Politik rechtfertigt sich damit, dass für etwa 1.900 energieintensive Unternehmen Ausnahmeregeln bestehen, so dass sie nur eine ermässigte EEG-Umlage zahlen müssen und bestimmte energieintensive Produktionsprozesse komplett steuerbefreit sind. Die übrigen 96 Prozent der energieintensiven Unternehmen – etwa 45.000 Unternehmen – zahlen jedoch die EEG-Umlage in voller Höhe.¹³⁴

Zudem wird jede steuerliche Entlastung oder Entgelt-Befreiung von der EU-Kommission als unzulässige Beihilfe betrachtet, kann daher nur vorübergehend gewährt werden und muss immer wieder neu beantragt werden.¹³⁵ Planungssicherheit sieht anders aus. Das spiegelt sich in den schwächelnden und teilweise ganz ausbleibenden Nettoinvestitionen der energieintensiven Unternehmen in Deutschland. Ihr Kapitalstock wird kleiner. Sie de-investieren. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) ist das Bruttoanlagevermögen der energieintensiven Branchen in Deutschland zwischen 2010 und 2015 um sieben Prozent geschrumpft.¹³⁶

Mit der Coronakrise hat sich diese Entwicklung verschärft. Hubertus Bardt, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), sieht die energieintensiven Branchen „akut gefährdet. {...} Bei insgesamt stark fallenden Investitionen ist mit einem deutlichen Rückgang des Kapitalstocks energieintensiver Industrien zu rechnen. Gerade diese stehen angesichts der strikter werdenden klimapolitischen Vorgaben inmitten eines sich beschleunigenden Transformationsprozesses. Strengere europäische Vorgaben können zu höheren CO2-Preisen führen und den Abstand zu anderen Industrieländern vergrößern.“¹³⁷

Energieintensive Unternehmen stehen häufig am Anfang der Wertschöpfungskette. Die Verbindungen zu anderen Unternehmen sind häufig so eng, dass man von integrierten Wertschöpfungsketten sprechen kann. Der Erfolg der einen baut auf dem Erfolg der anderen auf. Bisher war diese Form einer breit angelegten Industriestruktur der Garant für die Stärke Deutschlands. Nun gefährdet die Energiewende die Stabilität dieser Wertschöpfungsketten. Das vergrößert die Unsicherheit in weiten Teilen der Wirtschaft und könnte schwerwiegende Folgen für Deutschlands Wohlstand haben.¹³⁸



DIE STROMNETZENTGELTVERORDNUNG UND DAS NETZNUTZUNGSENTGELT

Gemäß der Stromnetzentgeltverordnung wird die Höhe der Netznutzungsentgelte großer industrieller Verbraucher nach dem „physischen Pfad zum nächstgelegenen, geeigneten Kraftwerk“ berechnet. Mit der Abschaltung von immer mehr Kohle- und Atomkraftwerken müssen die großen industriellen Stromverbraucher andere Stromerzeuger finden, die viel weiter entfernt sind. Dies führt zu höheren Kosten ihres Netzanschlusses – einer der größten Posten auf der Stromrechnung.

In einem internen Arbeitspapier des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (ViK) heißt es, dass die energieintensiven Unternehmen „in absehbarer Zeit vor substantiellen Zusatzkosten bis hin zur Existenzaufgabe“ stünden. Der Verband sieht in der explosionsartigen Entwicklung der Netznutzungsgebühren eine „Standortbedrohung“. Das Problem nähme mit dem andauernden Atom- und Kohleausstieg immer weiter zu; und weil unsicher sei, welches Kraftwerk als nächstes vom Netz ginge, gäbe es auch keine Planungssicherheit.¹³⁹

DER E-SCHOCK

2020, ein Jahr später, wurden in der EU insgesamt 4.243.577 Fahrzeuge – also PKW, LKW, Lieferwagen und Busse – weniger gebaut. Davon entfielen 1.192.112 weniger-gebaute Fahrzeuge auf Deutschland.¹⁴¹ Das sind 40 Prozent weniger als 2011, das Jahr, indem noch alles rund war.¹⁴²

Corona erwies sich hier – wie in so vielen anderen Bereichen auch – als Treiber einer Entwicklung, die schon lange vorher eingesetzt hatte und die mit Corona nichts zu tun hat. Die Krise der deutschen Autoindustrie ist vor allem auf die deutsche und europäische Klimapolitik zurückzuführen, deren sich gegenseitig hochschraubenden Maßnahmen die deutschen Autobauer und ihre Zulieferer zunehmend bedrohen.

Die Automobilindustrie ist eine der Schlüsselindustrien Deutschlands und Teil der deutschen Identität. Sie ist die umsatzstärkste Industrie und trägt annähernd fünf Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei. 880.000 Menschen sind rund ums Auto beschäftigt.¹⁴⁰

Allein in der Region Stuttgart arbeiten etwa 200.000 Menschen in der Automobilindustrie und bei ihren Zulieferern.

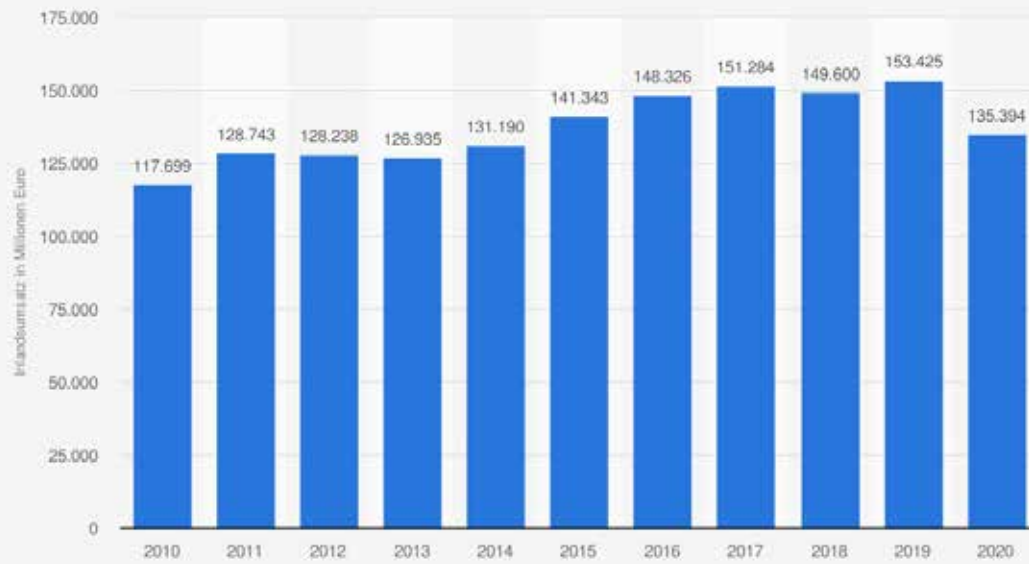
Lange Zeit galt die ungeschriebene Regel, dass in Deutschland die Welt rund sei, solange jährliche mindestens fünf Millionen Autos produziert würden. 2011 wurden 5,9 Millionen produziert. Das war die höchste jemals erzielte Jahresproduktion. Runder ging nicht.

Nur wenige Jahre später wird ein Feldzug gegen die deutsche Automobilindustrie geführt. Im Oktober 2019 erlässt die Bundesregierung ein Klimaschutzprogramm, in dem Elektromobilität eine zentrale Rolle spielt. Bis zum Jahr 2030 sollen sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge in Deutschland unterwegs sein und für diese eine Million Ladestationen zur Verfügung stehen.

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW): „Die Jobs fallen nicht wegen Corona weg, sondern weil sich die Politik bei der Einsparung von CO₂-Emissionen fast ausschließlich auf die Abschaffung des Verbrennungsmotors fokussiert. {...} Das hilft dem Klima wenig, bringt aber unseren Wohlstand in Gefahr.“¹⁴³

Weil die immer schärfer werdenden CO₂-Grenzwerte nicht mehr für das einzelne Fahrzeug, sondern für den Durchschnitt der zu produzierenden Fahrzeugflotte gelten, sind die Hersteller gezwungen, die Hälfte bis zwei Drittel der von ihnen produzierten Autos als Elektroautos zu bauen – andernfalls drohen hohe Strafzahlungen, die sich nach der Anzahl der verkauften Autos richten. Je mehr Verbrenner ein Hersteller verkauft, desto höher sein Risiko. Die CO₂-Emissionsgrenzwerte dienen dazu, Elektroautos in den Markt zu pressen – allen Regeln zum Trotz, die normalerweise in einer freien Marktwirtschaft gelten.¹⁴⁴

Inlandsumsatz der deutschen Automobilindustrie von 2010 bis 2020 (in Millionen Euro)

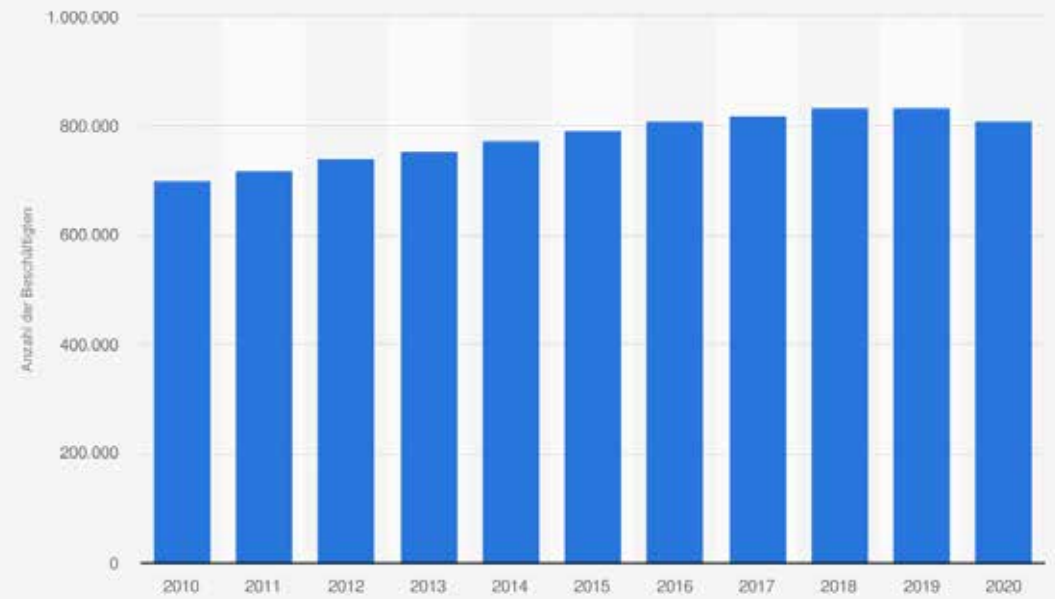


Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Deutschland



Beschäftigte in der deutschen Automobilindustrie von 2010 bis 2020



Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2021

Weitere Informationen:
Deutschland



DER GREEN DEAL UND DIE AUTOINDUSTRIE – STRUKTURWANDEL ODER

STRUKTURBRUCH?

Die EU will ihre Emissionen bis zum Jahr 2030 um insgesamt 50 bis 55 Prozent senken – im Vergleich zum Jahr 1990. Für die Autoindustrie hat sie geplant, dass diese den CO₂-Ausstoß ihrer in der EU produzierten Flotte um durchschnittlich 50 Prozent je Kilometer zu senken hat.¹⁴⁵

Die dahinterliegenden Interessen sind vielfältig. Hans-Werner Sinn führt an: „Beteiligt waren einerseits die Grünen, die aus grundsätzlichen Erwägungen etwas gegen Verbrennungsmotoren haben, und andererseits die Konkurrenten aus Frankreich samt der französischen Atomlobby, die den Kurs in Richtung Elektroautos durch entsprechende EU-Vorgaben gestärkt wissen wollte.“¹⁴⁶

Die CO₂-Emissionsziele der EU sind mit Abstand die schärfsten weltweit. Es droht ein Job-Kahlschlag innerhalb der Autoindustrie.

Volkmar Denner, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH: „Derartig anspruchsvolle Grenzwerte bedeuten das Ende des klassischen Verbrennungsmotors. Mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Beschäftigung der betroffenen Unternehmen. {...} Was wir können ist Strukturwandel. Was wir nicht können, ist Strukturbruch.“ Man müsse einem Veränderungsprozess Zeit geben. Wenn man ihn dagegen „dogmatisch übers Knie“ brechen will, „wird die Industrie den Wandel nicht bewältigen können.“¹⁴⁷

Das Fraunhofer Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation sieht bundesweit etwa 110.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in Gefahr, wenn der Verbrennungsmotor durch die Produktion von Elektromotoren ersetzt wird. Besonders betroffen wäre natürlich der Südwesten Deutschlands mit dem grossen Arbeitgeber Daimler.

Eine Arbeitsgruppe der von der Bundesregierung eingesetzten nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) befürchtet, dass ein „erheblicher Beschäftigungsrückgang“ bis 2030 zu erwarten sei. Für die Produktion von Elektroautos würden deutlich weniger Arbeitskräfte benötigt als für die Produktion von Verbrennern.

Mobilitätsexperte Arthur Kipferler sieht 410.000 Arbeitsplätze in Gefahr, zwei Drittel davon durch Produktivitätsgewinne, ein Drittel durch die Elektromobilität. „Der Bau eines Batterieautos ist teurer, aber technisch einfacher als der eines Verbrenners. In dessen Antriebsstrang stecken 2000 bis 4000 bewegliche Teile, in dem eines Elektroautos dagegen nur rund 300. Alleine in der Produktion des Antriebsstrangs braucht man deshalb künftig deutlich weniger Personal. Lager, Bolzen, Schläuche und Pumpen, die in einem Verbrennungsmotor stecken, finden keine Verwendung mehr.“¹⁴⁸

Die Zulieferindustrie ist der große Verlierer dieser Entwicklung. Die großen deutschen Automobilhersteller wie Daimler und BMW haben bereits begonnen, die Produktion ihrer Verbrennungsmotoren in Länder außerhalb der EU zu verlagern und innerhalb der EU nur noch Elektroautos herzustellen, für die deutlich weniger Komponenten benötigt werden, so dass die Zuliefer-



industrie weniger wird zuliefern können.¹⁴⁹ Die Strategie ist, den Verbrenner als „Bad Bank“ ins Ausland abzuschieben, während in Deutschland der Fokus auf der „Good Bank“ liegt – dem als zukunftsfähig deklarierten Elektroauto.¹⁵⁰ Das mag ökonomisch sinnvoll sein, zeigt aber auch, dass die deutsche Klimapolitik zu Heuchelei und nicht zu CO₂-Reduktion führt.

Konsequenterweise kündigte VW am 19. Juni 2021 an, ab dem Jahr 2030 nur noch Elektroautos in der EU zu produzieren und die Produktion von Verbrennungsmotoren vollständig aus der EU hinaus zu verlagern.

Elektroautos sind zwar deutlich einfacher herzustellen, aber wegen der Batterien dennoch um bis zu 50 Prozent teurer. Das wird den Strukturwandel zusätzlich anheizen, weil es für Deutschland schwieriger wird, konkurrenzfähig zu bleiben. Die Produktion von guten Verbrennungsmotoren erfordert allerhöchste Ingenieurskunst, wie sie bisher nur in Deutschland geballt anzutreffen war. Elektroautos dagegen lassen sich auch von deutlich

weniger gut ausgebildeten Arbeitnehmern zusammenschrauben. Berücksichtigt man zudem die Standortnachteile Deutschlands wie hohe Energie- und Lohnkosten, ist zu befürchten, dass die Produktion von Elektroautos langfristig abwandern wird – in Länder mit Strompreisen ohne EEG-Umlage und niedrigeren Löhnen.

Wie schlecht es um die Automobilindustrie steht, zeigt sich daran, dass viele Konzerne wie Continental aus Hannover in Niedersachsen oder ZF aus Friedrichshafen in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2019 massiv Stellen in Deutschland abgebaut haben und weiter abbauen.

Wenn es zu spürbaren Arbeitsplatzverlusten kommt, die auch betriebsbedingte Kündigungen umfassen, dürfte sich die politische Debatte nachhaltig intensivieren.

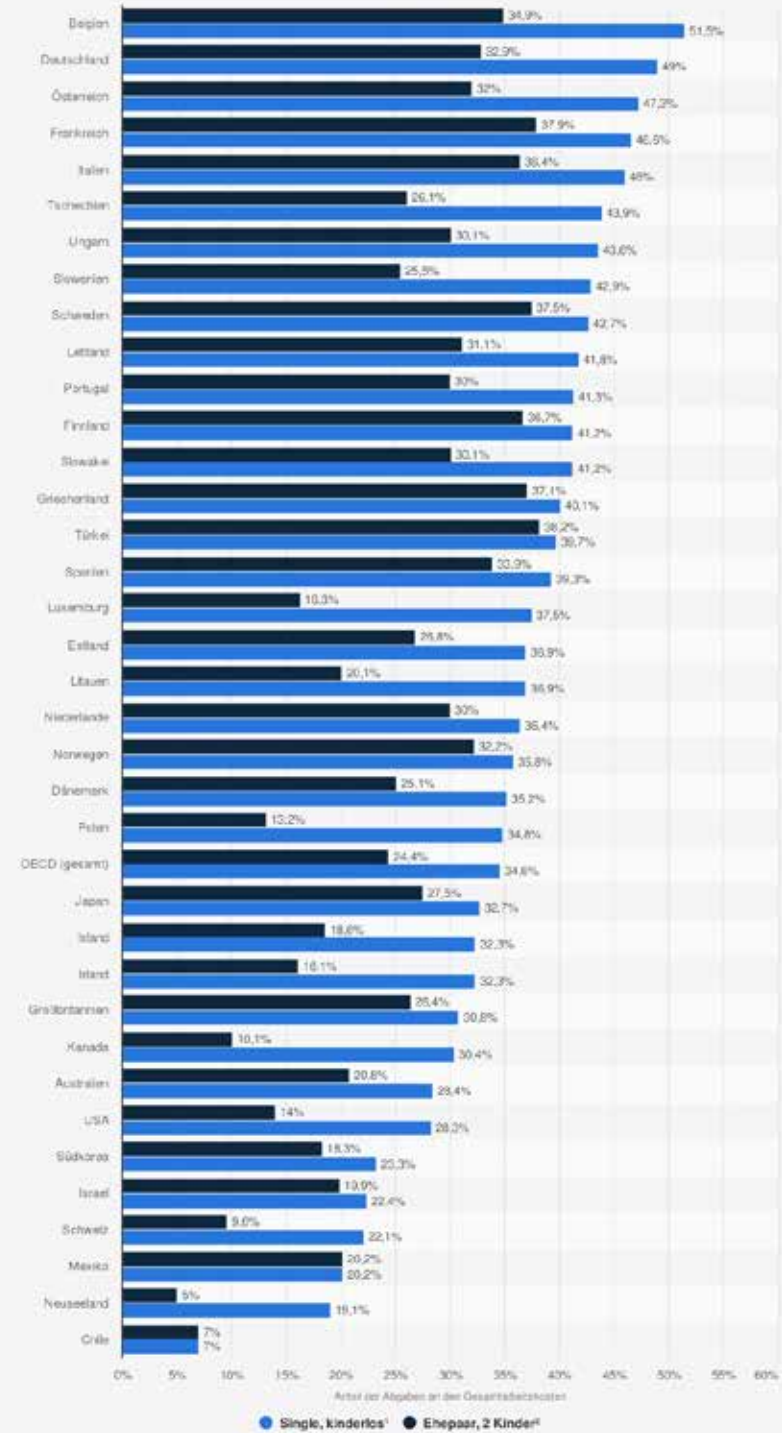
DER FLUCH DER ABGABEN

Kein anderes Land belastet Arbeit so hoch wie Deutschland.

Laut der OECD ist Deutschland das Land, das Alleinstehende und Doppelverdiener gemessen am Bruttoeinkommen unter den insgesamt 38 OECD-Mitgliedsländern am höchsten mit Steuern und Sozialabgaben belastet. So muss im Jahr 2020 ein alleinstehender Arbeitnehmer ohne Kinder in Deutschland 38,9 Prozent seines Gehalts wieder abgeben. Der OECD-Schnitt liegt bei 24,9 Prozent. Auch für Doppelverdiener mit Kindern ist Deutschland ein Hochsteuerland. Bei einem gemeinsamen Bruttoeinkommen von 103.500 Euro im Jahr, werden fast 30 Prozent Steuern und Sozialabgaben fällig. Nur in Dänemark zahlt eine Familie mit zwei Verdienern und zwei Kindern noch mehr. Bei Familien mit einem Alleinverdiener steht Deutschland an neunter Stelle. Die Belastungsquote liegt hier bei knapp 33 Prozent, der OECD-Durchschnitt bei 24,4 Prozent. Die OECD berechnet auch den sogenannten Steuerkeil. Damit setzt sie das Arbeitgeberbrutto ins Verhältnis zum Arbeitnehmerbrutto. Der Steuerkeil liegt in Deutschland bei 49 Prozent. Damit steht Deutschland im OECD-Vergleich an zweiter Stelle direkt hinter Belgien. Der Durchschnittswert liegt bei 34,6 Prozent.¹⁵¹

In Deutschland ist Arbeit so hoch besteuert, dass die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort leidet.

Anteil von Steuer- und Sozialabgaben an den Gesamtarbeitskosten für Durchschnittsverdiener in den OECD-Ländern im Jahr 2020 nach Familienstand



Quelle: OECD © Statista 2021

Weitere Informationen: (1) FZD

„Übrigens werden die Batterien unter hohem Energieaufwand und mit viel CO₂-Ausstoß in China produziert, und so schleppt eine solche Batterie rechnerisch einen CO₂-Rucksack mit sich herum, der sich erst über die Zeit verbraucht. Das Österreichische Institut Joanneum Research hat für den österreichischen und den deutschen Automobilclub ausgerechnet und durch Testfahrten explizit belegt, dass man mit einem Diesel 219.000 Kilometer fahren muss, bis sich der Vorteil des E-Autos materialisiert. Verglichen wurde ein E-Golf mit einem gleichwertigen Diesel-Golf.

Für die Energiebilanz bringt das also gar nichts, denn in Deutschland wird ein Auto im Schnitt nur 180.000 bis 190.000 Kilometer gefahren. Man kommt also gar nicht in den Bereich der Fahrleistungen, bei denen das E-Auto seine potenziellen Vorteile ausspielen könnte.“¹⁵²

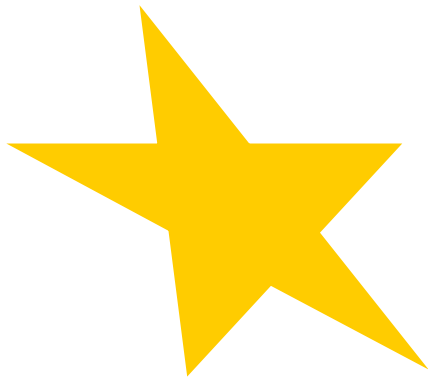
Hans-Werner Sinn

WIE EFFEKTIV SIND DIE EMISSIONSZIELE?



Wie effektiv können die deutschen und die EU-Emissionsziele sein, wenn wegen ihnen nicht weniger Verbrennungsmotoren gebaut werden, sondern nur in anderen Ländern?

2018 emittierte der gesamte europäische PKW-Verkehr knapp 550 Millionen Tonnen CO₂. Dieselbe Menge emittiert China in drei Wochen.¹⁵³ Die klimapolitischen Regulierungen sind deutlich weniger effektiv als möglich und deutlich teurer als nötig.¹⁵⁴



DIE FLUCHT DER LEISTUNGSTRÄGER

Rainer Hellstern, Auswander-Experte: „Steuern und Sozialbeiträge sind fast nirgends so hoch wie in Deutschland. Daher zählen steuerliche Gründe auch zu den beliebtesten Gründen, um über eine Auswanderung nachzudenken. Auch dürften etwaige Debatten um Steuererhöhungen in Deutschland (z.B. in der Folge der Coronakrise) hitzig werden, wenn man die hiesige Abgabenlast mit der von anderen Ländern in Europa vergleicht.“¹⁵⁵

Deutschland exportiert Humankapital: die Besten verlassen das Land. Im internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte geht es um Nettolöhne. Diese sind in Deutschland vergleichsweise niedrig, Steuern und Sozialabgaben dagegen hoch. Man verdient also wenig und muss viel davon abgeben. Das schreckt ab. Einheimische Hochqualifizierte wandern in die Schweiz oder in die USA aus, wo sie oft ein Vielfaches dessen verdienen, was in Deutschland möglich wäre und ausländische Hochqualifizierte sehen wenig Veranlassung, nach Deutschland einzuwandern.

Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) in Kooperation mit dem Institut für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen belegt diese These. In Deutschland ist Auswanderung eine Domäne der Hochqualifizierten. Jährlich wandern rund 180.000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit aus. Die meisten von ihnen sind Akademiker (76 Prozent). Etwa 130.000 kehren jedes Jahr wieder zurück. Damit gehen dem Land jährlich netto 50.000 hochqualifizierte Bürger verloren. Die Schweiz ist mit einem Anteil von 13 Prozent das wichtigste Zielland deutscher

Emigranten und vor allem bei Ärzten beliebt. An zweiter Stelle folgen Österreich mit acht und an dritter Stelle die Vereinigten Staaten mit sieben Prozent aller deutschen Emigranten. Aber auch Australien und Norwegen sind beliebte Ziele. Es locken vor allem die besseren Arbeits- und Einkommensverhältnisse in diesen Ländern.¹⁵⁶

Mittlerweile ist jeder fünfte Arzt in der Schweiz aus Deutschland und wurde in Deutschland mit dem Geld deutscher Steuerzahler ausgebildet. Rechnet man mit etwa 250.000 Euro pro fertig ausgebildetem Arzt, hat die Schweiz bisher Humankapital in Höhe von rund 1,9 Milliarden Schweizer Franken von Deutschland geschenkt bekommen – Geld, das die Schweiz zudem spart, weil sie es nicht mehr in die eigenen Universitäten investieren muss. Der volkswirtschaftliche Nutzen, den ein Arzt während seines Lebens erwirtschaftet, kommt noch dazu.

Während hochqualifizierte Deutsche abwandern, werden Geringqualifizierte in großer Zahl importiert, die die durchschnittliche Wirtschaftsleistung senken und vor allem die Sozialsysteme belasten. Der Hartz-IV-Regelsatz, an dem sich die Leistungen für Asylbewerber orientieren, ist in Deutschland doppelt so hoch wie das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Nordafrika und dreimal so hoch wie das in Schwarzafrika.¹⁵⁷

„Der Niedriglohnsektor hat die Arbeitslosigkeit reduzieren können. Allerdings zu einem hohen Preis. Niedrige Löhne dienen nicht mehr dem bloßen Einstieg in den Arbeitsmarkt, sondern sind häufig ein Dauerzustand. Sie sind dann kein Sprungbrett, sondern eine Sackgasse.“¹⁵⁸

Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung

Das deutsche Sozialsystem ist so teuer geworden, dass die Leistungsträger, die es bisher am Laufen gehalten haben, das Land verlassen – eine Entwicklung, die sich nach Corona wahrscheinlich deutlich beschleunigen wird. Zudem wirken die hohen Sozialabgaben wie eine Strafsteuer für Geringverdiener und perpetuieren den ohnehin schon viel zu großen Niedriglohnsektor.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit seiner Agenda 2010 den Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet, um Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen so den Weg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu ermöglichen. Tatsächlich hat er dauerhaft den „besten Niedriglohnsektor“ aufgebaut, den es in Europa gibt¹⁵⁹ – eine zweifelhafte Spitzenposition, die sich Deutschland mit Ländern wie Bulgarien, Polen, Estland, Lettland und Litauen teilt. Kein anderes vergleichbares Industrieland hat einen derart ausgeprägten Niedriglohnsektor. 2018 verdienten in Deutschland mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten weniger als 11,40 Euro brutto pro Stunde, ein großer Teil davon sogar noch weniger, also weniger als der gesetzliche Mindestlohn. Insgesamt arbeitet mittlerweile ein Drittel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor.¹⁶⁰

Gerhard Schröders Ziel, Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde erreicht, aber zu einem sehr hohen Preis: Immer mehr qualifizierte Tätigkeiten wurden unter die Niedriglohnschwelle gedrückt. Mittlerweile arbeiten über drei Millionen Niedriglöhner, also 40 Prozent aller Niedriglöhner, in Bereichen, die eine mittlere oder sogar eine hohe Qualifikation erfordern.¹⁶¹ Darüberhinaus gelingt der „Aufstieg“ in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur selten. Der Rattenschwanz ist lang. Niedriglöhner zahlen kaum Steuern und keine Sozialabgaben. Wie aber lässt sich ein Wohlfahrtsstaat unterhalten, wenn ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung sich nicht mehr daran beteiligt?

Mehr als die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten sind im Groß- und Einzelhandel, in der Transport- und Nahrungsmittelindustrie sowie in den Bereichen Gesundheit, Bildungs- und Sozialwesen tätig.

Aus einer parlamentarischen Anfrage von dem AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer geht hervor, daß mehr als jeder vierte Altenpfleger in Deutschland im Niedriglohnsektor arbeitet. René Springer: „Mit einer sicheren Perspektive auf einen schlecht bezahlten Job wird man den steigenden Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege nicht decken können.“¹⁶²

Aus weiteren Anfragen der AfD-Fraktion geht hervor, dass mehr als elf Millionen Menschen im Alter nur eine Mini-Rente erhalten werden, weil sie so wenig verdient haben, dass ihre Rente auch nach 45 Beitragsjahren nicht über dem aktuellen staatlichen Grundeinkommens liegen wird.¹⁶³

2019 reichte die AfD-Fraktion im Bundestag einen Antrag zur Entlastung der Durchschnitts- und Geringverdiener bei den Sozialabgaben ein. Die AfD wollte über 17 Millionen Menschen durch einen steuerfinanzierten Zuschuss für ihre Sozialabgaben entlasten.¹⁶⁴ Der Antrag wurde abgelehnt.

Altersarmut breitet sich rasant aus. Waren 2006 „nur“ 1,9 Millionen Ältere, also 12,5 Prozent der über-65-Jährigen von Armut bedroht, waren es 2018 bereits 3,1 Millionen Ältere, also 18,2 Prozent der über-65-Jährigen. Ihre Einkommen lagen unter der sogenannten Armutsgefährdungsschwelle.¹⁶⁵

Altersarmut ist das größte Problem, das auf Deutschland zukommt. Um ihr vorzubeugen, ist es wichtig, den Niedriglohnsektor einzudämmen und den Übergang von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu fördern. Zudem muss unser Steuer-, Abgaben- und Transfersystem reformiert werden – damit Deutschland für die eigenen Leistungsträger wieder attraktiv wird und möglicherweise sogar Hochqualifizierte aus anderen Ländern anlockt.



**Brüssel,
schriftliche Rede,
18. Juni 2021**

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frau von der Leyen,

die Kommission wird nun beginnen, die nationalen Resilienz- und Aufbaupläne zu prüfen und will sogar dieses Parlament informieren. Danach werden die Milliarden rollen. Aber jeder einzelne Resilienz- und Aufbauplan ist rechtswidrig. Sie implementieren ein rechtswidriges Vorgehen. Mit Ihrem sogenannten Wiederaufbaufonds überschreiten Sie in beispielloser Weise Ihre Kompetenz. Und Sie betreiben Etikettenschwindel. Sie sprechen von Wiederaufbau, aber wir alle wissen, dass es um Ihren Green Deal geht. Sie wollen die Transferunion und Deutschland soll zahlen.

Liebe deutsche Bürger,
Corona ist der Vorwand, der es diesen Personen ermöglicht, euch die Schuldenunion aufzudrücken, die es nie, nie, nie geben sollte. Das war das Versprechen. Das war der Deal. Plötzlich alles egal.

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht nationaler Souveränität. Plötzlich egal.

Während ihr euch um die Gesundheit eurer Kinder, eurer Familien und eurer Freunde sorgt, hat diese Kommission nicht nur die Finger in eure Taschen gesteckt, sondern sie haben euer Portemonnaie fest umklammert und in diesem Moment ziehen sie es euch aus der Tasche. Ich fürchte, sie werden es euch nicht zurückgeben, nicht in den nächsten Jahren und wohlmöglich auch nicht in den nächsten Jahrzehnten – wenn wir uns nicht wehren.

Eine europäische Schuldenunion ist nicht kontrollierbar. Die Risiken sind nicht kalkulierbar. Sie haben euer Schicksal besiegelt: arbeiten bis ihr umfallt, wenig verdienen, kaum Urlaub – für euch, eure Kinder und eure Enkel!

Lasst das nicht zu! Wehrt euch!

BRÜSSEL, PLENARSITZUNG DES EU-PARLAMENTS 8. FEBRUAR 2021



„Herr Präsident!

Arbeit ist das beste Mittel gegen Armut. Dieser Grundsatz gilt leider in der Europäischen Union nicht mehr. Und nun beraten wir heute über einen Bericht von Frau Demirel zur Erwerbstätigenarmut, in dem viel Richtiges steht. Nur, was mich wundert: Auf die Situation in Deutschland wird in diesem Bericht mit keinem einzigen Wort eingegangen, denn wir sind in Deutschland hier wieder einmal Spitze. Das reiche Deutschland: Wir sind nicht nur der Zahlmeister der Europäischen Union, wir sind hier wieder mal Spitze. Wir haben nicht nur die höchsten Lohnnebenkosten und die höchsten Energiepreise, nein, wir haben auch den grössten Niedriglohnsektor der ganzen Europäischen Union. Acht Millionen Menschen arbeiten in Deutschland im Niedriglohnsektor. Das heisst, sie verdienen weniger als 10,80 EUR – 8 Millionen Menschen.

Wie konnte es dazu kommen? Die Büchse der Pandora haben Sozialdemokraten geöffnet. Sozialdemokraten haben die Arbeiterschaft wieder einmal verraten mit der Agenda 2010. Und wie geht es weiter? Was tut z.B. Frau Demirel mit den Linken? Die Politik der offenen Grenzen – die Politik der offenen Grenzen führt zu Lohndumping und zu moderner Sklaverei, zu nichts anderem, das führt zu Armut.

Dann haben wir noch die Politik der Grünen, die aus ideologischen Gründen unserer Industrie endgültig den Garaus machen wollen, die die Deindustrialisierung immer weiter vorantreiben und damit die letzten gut bezahlten Arbeitsplätze in Deutschland auch noch kaputt machen. Diese Politik – diese Politik führt zu Armut. Und das müssen wir verhindern. Die Europäische Union ist das Problem. Sie ist nicht die Lösung.“



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitstreiter und Freunde,

Im Vorwort habe ich meine Kindheit und Jugend im Ruhrgebiet beschrieben, die ich als grundpositiv erlebt habe. Die Zeit der rauchenden Schloten und drehenden Seilscheiben war eine Zeit der Arbeit für alle und des Wohlstands für alle. Natürlich gab es auch Schattenseiten. Die größte Schattenseite war der Raubbau an unserer Umwelt. Der Industrie war es völlig egal, was sie in die Luft blies. Giftstoffe entsorgte sie auf Feldern und in Flüssen. Die privaten Haushalte waren auch nicht besser. Batterien landeten im Hausmüll und Farbe im Ausguss. Seinen Ölwechsel machte man auf dem Bordstein – über dem Gully. Das alles war normal – und hatte Folgen:

Die Luft war dreckig, richtig dreckig. Weiße Wäsche blieb draußen auf der Leine nicht lange weiß. Ich kann mich daran erinnern, dass die Schule oft ausgefallen ist – wegen Smog. Im Kanal schwammen keine Fische, sondern Öl. Es gab keinerlei Bewusstsein dafür, dass die Natur schützenswert war und der Mensch eine Bedrohung für sie darstellte.

Gottseidank entstand damals eine Bewegung, aus der eine Partei wurde und die sich endlich für die Natur einsetzte – die Grünen. Die Grünen waren die erste Partei, die mir tatsächlich sympathisch war – als ich zwölf war. Ich erzählte meinem Opa von meinen neugefundenen Ansichten. Der hat mich sofort angerannt: „Willst du mit der Kutsche fahren? – Du wählst die SPD. Basta.“

Mit zwölf durfte ich Gott sei Dank noch nicht wählen und spätestens mit dem Beginn meiner Lehre hatte ich mich auch wieder besonnen und wählte die SPD. Trotzdem bin ich überzeugt, dass es der historische Erfolg der Grünen war, das Bewusstsein für die Umwelt in der ganzen Gesellschaft zu entwickeln. Deutschland ist heute eins der grünsten Länder der Erde. Den letzten Smogalarm gab es – glaube ich – vor über 30 Jahren.

Stickoxid hat sich seit 1990 um 60 Prozent reduziert. Stickoxid ist der böse Stoff, wegen dem heute der Diesel verteufelt wird, aber seit Beginn der Industrialisierung war unsere Luft nicht mehr so sauber wie heute. Unsere Kraftwerke haben die besten Filter und sind die effizientesten der Welt. Unser Diesel ist der sauberste, den es je gab. Wir trennen unseren Müll und entsorgen Giftstoffe professionell. Beim Recycling sind wir Weltmarktführer und im Kanal schwimmen wieder Fische.

Noch nie sind die Menschen in Deutschland so alt geworden und noch nie waren sie so gesund. Für die Grünen ist das ein Riesenerfolg – und ein großes Problem. Denn sie haben sich selbst überflüssig gemacht. Wir brauchen sie nicht mehr. Es gibt in Deutschland keine echten Umweltprobleme mehr. Aber anstatt sich stolz und zufrieden zurück zu ziehen, haben sie sich ein neues Ziel gesetzt: den Klimawandel aufhalten. Ein ideales Ziel: Erstens liegt es in der fernen Zukunft und kann die Existenz der Grünen auf Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte rechtfertigen. Zweitens gibt es keine Kriterien, anhand derer sich ein Erfolg ihrer Maßnahmen messen ließe. Wenn sie nichts gemacht hätten, wäre es bestimmt schlimmer geworden – ein wunderbares Totschlag-Argument und völlig unangreifbar von jeglicher Realität. Und drittens freuen sich viele Unternehmen, die ausreichend große Rechtsabteilungen haben, um Subventionen und Fördergelder in niedrigere Höhen zu beantragen.

Dass die Maßnahmen, mit denen die Grünen ihren frisch-gefundenen Endgegner bekämpfen, nicht mehr die Umwelt schützen, sondern ihr Schaden, ist plötzlich egal, ebenso wie die Batterien von Elektroautos, die ausgelaugten Böden beim Biomassenanbau, das Recycling von Solaranlagen und die geschredderten Tiere unter Windkraftanlagen.

Fast könnte man glauben, die Grünen seien nicht mehr grün, sondern von Marxisten unterwandert. Es geht ihnen nur noch darum, die Menschen zu kontrollieren und zu gängeln – wie es bei Marxisten immer schon üblich war. Außerdem haben beide keine Ahnung von Wirtschaft, sondern stehen ihr im Gegenteil grundsätzlich feindlich gegenüber. Der einzige Unterschied ist, dass die Produktionsmittel, speziell die Autos, nicht mehr kollektiviert werden sollen, sondern gleich abgeschafft.

Klima-Kanzlerin IM Merkel hat in den letzten sechzehn Jahren alles dafür getan, sie dabei zu unterstützen. Deutschland ist zur Sperrspitze der selbsternannten Klimaretter geworden. Mit dem Green Deal vollenden sie ihr gemeinsames Werk: Was bisher nur für Deutschland galt, soll in Zukunft für die ganze EU gelten. Nicht nur Deutschland, sondern alle müssen sich von jetzt an kasteien, um der Welt Erlösung zu bringen und vor dem Klimatod zu retten.

Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern auch der Wirtschaft, dem Wohlstand und dem sozialen Frieden. Die Freiheit ist bedroht. Balance und Augenmaß sind völlig verloren gegangen.

Ich habe in diesem Buch beschrieben, was Strukturwandel bedeutet. Und ich habe die Unsinnigkeit der klimapolitischen Maßnahmen dargelegt und die aus ihnen erwachsenden Konsequenzen für die Wirtschaft und für den sozialen Frieden.

Der Green Deal will uns in eine staatliche Planwirtschaft transformieren mit Hilfe von frisch erzeugtem EZB-Geld. Das muss in die Katastrophe führen.

Mein Ziel ist es, alles zu versuchen, um dies zu verhindern. Ich kläre auf wie mit diesem Buch, ich halte Vorträge und ich setze mich politisch ein. Ich möchte Deutschland und Europa bewahren. Ich möchte unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand schützen.

Glückauf!

„Niemand schreibt ein Buch allein.“ Auch wenn dieses Zitat von A.C.A. Baerbock keineswegs für alle gilt, trifft es auf mich zu. Daher möchte ich meinen Mitarbeitern in Brüssel Dirk Crols, Susanne Günther und Anastasija Koren danken, ohne die mein Buch nicht fertig geworden wäre.

Ich habe mich durchgehend bemüht, alle Ideen, die von anderen stammten und die ich ins Buch habe einfließen lassen, in Fußnoten kenntlich zu machen – obwohl dies keine wissenschaftliche Arbeit ist. Sollte ich das dennoch einmal übersehen oder vergessen haben, trifft die Schuld natürlich nur mich alleine.

Mein besonderer Dank gilt Enxhi Seli-Zacharias und Tino Chrupalla für ihre aufrüttelnden Gastbeiträge und vor allem auch jenen, die sich die Zeit genommen haben, mir ihre Heimatstädte zu zeigen und die mutig genug waren, um mir ehrlich von ihren Problemen vor Ort zu berichten. In Mannheim waren das Rüdiger Ernst, Heinrich Koch, Peter Liebenow, Gerd Schöffner, Robert Schmidt und Frank Winter; in Pirmasens Jürgen Menge und Ferdinand Weber; und in Plauen Frank Schaufel und Gerald Schumann.



ENDNOTEN

- ¹ Statista (c).
- ² Statista (d).
- ³ Statista (b); IG.
- ⁴ IW Consult 2021.
- ⁵ Wikipedia, Industrielle Revolution.
- ⁶ Henning 2008.
- ⁷ Wikipedia, Hochindustrialisierung.
- ⁸ Wirtschaftsschule.de 2014.
- ⁹ Raphael 2021.
- ¹⁰ Schnurr/Mahr 2019.
- ¹¹ Czierpka 2019, S. 14.
- ¹² Ruhrguide.de.
- ¹³ Wikipedia, Berggesetz.
- ¹⁴ Wikipedia, Hochindustrialisierung.
- ¹⁵ Czierpka 2019, S. 15.
- ¹⁶ Czierpka 2019, S. 17.
- ¹⁷ Institut Arbeit und Technik 2019, S. 32.
- ¹⁸ Institut Arbeit und Technik 2019, S. 33.
- ¹⁹ Schraven/Drepper/Klingemann 2009.
- ²⁰ Marksteiner 2018.
- ²¹ Röhl 2019, S. 51.
- ²² Sozialpolitik-aktuell 2021.
- ²³ Jörg Bogumil/Heinze 2019, S. 43.
- ²⁴ Diese Zahlen beziehen sich auf die Flächenländer. In den Stadtstaaten sieht es anders aus.
- ²⁵ Röhl 2019, S. 55.
- ²⁶ Gerls 2020.
- ²⁷ Gerls 2020.
- ²⁸ Röhl 2019, S. 53.
- ²⁹ Knauss 2019.
- ³⁰ Kowalewski 2018.
- ³¹ Menkens 2020.
- ³² Schmeling 2018.
- ³³ Beisswenger/Weck 2010, S. 12.
- ³⁴ Weil 2011, S. 907.
- ³⁵ Beisswenger/Weck 2010, S. 12.
- ³⁶ Bertelsmann Stiftung (a), S. 13; Gernot 2020.
- ³⁷ Süddeutsche Zeitung 2018.
- ³⁸ Abdalla/Könnecke/Stein 2018.
- ³⁹ Abdalla/Könnecke/Stein 2018.
- ⁴⁰ Lindacher 2020.
- ⁴¹ Allgemeine Zeitung 2020.
- ⁴² Ärztezeitung 2016.
- ⁴³ Operationelles Programm Interreg IVa.
- ⁴⁴ What Europe does for me - Pirmasens.
- ⁴⁵ Kiesewetter 2007.
- ⁴⁶ Plauenonline.
- ⁴⁷ Plauenonline.
- ⁴⁸ Sächsische.de 2020.
- ⁴⁹ Sächsische.de 2019.
- ⁵⁰ Plauen, S. 17-19, S. 21-29, S. 34.
- ⁵¹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2019, S. 31-32.
- ⁵² EFRE/ESF.
- ⁵³ Spitzenstadt.de 2015.
- ⁵⁴ Wikipedia, Mannheim.
- ⁵⁵ Schreyer 2017.
- ⁵⁶ Deutscher Gewerkschaftsbund 2019.
- ⁵⁷ SWR 2021.
- ⁵⁸ Balci 2020.
- ⁵⁹ IPCC.
- ⁶⁰ Climate Policy Info Hub
- ⁶¹ Nicht von allen Staaten, das unterliegt auch politischem Opportunismus. Siehe die INDCs von der COP21 (2015).
- ⁶² Statista (a)
- ⁶³ Myllyvirta 2021.
- ⁶⁴ Europäische Kommission 2005.
- ⁶⁵ Centrum für Europäische Politik 2014, S. 6.
- ⁶⁶ Europäisches Parlament 2008.
- ⁶⁷ Richtlinie 2003/87/EG über das Europäische System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

- ⁶⁸ Barichella 2017, S. 2.
- ⁶⁹ Bay 2018.
- ⁷⁰ Europäische Kommission 2005.
- ⁷¹ Statista (e).
- ⁷² Statista (f).
- ⁷³ Bardt 2011, S. 8 und S. 11.
- ⁷⁴ Deutsche Welle 2007.
- ⁷⁵ MacManis 2019.
- ⁷⁶ OECD; die EU hat sich allerdings erst 2004 auf dieses Ziel festgelegt.
- ⁷⁷ Clemens/Moss 2005.
- ⁷⁸ Thomas 2013.
- ⁷⁹ European Commission 2005; Europäische Kommission 2018.
- ⁸⁰ Philips 2010.
- ⁸¹ Rat der Europäischen Union 2020.
- ⁸² Europäische Kommission 2015.
- ⁸³ Umbach 2015, S. 10.
- ⁸⁴ Umbach 2015, S. 23.
- ⁸⁵ Thalman/Wettengel 2020.
- ⁸⁶ BR Wissen 2021.
- ⁸⁷ Deutsche Welle 2020.
- ⁸⁸ IWR 2018.
- ⁸⁹ Podbregar 2021.
- ⁹⁰ Europäisches Parlament 2019.
- ⁹¹ Harding 2020.
- ⁹² Resolution recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal 2019.
- ⁹³ Halliwanger 2019.
- ⁹⁴ Simon 2021 (c); Taylor 2021.
- ⁹⁵ Europäisches Parlament 2020; Simon 2020 (b).
- ⁹⁶ Gabor 2020.
- ⁹⁷ Simon 2020 (a).
- ⁹⁸ Wesel 2021.
- ⁹⁹ Matthes 2020.
- ¹⁰⁰ Bagesschau 2020.
- ¹⁰¹ Fischer 2020.
- ¹⁰² Der Spiegel 2020 (b).
- ¹⁰³ Sinn 2020 (a).
- ¹⁰⁴ Deutscher Bundestag 2021.
- ¹⁰⁵ Antrag AfD Fraktion 2021.
- ¹⁰⁶ Bundesrechnungshof 2021 (a).
- ¹⁰⁷ Adolph.
- ¹⁰⁸ Bundesregierung 2010.
- ¹⁰⁹ Kostenfreie Energie.
- ¹¹⁰ Wikipedia, Strompreis.
- ¹¹¹ Strom-Report.
- ¹¹² T-online 2020.
- ¹¹³ Bundesrechnungshof 2021 (b), S. 33.
- ¹¹⁴ Statista (g).
- ¹¹⁵ Wetzel 2016.
- ¹¹⁶ Bundesrechnungshof 2021 (b), S. 35.
- ¹¹⁷ FAZ.net 2018.
- ¹¹⁸ Umbach, S. 6.
- ¹¹⁹ Umbach, S. 6.
- ¹²⁰ Bruninx/Madzharov/Delarue/D'Haeseleer 2013, S. 1 und S. 28-29.
- ¹²¹ Haferburg 2020.
- ¹²² Umbach, S. 7.
- ¹²³ Knauss 2019.
- ¹²⁴ Stratmann 2018.
- ¹²⁵ Antrag der AfD-Fraktion 2019.
- ¹²⁶ Weissermel/Wehrhan 2020.
- ¹²⁷ DICE Consult 2016, S. 3-4 und S. 9.
- ¹²⁸ Bundesrechnungshof 2021 (b); Wetzel 2021 (b); Stratmann 2021.
- ¹²⁹ Hildebrand/Müller 2021; Industrieanzeiger 2021; SWR 2021.
- ¹³⁰ Kube/Schaefer 2020, S. 17.
- ¹³¹ Kube/Schaefer 2020, S. 5.
- ¹³² Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung", S. 33.
- ¹³³ Die energieintensiven Industrien in Deutschland.
- ¹³⁴ Kube/Schaefer 2020, S. 14-15.

- ¹³⁵ Stratmann 2019.
¹³⁶ Roland Kube & Thilo Schaefer, loc. cit., S. 14-15.
¹³⁶ Bardt 2019.
¹³⁷ Bardt 2020.
¹³⁸ Kempermann/Bardt 2014, S. 35-36.
¹³⁹ Wetzel 2021 (a).
¹⁴⁰ Janssen/Dudenhöffer/Canzler/Knie/Schneiderwind/Koska/Lah/Mattes 2019.
¹⁴¹ ACEA 2021.
¹⁴² Heymann 2021, S. 6.
¹⁴³ Focusonline 2020 (b).
¹⁴⁴ Sinn 2020 (c).
¹⁴⁵ Businessinsider 2020.
¹⁴⁶ Sinn (d).
¹⁴⁷ Der Spiegel 2019.
¹⁴⁸ Nefzger 2020; auch dazu: Der Spiegel 2020 (a), Die Welt 2020.
¹⁴⁹ Frohn 2020.
¹⁵⁰ Alonso Garcia 2020.
¹⁵¹ OECD 2021; Businessinsider 2021; Greive 2021; Schubert 2021.
¹⁵² Sinn 2020 (b).
¹⁵³ Puls 2021; Kompendium 5.0 Abschnitt CO2-Emissionen, S. 6.
¹⁵⁴ Heymann 2021, S. 7.
¹⁵⁵ Hellstern 2020.
¹⁵⁶ Focusonline 2020 (a); Heiseonline 2020.
¹⁵⁷ Söllner 2020.
¹⁵⁸ Bertelsmann Stiftung 2020 (b).
¹⁵⁹ Sell 2017; Roth/Sievers 2010.
¹⁶⁰ Grabka/Göbler/Braband 2020, S. 6 und S. 20.
¹⁶¹ Grabka/Göbler/Braband 2020, S. 6 und S. 24.
¹⁶² NTV 2020.
¹⁶³ Versicherungsbote 2019.
¹⁶⁴ Wif 2019.
¹⁶⁵ ZDF 2020.

LITERATURVERZEICHNIS

Abdalla, Laila/Könnecke, Lisa/Stein, Katherina: Comeback einer einstigen Lokalmetropole?, in: edit.Magazin vom 14. Februar 2018
<https://www.edit-magazin.de/phaenomen-pirmasens.html>

ACEA: Interactive map: COVID-19 impact on EU automobile production, full-year 2020
<https://www.acea.be/news/article/interactive-map-covid-19-impact-on-eu-automobile-production-full-year-2020>

Adolph, Karin: Energiewende: Definition & Ziele - die Übersicht, in: CO2online
<https://www.co2online.de/klima-schuetzen/energiewende/energiewende-definition-ziele-uebersicht/>

AfD Fraktion Bundestag, Antrag AfD Fraktion. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen - Ausstieg aus dem Kohleausstieg, Drucksache 19/7720, 13. Februar 2019
<https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/077/1907720.pdf>

AfD Fraktion Bundestag, Antrag AfD Fraktion. Next Generation EU ist unzulässig - Bundesregierung muss EU-Verschuldung stoppen, Drucksache 19/27210, 3. März 2021
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/272/1927210.pdf>

Allgemeine Zeitung: Immer mehr Kinder in Hartz-IV-Familien, 22. Juli 2020
https://www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/immer-mehr-kinder-in-rheinland-pfalz-in-hartz-iv-familien_21987321

Alonso Garcia, Sina: Daimler und BMW ziehen Verbrenner-Produktion aus Deutschland ab: "Mitarbeiter zittern", in: BW24 vom 24. November 2020
<https://www.bw24.de/stuttgart/daimler-og-geely-bmw-verbrenner-kueundigungen-produktion-china-jobs-stellenabbau-mitarbeiter-90110693.html>

Ärzte Zeitung: In Pirmasens sterben Menschen früher, 30. März 2016
<https://www.aerztezeitung.de/Politik/In-Pirmasens-sterben-Menschen-frueher-279721.html?bPrint=true>

Beisswenger, Sabine/Weck, Sabine (2010): Fallstudie im Rahmen des Projektes „ Stadtkarieren in peripherierten Räumen“
https://www.ils-forschung.de/files_projekts/pdfs/Pirmasens-Bericht_Endfassung_012011.pdf

Balci, Güner: Eine Frau für fünf Euro, in: Deutschlandfunk Kultur vom 9. März 2020
https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutsprostituierte-aus-osteuropa-eine-frau-fuer-fuenf-euro.976.de.html?dram:article_id=472069

Bardt, Hubertus (2011): Klima- und Strukturwandel. Chancen und Risiken der deutschen Industrie, Forschungsbericht Institut der deutschen Wirtschaft
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Analysen/PDF/Bd_69_Klima-u_Strukturwandel.pdf

Bardt, Hubertus (2019): Energieintensive Branchen in Europa unter Druck, IW-Kurzbericht Nr. 52
<https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/hubertus-bardt-energieintensive-branchen-in-europa-unter-druck-433530.html>

Bardt, Hubertus (2020): Abbau im Aufschwung: Energieintensive Branchen reduzieren ihren Kapitalstock, IW-Kurzbericht Nr. 76
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/2020-6-26_Abbau_im_Aufschwung_Layout_Kurzbericht_D.pdf

Barichella, Arnauld (2017): How Europe can and should become the guardian of the Paris agreement on climate change, in: European Issue Nr. 450, S. 1-9
<https://www.robert-schuman.eu/en/doc/questions-d-europe/qe-450-en.pdf>

Bay, Lukas: So hart treffen die neuen CO2-Vorgabe BMW, Daimler und VW, in: Handelsblatt.com vom 18. Dezember 2018
<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/strengere-eu-vorgaben-so-hart-treffen-die-neuen-co2-vorgaben-bmw-daimler-und-vw/23168328.html?ticket=ST-15497748-9nfbYM4oBQem5OrZqUw7-ap4>

Bertelsmann Stiftung (a): Kommunalen Finanzreport 2019, Kapitel Kassenkreditlinie
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Kommunale_Finzen/Finanzreport-2019-gesamt.pdf

Bertelsmann Stiftung (b) (2020): Niedriglohnssektor: Sachgasse statt Sprungbrett, 2. Juli 2020
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/juli/niedriglohnssektor-sackgasse-statt-sprungbrett>

Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G. (2019): Von der Industrieregion zur Wissensregion. Strukturwandel im Ruhrgebiet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 39-46
<https://docplayer.org/114148888-Aus-Politik-und-zeitgeschichte.html>

BR Wissen, Was bringt der internationale Klimavertrag, 21. Januar 2021
<https://www.br.de/klimawandel/klimaabkommen-paris-protokoll-klimapolitik-klimawandel-102.html>

Bruninx, Kenneth/Madzharov, Darin/Delarue, Erik/D'Haeseleer, William (2013): Impact of the German nuclear phase-out on Europe's electricity generation - a comprehensive study, TME Working Paper - Energy and Environment
<https://www.mech.kuleuven.be/en/tme/research/energy-environment/Pdf/wp2013-02.pdf>

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019): Künftige Wohnungsleerstände in Deutschland. Regionale Besonderheiten und Auswirkungen, Plauen, S. 31-33
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2020/wohnungsleerstand-dl.pdf?_blob=publicationFile&v=2

Bundesrechnungshof (a): Wiederaufbaufonds darf keine Dauereinrichtung werden, Pressemitteilung, 11. März 2021
<https://www.bundesrechnungshof.de/presse-service/pressemitteilungen/sammlung/eu-wiederaufbaufonds-darf-keine-dauereinrichtung-werden>

Bundesrechnungshof (2021) (b): Bericht nach Paragraph 99 BHO zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei Elektrizität
<https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/langfassungen-ab-2013/2021/umsetzung-der-energiewende-im-hinblick-auf-die-versorgungssicherheit-und-bezahlbarkeit-bei-elektrizitaet>

Bundesregierung (2010): Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung
<https://archiv.bundesregierung.de/resource/blob/656922/779770/794fd0c40425acd7f46afacbe62600f6/energiekonzept-final-data.pdf?download=1>

Businessinsider: Verschärfte EU-Klimaziele: die Autoindustrie klagt ihr Leid, Verkehrsminister Scheuer klagt mit, 12. September 2020
<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/verschaeefte-eu-klimaziele-die-auto-industrie-klagt-ihr-leid-verkehrsminister-klagt-mit/>

Businessinsider: OECD-Studie zur Steuerlast: Deutschland ist Höchststeuerland – vor allem für Singles, 30. April 2021
<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/finanzen/oecd-studie-zur-steuerlast>

Centrum für Europäische Politik (2014): Die Klima- und Energiepolitik der EU. Stand und Perspektiven
https://www.cep.eu/Studien/cepKompass_Klima_Energie.pdf

Clemens, Michael/Moss Tod (2005): Ghost of 0.7 %: origin and relevance of the international aid target, Center for Global Development, Working Paper Nr. 68
<https://www.cgdev.org/publication/ghost-07-origins-and-relevance-international-aid-target-working-paper-68>

Climate Policy Info Hub: European Climate Policy - History and state of play
<https://climatepolicyinfohub.eu/european-climate-policy-history-and-state-play>

Czierpka, Juliane (2019): Von der Industrialisierung bis zur Kohlenkrise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 13-19
<https://docplayer.org/114148888-Aus-Politik-und-zeitgeschichte.html>

Der Spiegel: Deutsche Industrie sieht sich durch EU-Klimaziele bedroht, 11. Dezember 2019
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/co2-vorgaben-der-eu-kommission-deutsche-industrie-gegen-ehrzeigige-plaene-a-1300671.html>

Der Spiegel (a): E-Mobilität gefährdet mehr als 400.000 Jobs, 13. Januar 2020
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/e-mobilitaet-gefahrdet-ueber-400-000-jobs-a4289e9f-5352-4b59-95ab-3b3bc03432bb>

Der Spiegel (b): Deutschland zahlt künftig bis zu 45 Milliarden Euro pro Jahr an die EU, 21. Juli 2020
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-kostet-deutschland-kuenftig-bis-zu-45-milliarden-euro-pro-jahr>

Deutsche Welle: Merkel to stress climate control at first UN visit, 24. September 2007
<https://www.dw.com/en/merkel-to-stress-climate-control-at-first-un-visit/a-2793434>

Deutsche Welle, China will bis zum Jahr 2060 Klimaneutralität erreichen, 23. September 2020
<https://www.dw.com/de/china-will-bis-zum-jahr-2060-klimaneutralitaet-erreichen/a-55021451>

Deutscher Bundestag: Bundestag stimmt dem Eigenmittelsystem der Europäischen Union zu, 25. März 2021
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw12-de-eu-eigenmittel-826488>

Deutscher Gewerkschaftsbund: Besuch von drei Mannheimer Industriebetrieben, 20. Februar 2019
<https://bw.dgb.de/themen/+ +co + +01b0209e4-351-11e9-8a94-52540088cada>

DICE Consult (2016): Kosten der Energiewende. Untersuchung der Energiewendekosten im Bereich der Stromerzeugung in den Jahren 2000 bis 2025 in Deutschland
https://www.insm.de/fileadmin/insm-dms/text/soziale-marktwirtschaft/eeg/INSM_Gutachten_Energiewende.pdf

Die energieintensiven Industrien in Deutschland
<https://www.energieintensive.de/>

Die Welt: Expertenkommission sieht mehr als 400.000 Jobs in Gefahr, 13. Januar 2020
<https://www.welt.de/wirtschaft/article204979116/Autobranche-Strukturwandel-gefahrdet-Hunderttausende-Jobs.html>

EFRE/ESF: Europa fördert Sachsen. Ausgabe Vogtlandkreis
<https://publikationen.sachsen.de>

Europäische Kommission (2005): Speech by EU Commission President Barroso - Financing for development, UN Summit Special Plenary on FdD, New York, Pressemitteilung, 14. September 2005
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_05_509

Europäische Kommission (2015) (a), Mitteilung für eine erfolgreiche Bekämpfung der globalen Klimaänderung, KOM (2005)35 vom 9. Februar 2005, Amtsblatt C 125, 21. Mai 2005
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:52005DC0035>

Europäische Kommission (b): Klimaschutz: im Vorfeld von Paris übernimmt EU Führungsrolle mit Emissionsminderungen in Höhe von 23 %, Pressemitteilung vom 20. Oktober 2015
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_15_5868

Europäische Kommission (2018): EU mit 75,7 Mrd. EUR im Jahr 2017 nach wie vor weltweit grösster Geldgeber für Entwicklungshilfe, Pressemitteilung, 10. April 2018
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_18_3002

Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung: Operationelles Programm Interreg IV A Grossregion, Rückenwind
<https://www.interreg-4agr.eu/de/projet-detail.php?projectId=58>

Europäisches Parlament: Das EU-Klimapaket, 17. Dezember 2008
<https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20081208BKG44004+0+DOC+SML/VO//DE>

Europäisches Parlament: Europäische Parlament ruft Klimanotstand aus, Pressemitteilung vom 29. November 2019
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191121IPR67110/europaisches-parlament-ruft-klimanotstand-aus>

Europäisches Parlament: EU-Klimagesetz: Parlament will Emissionen bis 2030 um 60 % reduzieren, Pressemitteilung vom 8. Oktober 2020
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201002IPR88431/eu-klimagesetz-parlament-will-emissionen-bis-2030-um-60-reduzieren>

FAZ.net: In Deutschland steigt die Energiearmut, 11. Dezember 2018
<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/mieten-und-wohnen/verbraucher-zahlen-hunderte-millionen-euro-fuer-ungenutzten-oekostrom-15936120.html>

Fischer, Malte: Auf dem Weg in die EU-Schuldenuunion, in: Wirtschaftswoche vom 19. Mai 2020
<https://www.wiwo.de/politik/europa/corona-wiederaufbaufonds-auf-dem-Weg-in-die-Schuldenuunion/258446614.html>

Focusonline (a): "Domäne der Hochqualifizierten": Hunderttausende Deutsche wandern aus, 15. Januar 2020
https://www.focus.de/finanzen/news/neue-studie-domaene-der-hochqualifizierten-hunderttausende-deutsche-wandern-aus_id_11424311.html

Focusonline (b): Top-Ökonom: einseitige Klimapolitik bringt unseren Wohlstand in Gefahr, 22. September 2020
https://www.focus.de/finanzen/boerse/autoindustrie-bedroht-top-oekonom-einseitige-klimapolitik-bringt-unseren-wohlstand-in-gefahr_id_12455206.html

Froh, Phillip: Warum BMW und Daimler ihre Verbrenner-Produktion verlagern – und welche Risiken das birgt, in: Handelsblatt.com vom 23. November 2020
<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/autobranche-warum-bmw-und-daimler-ihre-verbrenner-produktion-verlagern-und-welche-risiken-das-birgt/26643870.html>

Gabor, Daniela: The European Green Deal will bypass the poor and go straight to the rich, in: The Guardian vom 19. Februar 2020
<https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/feb/19/european-green-deal-polish-miners>

Gaul, Simone/Troger, Julius: Seit Jahren das Konto überzogen, in: Zeitonline vom 10. Juli 2019
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-07/verschuldete-kommunen-deutschland-kassenkredite-altschulden-karte>

Gerls, Florian, Soziale Spaltung im Ruhrgebiet, in: Hammelsprung vom 13. März 2020
<https://hammelsprung.de/soziale-spaltung-im-ruhrgebiet/>

Gernot, Ludwig: Schuldenranking: Elf Kommunen aus Rheinland-Pfalz in den Top 20, in: SWR vom 30. Juli 2020
<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/verschuldung-staedte-bertelsmann-stiftung-100.html>

Grabka, Markus M./Göbler, Konstantin/Braband, Carsten (Bertelsmann Stiftung): Der Niedriglohsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?, 2. Juli 2020
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/200624_Studie_Niedriglohsektor_DIW_final.pdf

Greive, Martin: Die höchsten Steuern und Abgaben: Deutschland ist Weltmeister, in: Handelsblatt.com vom 29. April 2021
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/oecd-studie-die-hoechsten-steuern-und-abgaben-deutschland-ist-weltmeister/27143260.html>

Haferburg, Manfred: Wie Deutschland seine Atemgeräte aus dem Fenster wirft, in: Achgut.com vom 28. März 2020
https://www.achgut.com/artikel/wie_deutschland_seine_atemgeraete_aus_dem_fenster_wirft

Haltiwanger, John: Bernie Sanders just unveiled his 'Green New Deal' and this one actually comes with details, in: Business Insider vom 22. August 2019
<https://www.businessinsider.com/bernie-sanders-16-trillion-climate-change-plan-most-expensive-yet-2019-8?r=US&IR=T>

Harding, Robert: Syracuse's Howie Hawkins, a lifelong activist, is Green Party's nominee for president, in: auburn.pub.com vom 12. Juli 2020
https://auburnpub.com/news/local/govt-and-politics/syracuses-howie-hawkins-a-lifelong-activist-is-green-partys-nominee-for-president/article_d592c686-3440-51da-abcd-df569564e258.html

Heiseonline: Die Besten verlassen Deutschland, 11. März 2020
<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Auswanderer-Die-Besten-verlassen-Deutschland-4680750.html?view=print>

Hellstern, Rainer: Steuern in Europa & weltweit: Deutschland ist bei der Abgabenlast Weltspitze, in: AuswandernHandbuch, 23. Juni 2020
<https://www.auswandern-handbuch.de/steuern-weltweit/>

Henning, Friedrich Wilhelm (2008): Die Industrialisierung in Deutschland 1800-1914

Heymann, Eric (2021): Zukunft des Automobilstandorts Deutschland. Detroit lässt grüssen, in: Deutschland-Monitor, Deutsche Bank Research, 19. Januar 2021, S. 1-8
https://www.dbresearch.com/PROD/RPS_DE-PROD/PROD0000000515751/Zukunft_des_Automobilstandorts_Deutschland%3A_Detroit.PDF

Hildebrand, Jan/Müller, Anja: Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit - neuer Tiefstand bei internationalem Standortvergleich, in: Handelsblatt.com vom 11. Januar 2021
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/laenderranking-familienunternehmen-deutschland-verliert-an-wettbewerbsfaehigkeit-neuer-tiefstand-bei-internationalem-standortvergleich>

IG: Die 5 umsatzstärksten Branchen in Deutschland
<https://www.ig.com/de/trading-strategien/umsatzstaerkste-branchen-in-deutschland-190312>

Industrieanzeiger: Deutschland als Standort weniger attraktiv, 15. Januar 2021
<https://industrieanzeiger.industrie.de/top-news/deutschland-als-standort-weniger-attraktiv/>

Institut Arbeit und Technik (2019): Gerechter Wandel für Regionen und Generationen. Erfahrungen aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet
https://www.wwf.de/fileadmin/user_upload/WWF_Studie_Gerechter_Wandel_fuer_Regionen_und_Generationen.pdf

IPCC: IPCC Reports
<https://ipcc.ch/reports/>

IW Consult (2021): Bedeutung unternehmensnaher Dienstleistungen für den Industriestandort Deutschland
<https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/Studie-Industrie-und-Dienstleistungen.html>

IWR: Globaler Zubau von Kohlekraftwerken kippt Pariser Klimaziele, 8. Februar 2018
<https://www.iwr.de/druckansicht.php?id=35023>

Jannsen, Nils/Dudenhöffer, Ferdinand/Canzler, Weert/Knie, Andreas/Schneiderwind, Uwe/Koska, Thorsten/Lah, Olivier/Mattes, Bernhard (2019): Autoindustrie - auf dem richtigen Weg?, in: Wirtschaftsdienst, Heft 9, S. 451-469
<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/7/beitrag/autoindustrie-auf-dem-richtigen-weg.html>

Kempermann, Hanno/Bardt, Hubertus (2014): Risiken der Energiewende für die Industrie, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, S. 35-36
https://energie.de/fileadmin/dokumente/et/Archiv_Zukunftsfragen/2014/Zukunftsfragen_2014_03.pdf

Kiesewetter, Hubert (2007): Die Industrialisierung Sachsens: Ein regional-vergleichendes Erklärungsmodell, Regionale Industrialisierung, Band 5
 Knauss, Ferdinand: Was die Geschichte der deutschen Kohle lehrt, in: Wirtschaftswoche vom 30. Januar 2019
<https://www.wivo.de/politik/deutschland/kommission-fuer-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung-was-die-geschichte-der-deutschen-kohle-lehrt/23924050.html>

Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (2019): Abschlussbericht
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Kompodium 5.0 Abschnitt CO2-Emissionen
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/CO2-Kompodium/2021/Kompodium_5.0_Abschnitt_CO2-Emissionen.pdf

Kostenfreie Energie: EEG-Umlage beeinflusst die Höhe des Strompreises
<https://kostenfreie-energie.de/eeg-umlage/?text=Einen%20Grossteil%20dieser%20Steuern/20macht,6%2C7%20Cent%2FkWh.>

Kowalewski, Stephanie: Duisburg gibt nicht auf, in: Deutschlandfunk Kultur vom 12. Juni 2018
https://www.deutschlandfunkkultur.de/strukturwandel-im-ruhrgebiet-duisburg-gibt-nicht-auf.976.de.print?dram:article_id=420198

Kube, Roland/Schaefer, Thilo (2020): Entwicklung der Stromkosten im internationalen Vergleich. Auswirkungen der deutschen Energiewende auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, IW-Gutachten
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2020/IW-Gutachten_Stromkosten.pdf

Lindacher, Nadine: Pakt für Pirmasens hilft alleinerziehender Mutter, in: SWR Aktuell vom 13. Oktober 2020
<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/kaiserslautern/kl-lindacher-bme-alleinerziehende-mutter-an-der-armutsgrenze-100.html>

MacMaris, Alex (2019): Climate leadership and Euroscepticism: the EU's Climate Policy Dilemma, in: Australian Institute of International Affairs
<https://www.internationalaffairs.org.au/resource/climate-leadership-and-euroscepticism-the-eus-climate-policy-dilemma/>

Marktsteiner, Jörg: Der Kampf um Subventionen, in: Deutschlandfunk Kultur vom 18. Dezember 2018
https://www.deutschlandfunkkultur.de/teure-steinkohle-der-kampf-um-subventionen.976.de.html?dram:article_id=436329

Matthes, Jürgen: Trotz guter Absicht. Der EU-Krisenfonds ist ein Etikettenschwindel, in: Focusonline vom 16. Juli 2020
https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-von-juergen-matthes-trotz-guter-absicht-der-eu-krisenfonds-ist-ein-etikettenschwindel_id_12216925.html

Menkens, Sabine: Integration in Duisburg-Marxloh. "Wie ein Auslandsjahr im eigenen Land", in: Die Welt vom 8. September 2020
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article215106814/Integration-in-Duisburg-Marxloh-Wie-ein-Auslandsjahr-im-eigenen-Land.html>

Mylylyvirta, Laura: China's carbon dioxide (CO2) emissions have grown at their fastest pace in more than a decade, increasing by 15 % year-on-year in the first quarter of 2021, new analysis for carbon brief shows, in: Carbon Brief vom 20. Mai 2021
<https://www.carbonbrief.org/analysis-chinas-carbon-emissions-grow-at-fastest-rate-for-more-than-a-decade>

Nefzger, Emil: Darum droht ein Job-Kahlschlag in der Autoindustrie, in: Der Spiegel vom 15. Januar 2020
<https://www.spiegel.de/auto/e-mobilitaet-darum-droht-ein-job-kahlschlag-in-der-autoindustrie-a-c09e126b-46d7-4224-930e-81cc94892d23>

NTV: Mehr als jeder vierter Altenpfleger zählt zum Niedriglohsektor, 24. August 2020
<https://www.n-tv.de/ticker/Mehr-als-jeder-vierte-Altenpfleger-zaeht-zum-Niedriglohsektor-article21990952.html>

OECD: The 0.7 % ODA/GNI target - a history
<https://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/development-finance-standards/the07odagntarget-ahistory.htm>

OECD: Taxing wages 2021 – Germany
<https://www.oecd.org/tax/taxing-wages-20725124.htm>

Philips, Leigh: Brussels unveils plan to press member states to live up to aid promises, in EUobserver.com vom 21. April 2010
<https://euobserver.com/foreign/29909>

Plauen: Stadtkonzept Plauen 2033. Integriertes Stadtentwicklungskonzept,
https://www.plauen.de/media/dokumente/rathaus/stadtkonzept2033/insek_2033_allgemeine_angaben.pdf

Plauenonline: Stadtgeschichte Plauen
<https://plauen-online.de/cms-plauen/stadtgeschichte-plauen/stadtgeschichte.plauen.html>

Podbregar, Nadja: Pariser Klimaabkommen: viele Staaten hinken hinterher, in: Scinexx, 6. Januar 2021
<https://www.scinexx.de/news/geowissen/pariser-klimaabkommen-viele-staaten-hinken-hinterher/>

Puls, Thomas: CO2-Regulierung des Strassenverkehrs in Europa, Institut der deutschen Wirtschaft, 19. Januar 2021
<https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/thomas-puls-co2-regulierung-des-strassenverkehrs-in-europa.html>

Raphael, Lutz (2021): Jenseits von Kohle und Stahl
 Rat der Europäischen Union (2020): Jahresbericht 2020 an den Europäischen Rat über die Entwicklungshilfeeziele der EU, 8628/2020
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8628-2020-INIT/de/pdf>

Resolution recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal, 116th Congress, 1st Session, 7 Februar 2019
<https://www.congress.gov/bills/116/congress-house-resolution/109/text>

Richtlinie 2003/87/EG über das Europäische System für den Handel mit Treibhausgas-emissionszertifikaten
 Röhl, Klaus-Heiner (2019): Das Ruhrgebiet: der anhaltende industrielle Strukturwandel im Spiegel der Regionalpolitik, in: Wirtschaftsdienst, S. 49-55
<https://link.springer.com/article/10.1007/s10273-019-2432-x>

Roth, Eva/Sievers, Markus: Der Volltreffer von Schröder, in: Frankfurter Rundschau vom 8. Februar 2010
<https://www.fr.de/wirtschaft/volltreffer-schroeder-11711543.html>

Ruhr-Guide: Das Ruhrgebiet - Von der Entstehung zur Industrialisierung
<https://www.ruhr-guide.de/freizeit/industriekultur/das-ruhrgebiet-von-der-entstehung-zur-industrialisierung/>

Sächsische.de: Abwanderung hat den Osten alt gemacht, 20. Oktober 2019
<https://www.saechsische.de/plus/abwanderung-ost-west-umzug-statistik-30-Jahre-mauerfall-5130442/html>

Sächsische.de: Die Geschichte der sächsischen Textilindustrie, 11. Mai 2020
<https://www.saechsische.de/die-geschichte-der-saechsischen-textilindustrie-5203262.html>

Schmeling, Inka: Pirmasens. Das Detroit Westdeutschlands, in: Zeitonline vom 18. Juni 2018
<https://www.zeit.de/entdecken/reisen/merian/pirmasens-schuhe-globalisierung-arbeitsplaetze/komplettansicht?print>

Schnurr, Eva-Maria/Mohr, Joachim (2019): Die Gründerzeit: Wie die Industrialisierung Deutschland veränderte

Schraven, D./Drepper, D./Klingemann, M.: Die ganze Wahrheit über die Steinkohle-Abzocke, in: Die Welt vom 21. November 2009
<https://www.welt.de/wirtschaft/article5285813/Die-ganze-Wahrheit-ueber-die-Steinkohle-Abzocke.html>

Schreyer, Ulrich: GE Standort Mannheim steht vor dem Aus, in: Stuttgarter Zeitung vom 7. Dezember 2017
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stellenabbau-bei-general-electric-ge-standort-mannheim-steht-vor-dem-aus.93d8a423-1a15-4b3e-8a4b-a186d0f562aa.html>

Schubert, Christian: Singles und Doppelverdiener zahlen am meisten, in: FAZ.net vom 29. April 2021
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/>

Sell, Stefan: Der nach Gerhard Schröder "beste Niedriglohnsektor", der in Europa geschaffen wurde, betrifft mehr als jeden fünften Arbeitnehmer in Deutschland, in: Aktuelle Sozialpolitik vom 17. Juni 2017
<https://aktuelle-sozialpolitik.de/2017/06/17/niedriglohnsektor-in-deutschland/>

Simon, Frédéric (a): Gewerkschafter warnt: Elf Millionen Jobs vom Green Deal betroffen, in: Euractiv.com vom 9. März 2020
<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/gewerkschafter-warnt-elf-millionen-jobs-vom-green-deal-betroffen/>

Simon, Frédéric (b): Canfin: EU-Staaten sollen sanktioniert werden, wenn sie die Klimaziele nicht einhalten, in: Euractiv.com vom 2. Dezember 2020
<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/interview/canfin-eu-staaten-sollen-sanktioniert-werden-wenn-sie-die-klimaziele-nicht-einhalten/>

Simon, Frédéric (c): Deal on European climate law is "big priority" for Portugal at EU helm, in: Euractiv.com vom 8. Januar 2021
<https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/deal-on-european-climate-law-is-big-priority-for-portugal-at-eu-helm/>

Sinn, Hans-Werner (a): Wir retten, indem wir Geld drucken, in: Die Welt vom 22. August 2020
<https://www.hanswernersinn.de/de/wir-retten-indem-wir-geld-drucken-welt-22082020>

Sinn, Hans-Werner (b): "Wir kasteien uns, und für die Welt kommt nichts dabei heraus", 9. September 2020
<https://www.hanswernersinn.de/de/wir-kasteien-uns-und-fuer-die-welt-kommt-nichts-dabei-heraus-lvm-09092020>

Sinn, Hans-Werner (c): "Wir machen nur unsere Industrien kaputt", in: industriemagazin.at, 28. September 2020
<https://www.hanswernersinn.de/de/wir-machen-nur-unsere-industrien-kaputt-im-28092020>

Sinn, Hans-Werner (d): Die deutschen Autobauer im Spiel gegen die EU, Weltwoche, Nr. 6
<https://www.hanswernersinn.de/en/node/3412>

Söllner, Fritz: Einwanderung: wie wir unseren Sozialstaat retten können, in: Achgut.com, 3. Januar 2020
https://www.achgut.com/artikel/einwanderung_wie_wir_unseren_sozialstaat_reten_koennen/

Sozialpolitik-aktuell: Grossstädte mit der höchsten Arbeitslosigkeit, Mai 2021
http://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV38.pdf

Spitzenstadt.de: Gewerbliche Situation in Plauen, 27. Oktober 2015
<https://www.spitzenstadt.de/ratgeber/gewerbliche-situation-in-plauen/>

Statista (a): CO2-Emissionen: Grösste Länder nach Anteil am weltweiten CO2-Ausstoss im Jahr 2019
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-co2-emittenten-weltweit/>

Statista (b): Umsätze der wichtigsten Industriebranchen in Deutschland in den Jahren von 2017 bis 2019
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/24148/umfrage/umsaetze-der-wichtigsten-industriebranchen-in-deutschland/>

Statista (c): Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1991 bis 2020
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/>

Statista (d): Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern im Jahr 2020
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37088/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bip-ausgewaehlte-laender/>

Statista (e): Höhe der CO2-Emissionen nach ausgewählten Ländern weltweit im Jahresvergleich 1990 und 2019
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167864/umfrage/co-emissionen-in-ausgewaehlten-laendern-weltweit/>

Statista (f): CO2-Emissionen pro Kopf weltweit nach ausgewählten Ländern im Jahr 2018
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167877/umfrage/co-emissionen-nach-laendern-je-einwohner/>

Statista (g): Haushalte - Strompreise in Deutschland bis 2020
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154908/umfrage/strompreise-fuer-haushaltskunden-seit-2006/>

Stratmann, Klaus: Rascher Kohleausstieg soll 72.000 Arbeitsplätze gefährden, in: Handelsblatt.com vom 22. Oktober 2018
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/iw-studie-rascher-kohleausstieg-soll-72-000-arbeitsplaetze-gefaehrden/23214910.html>

Stratmann, Klaus: Weniger Investitionen: der langsame Rückzug der energieintensiven Industrien, in: Handelsblatt.com vom 7. August 2019
<https://www.handelsblatt.com/politik/international/iw-papier-weniger-investitionen-der-langsame-rueckzug-der-energie-intensiven-industrien/>

Stratmann, Klaus: Bundesrechnungshof kritisiert die Energiewende: Strom zu teuer, Versorgung nicht sicher genug, in: Handelsblatt.com vom 30. März 2021
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiepolitik-bundesrechnungshof-kritisiert-die-energiewende-strom-zu-teuer-versorgung-nicht-sicher-genug/27054332.html>

Strom-Report: Strompreisentwicklung bis 2021: Strompreis in Deutschland
<https://strom-report.de/strompreise/strompreisentwicklung/>

SWR: ZEW-Studie. Standort Deutschland verliert an Attraktivität, 11. Januar 2021
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/meldung-zew-studie-deutschland-verliert-an-attraktivitaet-100.html>

Tagesschau: Interview mit Peter Becker. "Pandoras Büchse ist jetzt offen", 21. Juli 2020
<https://www.tagesschau.de/bruessel-gipfel-interview-101.html>

Taylor, Kira: Greens frustrated with slow pace of talks on European climate law, in: Euractiv.com vom 5. Februar 2021
<https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/greens-frustrated-with-slow-pace-of-talks-on-european-climate-law/>

Thalman, Ellen/Wettengel, Julian: The story of "Climate Chancellor" Angela Merkel, in: Clean Energy Wire, 22. Dezember 2020
<https://www.cleanenergy.wire.org/factsheets/making-climate-chancellor-angela-merkel>
Thomas, Richard: The false God of 0.7: understanding the Aid Business, in: Africanarguments.com vom 24. Juni 2013
<https://africanarguments.org/2013/06/the-false-god-of-0-7-understanding-the-aid-business-by-richard-thomas/>

T-online: EEG-Umlage: so viel Einfluss hat sie auf den Strompreis, 16. Oktober 2020
https://www.t-online.de/finanzen/news/unternehmen-verbraucher/id_88762592/eeg-umlage-so-viel-einfluss-hat-sie-auf-den-strompreis.html

Umbach, Frank (2015): Die deutsche Energiewende am Schneideweg: globaler Energiedruck versus grüne Energieinsel, IFRI (Französisches Institut für Internationale Beziehungen)
https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/note_du_cerfa_122_de.pdf

Verband der Chemischen Industrie (2021): Industrieland Deutschland
<https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/industrieland-deutschland-daten-fakten-bedeutung-deutsche-industrie.pdf>

Versicherungsbote: Mehr als 11 Millionen Beschäftigten droht Mini-Rente unter Grundsicherungsniveau, 2. Mai 2019
<https://www.versicherungsbote.de/id/4879601/Beschaeftigten-droht-Mini-Rente-unter-Grundsicherung/>

Weil, Stefan (2011): Rheinland-Pfalz regional: Pirmasens, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 10/2011, S. 903-920
<https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/monatshefte/2011/Oktober/10-2011-903.pdf>

Weissermel, Sören/Wehrhan, Rainer (2020): Klimagerechtes Wohnen? Energetische Gebäudesanierung in einkommensschwachen Quartieren. Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage, in: sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Band 8, Heft 1-2, S. 211-218
<https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/567/791>

Wesel, Barbara: Was macht der Corona-Wiederaufbaufonds der EU?, in: Deutsche Welle vom 8. Februar 2021
<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/was-macht-der-corona-wiederaufbaufonds-der-eu/ar-BB1dvAMG>

Wetzel, Daniel: Energiewende kostet die Bürger 520.000.000.000 Euro - erstmals, in: Die Welt vom 10. Oktober 2016
<https://www.welt.de/wirtschaft/article158668152/Energiewende-kostet-die-Buerger-520-000-000-000-Euro-erstmal.html>

Wetzel, Daniel (a): Die deutsche Industrie bekommt ihr nächstes Energiewende-Problem, in: Die Welt vom 17. Februar 2021
<https://www.welt.de/wirtschaft/article226534875/Energiewende-Die-deutsche-Industrie-bekommt-ihr-naechstes-Problem.html>

Wetzel, Daniel (b): Jetzt wird die Energiewende eine Gefahr für ganz Deutschland, in: Die Welt vom 31. März 2021
<https://www.welt.de/wirtschaft/article229449033/Energieversorgung-Bundesrechnungshof-warnt-vor-stromluecke.html>

What Europe does for me: Pirmasens, Deutschland
<https://what-europe-does-for-me.eu/de/portal/1/DEB37>

Wikipedia: Berggesetz
<https://de.wikipedia.org/wiki/Berggesetz>

Wikipedia: Hochindustrialisierung in Deutschland
https://de.wikipedia.org/wiki/Hochindustrialisierung_in_Deutschland

Wikipedia: Industrielle Revolution
https://de.wikipedia.org/wiki/Industrielle_Revolution

Wikipedia: Mannheim
<https://de.wikipedia.org/wiki/Mannheim>

Wikipedia: Strompreis
<https://de.wikipedia.org/wiki/Strompreis>

Wirtschaft und Schule (2014): Deutschland wird zum Industrieland
<https://www.wirtschaftundschule.de/unterrichtsmaterialien/unternehmen-und-markt/hintergrundtext/deutschland-wird-zum-industrieland/>

Wirtschaftswoche: Top-Standort Deutschland? Wohl kaum, 12. Januar 2021
<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/zew-studie-top-standort-deutschland-wohl-kaum/26789478.html>

Witt: Durchschnitts- und Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten, 16. Mai 2019
<https://afdbundestag.de/witt-durchschnitts-und-geringverdiener-bei-den-sozialabgaben-entlasten/>

ZDF: 3,1 Millionen über 65. Fast jeder Fünfte von Altersarmut bedroht, 3. Mai 2020
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eurostat-aelttere-zunehmend-von-armut-bedroht-100.html>